Willy Klages

Die Geheimorganisationen des globalen NWO-Terrorimperiums

2.000 Jahre Gewaltherrschaft der Antichristen von Januar bis Juni 2020

NWO-Sonderheft Nr. 122

2.000 Jahre Gewaltherrschaft der Antichristen von Januar bis Juni 2020

NWO-Sonderheft Nr. 122

Terror der Antichristen vom 01.01.2020-30.06.2020

Inhaltsverzeichnis	**Seite**
Berichte und wissenschaftliche Publikationen über die Gewaltherrschaft der Antichristen von Januar bis Juni 2020	2-95
Hinweise für den Leser Quellen- und Literaturnachweis	96

Berichte und wissenschaftliche Publikationen über die Gewaltherrschaft der Antichristen von Januar bis Juni 2020

> Die Jugend von heute, ist der Untergang von morgen.
> *Spottvers der 68er Bewegung*

2020

Der deutsche Lehrer und Publizist Herbert Ludwig berichtete am 9. Januar 2020 (x1.114/…):

>>**Die Zerstörung Deutschlands - Wie es den führenden Briten gelang, die Deutschen für sie kämpfen zu lassen**

Ein Gastbeitrag von *Angelika Eberl*

"Menschlichkeit, Friede und Freiheit ist immer ihr Vorwand … In Wahrheit aber schrieben die Times und die Königin im Interesse von England, das mit dem unsern nichts gemein hat. Das Interesse Englands ist, daß das Deutsche Reich mit Rußland schlecht steht, unser Interesse, daß wir mit ihm so gut stehen, als es der Sachlage nach möglich ist."

Otto von Bismarck, 7. April 1888

Das deutsche Volk ist umgeben von zahlreichen Nachbarvölkern. Ein deutscher Staat in der Mitte Europas hat somit das fundamentale Interesse, mit seinen Nachbarstaaten ein gutes Verhältnis zu pflegen, bis hin zu freundschaftlichen Bündnis-Beziehungen - auch und vor allem mit dem größten Nachbarn Rußland. Doch vor einem solchen freundschaftlichen Bündnis zwischen Deutschland und Rußland hatte bereit 1904 der britische Geograph und Geostratege Sir Halford Mackinder die Eliten Englands gewarnt.

Er sagte vor der Königlich Geographischen Gesellschaft:

"Die Neuordnung des Gleichgewichts der Kräfte zugunsten des Drehpunktstaates (damit ist Rußland gemeint. A. E.), die seine Expansion über die am Rande gelegenen Staaten Eurasiens zur Folge hätte, würde den Einsatz seiner ungeheuren kontinentalen Ressourcen zum Flottenbau ermöglichen und ein Weltimperium hervorbringen. Dazu könnte es beispielsweise kommen, sollte Deutschland ein Bündnis mit Rußland eingehen."

Keine andere Menschengruppe erscheint so geschickt in Diplomatie und Politik, wie die britische politische Oberschicht. Nicht von ungefähr hatte sie sich ein Weltreich erobert: das British Empire.

In Bezug auf Europa bestand ihre Strategie stets darin, dafür zu sorgen, daß kein über-

mächtiger Hegemon auf dem Kontinent entstehe. Großbritannien verbündete sich in einem solchen Fall mit den Zweitstärksten, um den allzu mächtig werdenden Staat einzudämmen. "Balance of Power" nannte man diese Politik - und sie ermöglichte ihnen die weitgehend ungestörte Eroberung ihrer Kolonien. Sie waren "Schachspieler" - sie spielten mit Staaten, als ob sie Spielfiguren wären.
Gegenüber dem Geschick der britischen politischen Führenden waren und sind die Deutschen und ihre politischen Eliten ein sehr unpolitisches Volk, bei dem die Begabung des strategischen Denkens nur bei sehr wenigen entwickelt zu sein scheint.
Durch eine gewisse Leichtgläubigkeit, die annimmt, daß, das was gesagt wird, auch tatsächlich so gemeint sei und durch eine gewisse Übertölpelbarkeit eignet sich das deutsche Volk hervorragend als Strategie-Objekt. Strategisch denkende Briten setzten die Deutschen schon seit Jahrhunderten für ihre Zwecke ein, z.B. durch eine Politik, die sich aus Anregungen und "Geschenken" an die Deutschen zusammensetzte.

Die britische Außenpolitik gegenüber Deutschland im 18./19. Jahrhundert

Großbritannien benutzte im 18. Jahrhundert Friedrich II von Preußen. Er sollte durch Krieg das französische Heer auf dem Kontinent binden, so daß es beschäftigt war und Großbritannien somit kaum beim Ausbau seiner nordamerikanischen Kolonien behindern konnte.
Nach den Napoleonischen Kriegen wurde Preußen auf dem Wiener Kongreß ein Gebiet zugesprochen, das rechts vom Rhein lag - und wieder hatte ein britischer Politiker die Finger im Spiel: Lord Castlereagh, der damalige British Foreign Secretary. Er hatte diese strategische Idee ursprünglich von William Pitt, dem Jüngeren: Preußen sollte neben Frankreich plaziert werden, um Letzteres, den traditionellen Rivalen Großbritanniens, in Schach zu halten.
Damals war Preußen den britischen Eliten also schon recht. Was ihnen allerdings nicht recht war, das war ein geschlossener deutschsprachiger Raum unter einem Staatsgebilde, also die sogenannte "großdeutsche Lösung." Während des Ersten und Zweiten Weltkriegs waren Deutschland und Österreich enge Verbündete. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde von den Siegermächten verfügt, daß Deutschland und Österreich dauerhaft getrennt bleiben müssen.
Auch Österreich-Ungarn wurde von einem bedeutenden britischen Staatsmann "bedacht": Auf dem Berliner Kongreß 1878 schlug Lord Salisbury vor, Österreich-Ungarn solle doch, zum Heile Europas, Bosnien-Herzegowina okkupieren. Österreich-Ungarn bekam damals zwar nur das Verwaltungsmandat - doch selbst das reichte aus, es dem Russischen Zarenreich zu entfremden.
Und als der österreich-ungarische Außenminister Aehrenthal nach mannigfaltigen Manipulationen von britischer Seite und von Seiten des russischen Außenministers Alexander Iswolski im Jahre 1908 schließlich die Annexion Bosnien-Herzegowinas vorantrieb, war der Bruch mit dem Zarenreich nicht mehr aufzuhalten.
Österreich-Ungarn galt fortan als "bedrohlich-aggressive" Macht, und Serben und Russen waren ihm spinnefeind geworden. Langfristige Manipulation geglückt.
Kaiser Wilhelm II. wurde ebenfalls von einem Mitglied der britischen Elite ein "Floh ins Ohr" gesetzt: Im März 1899 war es kein Geringerer als der britische Super-Imperialist Cecil Rhodes, der ihm während einer persönlichen Unterredung vermittelte, daß auf das Deutsche Kaiserreich im Nahen Osten große Aufgaben warteten: "Mesopotamien, der Euphrat und der Tigris, Bagdad, die Kalifenstadt, dort läge seine Zukunft." Er müsse schließlich "den Landweg nach Indien" bauen. Rhodes selbst stachelte den naiven Kaiser sozusagen zu einem expansiven Programm an - und 15 Jahre später zieht dann das Empire gegen den "expansiven" Kaiser unter anderem wegen der Bagdad-Bahn gegen ihn in den Krieg.
Auch beim Boxeraufstand 1899 war es wieder ein britischer Lord, Admiral Sir Edward Hobart Seymour, der gesagt haben soll: "The Germans to the front." Wahrscheinlich fand er, daß das deutsche Kaiserreich zu wenige Kriege geführt hatte, nämlich seit 1871 gar keine mehr. Das

British Empire hingegen hatte allein zwischen 1871 und dem Boxeraufstand acht Kriege geführt, den Zulukrieg (1879), den Ersten Burenkrieg (1880/81), den Anglo-Ägyptischen Krieg (1882), den Mahdi-Aufstand (1881-1898), die Gordon Relief Expedition (1884/85), den Britisch-Sansibarischen Krieg (1896), den Zweiten Matabelekrieg (1896) und den Malakand Field Force (1897).
Da wundert man sich schon, wie es gelang, dieses deutsche Kaiserreich so stark zu diskreditieren. Doch Großbritannien besaß ein Weltreich und London war praktisch die Presse-Hauptstadt des Empire. Die Zeitung "The Saturday Review" brachte zum Beispiel in den späten 1890er Jahren drei deutschfeindliche Artikel heraus. Am 11.9.1897 endete ein Artikel mit dem Titel: "England and Germany" mit dem Aufruf: "Germania est delenda" - Deutschland muß zerstört werden.
Ab 1910 gab es heftige antideutsche Presse- Kampagnen in "The Times" und in der Empire-Zeitschrift "The Round Table", beides sehr wichtige Zeitungen, die Einfluß auf die Multiplikatoren im gesamten Empire ausübten. Schon die erste Ausgabe der Zeitschrift "The Round Table" vom November 1910 beinhaltete einen gegen Deutschland gerichteten Propaganda-Artikel mit dem Titel "Anglo-German Rivalry".
Der Artikel erschien anonym, doch der Autor war Philip Kerr, der spätere Lord Lothian. In diesem Artikel unterstellte er dem deutschen Kaiserreich "eine unerbittlich aggressive Politik, die weder Recht noch Gerechtigkeit jenseits des Orbits der deutschen nationalen Existenz anerkennt." Vom Britischen Empire hingegen schrieb er: "… das(britische) Empire … ist kein Imperium, sondern ein Regierungssystem, das einem Viertel der Menschheit Frieden und Hunderten von Millionen rückständiger Völker eine bessere Regierung gibt, als sie auf andere Weise bekommen könnten …"
Diese antideutsche Propaganda von damals wirkt bis heute.
Doch wieso hatte man im Empire ab einem gewissen Zeitpunkt das Deutsche Kaiserreich im Visier, während man doch bis in das 19. Jahrhundert hinein Zweckbündnisse mit deutschsprachigen Ländern abgeschlossen hatte? Wo hatte der neue, außenpolitische Kurs seine Wurzeln?

Beginn eines neuen, außenpolitischen Kurses in Großbritannien

Es war im Jahr 1885, da überlegte sich Lord Salisbury, der aus der einflußreichen Cecil-Familie stammte, wie der damalige Rivale des British Empire, das Russische Zarenreich, in Schach gehalten werden konnte und entwickelte folgende drei Langzeit-Strategien, die heute, mehr als hundert Jahre später, alle zur Anwendung gekommen sind:
1. Schwächung des russischen Gegners durch Hineintreiben in Zahlungsunfähigkeit und danach Entfachen von Revolutionen,
2. Wiederbelebung des Islams an Rußlands Rändern,
3. ein verlustreicher Ausblutungskrieg zwischen dem Zarenreich und Deutschland.

Doch obgleich er Rußland als eigentlichen imperialen Langzeit-Gegenspieler des angelsächsischen Weltreichs ansah, ging es Lord Salisbury zunächst darum, die deutschsprachigen Staaten einzukreisen und dazu ein Bündnis zwischen Frankreich und Rußland voranzutreiben, dem sich dann später auch England in einer lockeren "Entente" anschließen würde. Lord Salisbury sah Staaten ebenfalls als Figuren auf einem Schachbrett an - und er fand höchstrangige, unterstützende "Mitspieler": Kronprinz Edward von England, Papst Leo XIII., und - den russischen Diplomaten Alexander Petrowitsch Iswolski, dessen Rolle bei der "Schaffung der österreichischen Bedrohung" oben schon erwähnt wurde.
Wie ging Salisbury vor: Anfang 1887 traf er in Dieppe den französischen Diplomaten Graf Chaudordy und erörterte mit ihm die Grundlinien der späteren Ententepolitik, wobei die Frage entstand, wie man Rußland und Frankreich einander annähern könnte.
Bei dieser Annäherung spielte der Heilige Stuhl (!) eine wichtige Rolle: Ein enger Freund von

Lord Salisbury, der katholische Herzog von Norfolk, reiste nach Rom und berichtete Papst Leo XIII. von den Bündnisplänen. Es kam daraufhin zu einem Politikwechsel des Heiligen Stuhls, indem Papst Leo XIII. den französischen Katholiken befahl, sich der laizistischen französischen Republik zu fügen.
Den polnischen Katholiken wiederum befahl er, sich der russisch-orthodoxen Zarenherrschaft zu fügen. So arbeitete er daran, ein Bündnis zwischen Frankreich und Rußland zu ermöglichen - unterstützt vom russischen Diplomaten Alexander Petrowitsch Iswolski, der ab 1888 Botschafter Rußlands (!) am Heiligen Stuhl wurde.
Nachdem der britische Kronprinz schließlich als Edward VII. den Thron bestiegen hatte, machte er im Frühjahr 1903 einen "Überraschungsbesuch" in Paris und leitete damit die "Entente Cordiale" ein, das "herzliche Einvernehmen" zwischen England und Frankreich. …

Zerstörungstechniken

- Man kreiste Deutschland und Österreich-Ungarn ein und lockte Deutschland in einen Drei-Fronten-Krieg.
- Man zerstückelte das Gebiet des deutschen Kaiserreichs und Österreich-Ungarns in machtlose kleine Staaten, in denen die Deutschen und viele andere Völkerschaften zu diskriminierten Minderheiten wurden.
- Man drückte dem besiegten Deutschland irrsinnig hohe Reparationszahlungen auf.
- Man suchte einen "hervorragenden Demagogen", den man mit heimlichen Spenden, geheimdienstlicher Förderung und durch eine künstlich herbeigeführte Weltwirtschaftskrise auf den Posten des deutschen Reichskanzlers hieven half. Dann sorgte man durch Kredite, Propaganda und Appeasement dafür, daß er zunächst auf unblutige Weise außenpolitische Erfolge haben konnte. Danach lockte man ihn in eine Falle und schlug wieder mit einer weltweiten Bündniskoalition zu, um Deutschland endgültig zu entmachten, zu dezimieren und zu helotisieren.
- Nach dem endgültigen Sieg und der dauerhaften Besetzung Deutschlands ließ man die Deutschen, zunächst in Westdeutschland, eine föderale Demokratie errichten, sorgte aber dafür, daß die Bundeskanzler und die wichtigsten Regierungspolitiker stramme Transatlantiker waren und sind und die Interessen der angloamerikanischen Kreise vertraten und immer noch vertreten. Gleichzeitig suggerierte man den Deutschen, daß man es gut mit ihnen meine und ein guter Freund sei.

Heute suggeriert man diesen deutschen Eliten, daß sie frei seien und zum Westen gehören und daß sie sich somit auch verhalten dürften, wie westliche Staaten. Und ein westlicher Staat müsse sich selbst verteidigen können.

- Durch Umerziehung, Indoktrination und Einflößen von Schuldgefühlen sorgt man dafür, daß das deutsche Volk sich selbst und seine großen Geister verabscheut. Man suggeriert ihm, daß das Böse in ihm stecke und daß es daher nie mehr "Alleingänge" machen dürfe, sondern praktisch immer unter der Kontrolle (Vormundschaft) der Angloamerikaner gehalten werden müsse.

Die Implantierung eines bösen Diktators zur dauerhaften Diskreditierung

Nach dem russischen Historiker Nikolay Starikov soll sich Hitler in seinem Pamphlet "Mein Kampf" den Briten angedient haben. Auf Seite 697 heiße es in "Mein Kampf": "Wer von dem obigen Gesichtspunkt aus eine Prüfung der heutigen Bündnismöglichkeiten für Deutschland vornimmt, muß zu der Überzeugung gelangen, daß als letzte durchführbare Bindung nur eine Anlehnung an England übrigbleibt." Hitler machte klar, daß er bereit sei, gegen die Sowjetunion vorzugehen. Starikov schreibt:
"Der Schlüssel zum Erfolg für das schwache und zerschlagene Deutschland ist das Bündnis mit den Siegermächten, weil sie an seiner weiteren Schwächung nicht interessiert sind! An dieser Stelle habe ich es begriffen: Nicht für die deutschen Bürger, … nicht für die wohlgenährten SA-Leute und nicht für die … SS hat Adolf Hitler sein Buch geschrieben. Die Seiten

seines Buches 'Mein Kampf' gaben ihm die hervorragende Möglichkeit, sich an den Herrscher der damaligen Welt - an die Briten - zu wenden, um ihnen mit einfachen und klaren Worten seine Gedanken und seine Vorschläge zu unterbreiten."
Und auf S. 61 schreibt Starikov: "Ohne Zweifel lauteten die Fragen des britischen Geheimdienstes: Warum sollten wir einen derartigen Patrioten nicht unterstützen? Warum sollten wir ihm kein Geld geben? Warum sollen wir einen derartigen Freund von Großbritannien nicht helfen, an die Macht zu gelangen?"
Starikov weist auch auf die dubiose Rolle des amerikanischen Geheimdienst-Mannes (?) Ernst Hanfstaengl hin, der Hitler unterstützte, indem er ihm z.B. ihm im März 1923 ein Darlehen von 1.000 Dollar gab, was in der damals galoppierende Inflation sehr viel Geld war. Die Nazis kauften dafür zwei neue Druckmaschinen für den "Völkischen Beobachter", so daß ihr Propagandablatt künftig großformatig und täglich erscheinen konnte.
Des weiteren engagierte Hanfstaengl einen Karikaturisten dafür und gab Ratschläge für die Gestaltung des Blattes. Er beriet Hitler auch bei der Auswahl der Melodie von Marschmusik und komponierte selbst einige davon für die SA. Starikov beschreibt auch, wie Hanfstaengl sich für Hitlers Bücherregal eingehend interessierte. Offenbar hatte er die Aufgabe, Informationen über den künftigen "Führer" zu sammeln.
Hier könnte das Motiv liegen, weshalb Montague Norman, der Chef der Bank of England, die Union Banking Corporation in New York und die Harriman-Clique, die Rockefeller-Verbindungen, die Chase-Bank, die britischen Appeaser um Philip Kerr und andere anglo-amerikanische Gruppen den Nazismus politisch, wirtschaftlich und finanziell unterstützten und ihm somit halfen, auch militärisch wieder hochzurüsten, wie es Historiker in ihren Werken darlegen, z.B. Antony Sutton in "Wall Street und der Aufstieg Hitlers" und in "America's Secret Establishment - An Introduction to the Order of Skull & Bones" und Guido Giacomo Preparata in "Wer Hitler mächtig machte", Gian Trepp in "Bankgeschäfte mit dem Feind" und Andrea Bosco in "The Round Table Movement and the Fall of the "Second" British Empire".
Boscos und Preparatas Forschungen machen deutlich, daß die britische außenpolitische Elite, die von Alfred Milner und dem Round Table und später von Philip Kerr und Lionel Curtis geleitet wurde, Fallen für Deutschland ausgelegt hatte, in die die Deutschen 1914 und 1939 zweimal bereitwillig hineingetappt sind.
Diese Fallen waren Teil des herbeigeführten Prozesses, Deutschland als Konkurrenzmacht auszuschalten und als "Rammbock" gegen die Sowjetunion zu benutzen. Deutschland und die Sowjetunion sollten sich in einem Vernichtungskrieg gegenseitig ausbluten - und dieser machiavellistische Plan ist im Zweiten Weltkrieg auch gelungen.
Nach der Katastrophe des Zweiten Weltkriegs war Deutschland vollständig besiegt und auch moralisch total am Boden, der Ruf für Jahrhunderte vollständig ruiniert und die Umerziehung und Knechtung konnte beginnen. Jedenfalls sagte sogar Wolfgang Schäuble auf dem Europäischen Bankenkongreß am 18. November 2011, daß Deutschland "seit dem 8. Mai 1945 zu keinem Zeitpunkt mehr voll souverän gewesen" sei.
Dies läßt vermuten, daß die anglo-amerikanischen Sieger des Zweiten Weltkriegs auch ein gewichtiges Wörtchen mitreden bei der Entscheidung, wer in Deutschland Bundeskanzler werden oder andere hochrangige Posten besetzen darf. Und daß das zumindest in einigen Fällen so war, dafür gibt es mindestens fünf Belege, wie der folgende Abschnitt zeigen wird:

Die "genehmigten" Bundeskanzler

1) Konrad Adenauer: Er war dem mächtigen Briten Alfred Milner aufgefallen, dem Verwalter des Rhodes-Trusts. Milner hatte vom Inhalt einer Rede Konrad Adenauers erfahren, die Adenauer am 1. Februar 1919 im Hansa-Saal des Kölner Rathauses vor den rheinländischen Abgeordneten der Weimarer Nationalversammlung gehalten hatte. In der Rede sagte Adenauer:
"… daß sich die Länder am Rhein … zu einem westdeutschen Bundesstaat, zu einer West-

deutschen Republik im Verbande des Deutschen Reiches, zusammenschließen. … Würde Preußen geteilt werden, die westlichen Teile Deutschlands zu einem Bundesstaat der "Westdeutschen Republik zusammengeschlossen, so würde dadurch die Beherrschung Deutschlands durch ein vom Geiste des Ostens, vom Militarismus beherrschtes Preußen unmöglich gemacht …"
Adenauer wollte damit dem französischen Sicherheitsbedürfnis entgegenkommen und die drohende Abspaltung des linken Rheinufers von Deutschland abwenden. Er sprach also schon 1919 die Teilung Deutschlands an, die dann nach 1945 realisiert wurde.
Milner fügte den Text dieser Rede seinem Brief bei, den er an Philip Kerr schickte, seinen engen Vertrauten und damaligen Sekretär von Lloyd George. Milner legte Kerr nahe, diese Adenauer-Rede genau zu studieren und den damaligen britischen Premierminister Lloyd George mit ihren Grundgedanken vertraut zu machen.
Und nach 1945 wird Konrad Adenauer dann Bundeskanzler.
Philip Kerr, der spätere Lord Lothian, der dem alten schottischen Adel angehörte, formulierte übrigens den Wortlaut des Kriegsschuldparagraphen 231 des Versailler Vertrags. Ausgerechnet er, der als führendes Mitglied des kriegstreiberischen "Round Table" Movement schon in der ersten Ausgabe der gleichnamigen Zeitschrift "The Round Table" diesen anonymen, deutschfeindlichen Propaganda-Artikel geschrieben hatte, wie oben beschrieben und somit genau wußte, wer wirklich den "Großen Krieg" wollte, nämlich er selbst und sein eigener, verehrter "King Arthur", nämlich Lord Milner und die "Tafelrunde", "The Round Table", also die Gruppe, der Kerr selbst angehörte.
Und dennoch besaß er die Chuzpe, dem deutschen Kaiserreich die Alleinschuld im Versailler Vertrag zuzuschreiben. Wie geht es eigentlich Engländern heute, wenn sie dies erfahren? Schämen sie sich heute wenigstens für diesen "Lord Lothian" und seine Lüge, so wie die Deutschen sich für Adolf Hitler schämen?
2.) Von Willy Wimmer gibt es einen interessanten Hinweis in Bezug auf die Regierungsbildung in der Bundesrepublik im Jahre 1982:
"Mir ist aus diesem Besuch ein Gespräch auf der obersten Etage der CIA in bleibender Erinnerung geblieben. … Es kam allerdings auch die innenpolitische Situation in der damaligen Bundesrepublik zur Sprache, und wir klagten wohl heftig über die politischen Verwerfungen, die bei der Bundestagswahl 1980 die Wahl des Bundeskanzlers Helmut Schmidt und die damit verbundene Niederlage unseres Kandidaten Franz-Josef Strauß … hervorgerufen hatte. Unser Gesprächspartner rief deshalb den für die Bundesrepublik Deutschland verantwortlichen Mitarbeiter sofort zu diesem Gespräch dazu. Der verkündete uns geradezu eine "frohe Botschaft", denn er bat uns, die kritischen Anmerkungen doch herunterzuschlucken. "In einem Jahr sind sie an der Regierung", war seine lapidare Feststellung."
1982 gab es dann tatsächlich eine neue Regierung mit Helmut Kohl von der CDU/CSU und der FDP.
3.) Auch bei der Bundeskanzlerwahl im Jahre 1998 gab es aktive Wahlkampfhilfe aus den USA für Gerhard Schröder. Jochen Scholz, Oberstleutnant a.D. berichtete im Herbst 2016 bei einer Sendung des Internetportals KenFM, daß Gerhard Schröder im Frühsommer 1998, während seines Wahlkampfs, in die USA gereist sei und daß man dort mit der Clinton-Regierung über den Kosovo gesprochen habe.
Im Anschluß seien Wahlkampfhelfer aus dem Clinton-Team zu Gerhard Schröder gesandt worden - im Gegenzug für gewisse Zugeständnisse. Jochen Scholz sagte: "Aber wir haben eben auf diesem Wege gehört, daß über das Thema Kosovo gesprochen wurde und zwar natürlich nicht in irgendeiner verbindlichen Form, sondern man hat das so ausgedrückt: "Also wenn es da mal zu einer Auseinandersetzung kommen sollte, dann erwarten wir schon, daß die neue Bundesregierung unter Schröder sich dann auch - mit - militärisch engagiert".

Da war noch nicht die Rede von UNO-Sicherheitsbeschlüssen, … sondern nur "im Prinzip", … daß die neue Regierung dem zustimmen würde. Das muß man natürlich vor dem Hintergrund sehen, daß … mit Helmut Kohl dieser Krieg, diese deutsche Kriegsbeteiligung nicht zustande gekommen wäre. …
Und deswegen mußte es, aus Clintons Sicht, Rot-Grün machen. Und die wollten ja an die Regierung. Also man hat ihnen sozusagen die Bratwurst hingehalten und gesagt: Wir tun auch noch ein bißchen Senf drauf und unterstützen euch im Wahlkampf. Und das hat man auch getan. Es sind Personen in die Wahlkampfzentrale der SPD geschickt worden, nach Bonn, aus dem Clinton-Team. Und es hat dann auch geklappt …"
4.) Am 13. September 2002 hielt die damalige Oppositionspolitikerin Angela Merkel als CDU-Vorsitzende eine Rede im Deutschen Bundestag, in der sie vor einem "deutschen Alleingang" warnte. Darüber hinaus reiste sie nach Washington und verfaßte am 20. Februar 2003 einen Artikel für die Washington Post mit dem Titel: "Schroeder doesn't speak for all Germans."
Hat sie durch dieses Verhalten nicht signalisiert, daß sie die Politik von George W. Bush voll und ganz unterstützt hätte, wenn sie an der Macht gewesen wäre? Nun - bald war sie an der Macht.
Ursula von der Leyen wurde während der Europawahl 2019 nicht von den EU-Bürgern zur EU-Kommissionspräsidentin gewählt, sondern durch ein Gremium am 2. Juli 2019 dazu nominiert, nachdem sich der Europäische Rat der Staats- und Regierungschefs nicht auf den gewählten Kandidaten hatte einigen können. Bei ihr wird besonders deutlich, daß der Bürgerwille in der angeblichen "Demokratie" nichts zählt, sondern daß vielmehr ganz andere Gründe für ihre Nominierung ausschlaggebend gewesen sein dürften:
Sie hatte am 18. Januar 2019 einen Kommentar in die New York Times gesetzt, in dem sie die NATO als Bündnis beschrieb, welches auf den "gemeinsamen Bestrebungen seiner Mitglieder beruhe und entschlossen sei, die Freiheit, das gemeinsame Erbe und die Zivilisation der Völker zu schützen, die auf den Grundsätzen von Demokratie, Freiheit und Rechtsstaatlichkeit basieren." Rußland und China benannte sie als Bedrohungen, indem sie von der "russischen Aggression in Osteuropa" und der chinesischen Machtdemonstration im Südchinesischen Meer sprach.
Diese Staaten würden sich der "internationalen Ordnung" widersetzen und versuchen, die Regeln von Demokratie und Wohlstand, die nach dem Zweiten Weltkrieg etabliert worden seien, aufzuweichen. Deshalb sei die NATO nicht nur unersetzlich für eine, Freiheit und Frieden fördernde, internationale Ordnung sondern stelle auch eine "emotionale Verbindung" zwischen dem amerikanischen und dem europäischen Kontinent dar. Ursula von der Leyen war auch häufiger Gast bei den Bilderbergern. "Diese Treffen besuchte Frau von der Leyen als Verteidigungsministerin 2015, 2016, 2018 und 2019…"

Fragen zur weiteren Entwicklung

Sehen sich die anglo-amerikanischen Imperien in der Nachfolge des Römischen Imperiums? Die Römer nutzten Germanen, um sie gegen die Gegner des Imperiums kämpfen zu lassen. Auch haben die Römer die Fürstensöhne der von ihnen unterworfenen Völker in Rom erziehen lassen, um getreue Vasallen heranzuziehen - so wie deutsche Nachwuchs-Politiker in Young-Leaders-Programs von transatlantischen Organisationen "erzogen" werden - oder so, wie gewisse Politiker und Politikerinnen zu den Bilderbergern und anderen Veranstaltungen eingeladen werden.
Zuletzt soll noch auf ein ganz besonderes "Satire-Magazin" hingewiesen werden: Auf die neueste Asterix-Ausgabe von Jean-Yves Ferri und Didier Conrad: In "Die Tochter des Vercingetorix" gibt es eine Anspielung auf dieses Vorgehen einer solchen, forcierten "Adoption", besser gesagt "Umerziehung" durch die Römer: Asterix und Obelix verteidigen darin die

Tochter des gallischen Widerstandskämpfers Vercingetorix vor den Römern, die sie als prominente gallische Geisel "romanisieren" wollen, sie also zu einer echten Römerin umerziehen wollen.
Dieser tapferen jugendlichen "Widerstandskämpferin", die sich nicht für römische Zwecke instrumentalisieren lassen will, wird auf den Seiten 37 und 40 des Comics ein wild trommelnder, "hyperaktiver und hochbegabter," blonder, gotischer Junge gegenübergestellt, der offenbar gerade erfolgreich zum Römer umerzogen wird, sich aber lautstark beklagt, daß er sich als Gote nicht ausleben dürfe.
Die Anspielung ist unschwer zu verstehen: Als Ziehsohn des Römers darf er den Takt angeben - so wie Deutsche zurzeit in der EU den Takt angeben dürfen.
Doch ist es nicht ein NATO-Takt, der einen antirussischen Kurs vorgibt? Denn zwei wichtige Funktionsträger der NATO, General Sir Nicholas Carter, höchstrangiger Militär der britischen Armee, und die NATO-Botschafterin Kay Hutchison fordern beide einen harten antirussischen Kurs. Und Deutschland scheint sich zu fügen.
Doch der französische Staatspräsident Emmanuel Macron wich erst kürzlich vom NATO-Konsens ab und signalisierte in einem Brief an den Präsidenten der Russischen Föderation, Wladimir Putin, einen Wunsch nach Annäherung an Rußland - während sich die Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland weiter verschlechtern, was ganz im Sinne der NATO zu sein scheint. Offenbar hat in Deutschland die Umerziehung stärker gefruchtet als in Frankreich.
Und was hat das Imperium USA und seine NATO mit dem so erfolgreich "Umerzogenen" vor? …<<
Auf der Webseite "https://kenfm.de …" des deutschen Journalisten Ken Jebsen erschien am 16. Januar 2020 folgender Bericht über die "Souveränität" der Bundesrepublik Deutschland (x1.014/…): >>**Über die Souveränität des Staates Deutschland und die seiner Bürger**
Ein Kommentar von *Bernhard Loyen*
Haben sie es auch gelesen, davon gehört? Deutschland hatte ein bißchen Glück. Ja, Glück ist etwas Schönes und recht begehrt in aktuellen Zeiten. Glück ist nüchtern betrachtet das Ergebnis des Zusammentreffens besonders günstiger Umstände, die günstige Fügung des Schicksals.
Diese günstige Fügung des Schicksals erlebte unsere Regierung bei der Betrachtung des aktuellen Haushaltssparschweins. Ergebnis: ein erfreuliches Plus von 17,1 Milliarden Euro. Der Grund? Zitat: Finanzminister Scholz verkündete "*"Wir hatten ein bißchen Glück, und natürlich haben wir auch gut gewirtschaftet"*. Glückwunsch. Diese Summe entspricht einer Höhe, die auf Platz fünf von fünfzehn Posten des Haushalts 2020 der Bundesregierung zu finden wäre.
Leider haben davon die Menschen in Deutschland nicht wirklich was, blickt man etwas kritischer auf den Gesamtzustand dieses Landes, dieser Gesellschaft. Da, wo es essentiell für des Bürgers Glücksgefühl wird, angefangen bei den Kindergärten, den Schulen, dem Wohnungsmarkt, der Infrastruktur (also den Krankenhäusern, den Straßen, logistischen Großbauprojekten bekannter Art) schaut es eher mau aus. Eine leider langsam vergessene, aber immer noch treffende Umschreibung: schäbig.
Schäbig ist in gewisser Form auch der Umgang der ausführenden Politik mit ihrer Verantwortung gegenüber den Bürgern. Die Damen und Herren im Berliner Reichstag haben andere Ziele vor Augen bei den Investitionsschwerpunkten für die aktuelle Regierungszeit. Für den Bundeshaushalt 2020 steht an erster Stelle der Bereich Arbeit und Soziales mit 155 Milliarden Euro. Bundestagspräsident Schäuble machte sich dahingehend so seine Gedanken, Zitat: *"Wir müssen die Balance zwischen Fordern und Fördern richtig einhalten", mahnte der CDU-Politiker beim Neujahrsempfang der Mittelstands- und Wirtschaftsunion Hamburg.*

Mit *Wir* meinte er aber nicht wir alle, sondern eine inzwischen abgehobene Politkaste, für die er stellvertretend der Souveränität des täglichen Daseins von Millionen Menschen noch einen Gedanken nachschob, Zitat: *"Denn wenn wir überfördern, zerstören wir die Motivation der Menschen und machen sie unglücklicher."*
Schäuble sprach sich gegen ein bedingungsloses Grundeinkommen aus. Müßten die Leute nicht mehr arbeiten, nehme ihnen der Staat den Anreiz, ihre persönliche Lebenserfüllung zu finden. Zumindest ehrliche Gedanken.
An zweiter Stelle kommt dann schon das Verteidigungsressort mit sagenhaften 45,1 Milliarden Euro. Ein Großteil der Deutschen Bevölkerung weiß sehr wohl, daß eine Summe dieser Größenordnung nicht allein für die Verteidigung unseres Landes benötigt wird. Dieses Land beteiligt sich, ausschlaggebend der Entscheidung gewählter Politiker, an sogenannten Auslandseinsätzen, internationalen Einsätzen. Krieg zu unterstützen, aktiv wie passiv, bedeutet auch die Folgen mit einzukalkulieren. Entsprechende Ergebnisse größeren Ausmaßes zeigen die Entscheidungen und daraus resultierenden Ereignisse seit 2015 in Deutschland. Breit dokumentiert und diskutiert.
Bekanntermaßen sind es die USA, die seit dem Zusammenbruch des Warschauer Pakts Anfang der 90er Jahre vernichtend, zerstörend und mordend durch die Welt agieren. Seit ihrer letzten Attacke gegen einen führenden Militär des Iran, über einen Drohnenmord, muß die gesamte Welt erneut die Luft anhalten, darauf hoffen, daß es nicht zu einem neuen Flächenbrand kommt, dessen Auswirkungen früher oder später auch in Deutschland zu spüren sind.
Der Politiker Andrej Hunke von der Partei DIE LINKE wollte nun von der Bundesregierung erfahren, ob sich Deutschland dahingehend beteiligt hat, in diesem noch jungen Jahr zumindest mitschuldig zu sein einen 3. Weltkrieg zu provozieren. Stichwort - US-Airbase Ramstein, Relaisstation.
Zur Fragestunde im Bundestag am gestrigen Mittwoch, wollte er in Erfahrung bringen, Zitat: *Welche weiteren Relaisstationen sind der Bundesregierung für die Missionsführung von US-Drohnen bekannt, woraufhin sie zu der in der Bundespressekonferenz (BPK) vom 6. Januar 2020 vorgetragenen Einschätzung kommt, der US-Luftwaffenstützpunkt Ramstein sei nur "eine" solche Anlage, aber nicht "die einzige" und wann hat sie sich zuletzt bei der US-Regierung zur völkerrechtskonformen Nutzung der Relaisstation in Ramstein erkundigt bzw. unaufgefordert eine entsprechende Zusicherung von der US-Seite erhalten.*
Die Antwort von Michael Roth (Staatsminister im Auswärtigen Amt) fiel freundlich aber gewohnt inhaltsleer aus. Man stehe mit den US-Amerikanischen Partnern in einem ständigen Austausch. Die bekannte Tatsache der Nutzung Ramsteins als Mordzentrale wird in der Antwort beeindruckend wie folgt dargestellt, Es handle sich aus Sicht der US-Regierung um eine, Zitat: … g*lobale Kommunikations-Infrastruktur für den Einsatz von unbemannten Luftfahrzeugen, inkl. verschiedener Relaisstationen.*
Zudem habe die US-Seite bei letzten Konsultationen erneut bestätigt, Zitat: *daß sie bei der Nutzung des Stützpunktes Ramstein Deutsches Recht achten.* Worthülsen. Phrasen des Bücklingtums. Zumindest wird jetzt schon mal öffentlich zugegeben, daß es mehrere Relaisstationen mit dem Wissen der Bundesregierung gibt. Nur die Standorte bleiben unbekannt. Das ist erbärmlich in der Ausführung, aber betrachten wir erneut die nüchterne Realität.

Überleitungsvertrag und "Feindstaatenklauseln"

Deutschland begeht am 3. Oktober dieses Jahres den 30. Jahrestags der Deutschen Wiedervereinigung. Der Wissenschaftliche Dienst der Bundesregierung veröffentlichte 2006 ein Gutachten mit dem Titel: *Überleitungsvertrag und "Feindstaatenklauseln"*. Zum Thema Souveränität finden sich folgende Zeilen, Zitat: *Der Begriff Souveränität bedeutet im völkerrechtlichen Sinne, daß Staaten gegenüber anderen Staaten befehlsunabhängig und nur der Völkerrechtsordnung unterworfen sind. …*

Dieser Grundsatz der souveränen Gleichheit der Staaten findet sich in Art. 2 Nr. 1 der Satzung der Vereinten Nationen. … Da Beschränkungen der Souveränität eines Staates eine Ausnahme von der Regel darstellen, müssen sie besonders begründet werden.
Existieren solche Beschränkungen in der Gegenwart? Die politischen Grundlagen für die Deutsche Wiedervereinigung wurden im Sommer des Jahres 1990 im Zuge der sog. "2+4-Verhandlungen" erarbeitet, die schließlich zum sog. "2+4-Vertrag" vom 12. September 1990 führten. In diesem Vertrag finden sich Bestimmungen, dargelegt als sog. *"versteinertes Besatzungsrecht"*. Es findet sich die Erläuterung,
Zitat: *Schließlich bleiben "Maßnahmen, welche von den Regierungen oder mit ihrer Ermächtigung in der Zeit zwischen dem 1. September 1939 und dem 5. Juni 1945 wegen des in Europa bestehenden Kriegszustandes getroffen wurden", einschließlich eines diesbezüglichen Klagestopps, wirksam.*
Wie wird dies von Bundesseite gerechtfertigt, Zitat: *Die Tatsache, daß verschiedene Bestimmungen und Maßnahmen der Besatzungsmächte bestandskräftig sind, führt nicht zu dem Ergebnis, daß die Bundesrepublik Deutschland heute völkerrechtlich nicht vollständig souverän ist.*
Der Fortbestand des Besatzungsrechts basiert darauf, daß die Bundesrepublik Deutschland freiwillig eine entsprechende völkerrechtliche Bindung eingegangen ist. Die Tatsache, daß sich ein Staat gegenüber anderen Staaten Bindungen auferlegt, ist jedoch kein Beweis für eine nur unvollständige Souveränität des Staates, sondern im Gegenteil gerade Ausfluß seiner Souveränität. Harter Tobak, der aber erstmal nicht weiter kommentiert werden soll.
Rechtfertigen diese Zeilen die Existenz der größten US-Militärbasis außerhalb der USA, auf deutschem Boden? Der Drohnen-Relaisstation Ramstein? Bevor wir dies betrachten, ist Ramstein eigentlich die letzte Liegenschaft der US-Army nach der Deutschen Wiedervereinigung 1990? Genaues weiß man anscheinend nicht.
Antwort der Bundesregierung aus dem Gutachten: ***Umfang und Standorte der in Deutschland stationierten US-Streitkräfte im Überblick*** aus dem Jahre 2017, Zitat: *Die Gesamtzahl der Standorte der US-Streitkräfte ist aufgrund des unterschiedlichen Alters der verfügbaren Quellen nicht präzise ermittelbar, dürfte sich aber im höheren zweistelligen Bereich bewegen.*
Die Bundesregierung kennt also die genaue Zahl ihrer Untermieter nicht?
Absurd, aber nicht verwunderlich. Möchten sie noch eine Absurdität kennenlernen? Wissen sie eigentlich wodurch die Tatsache US-Amerikanischer Atomwaffen auf deutschem Boden geregelt ist? Abgesegnet gemäß Artikel 1 des Vertrags über den Aufenthalt ausländischer Streitkräfte in der Bundesrepublik Deutschland vom - Achtung - 23. Oktober 1954. Bis heute, geduldet und unantastbar. Blicken wir nach Ramstein.
Ein Gutachten mit dem Titel: ***Der Militärstützpunkt Ramstein. Statusrechtliche Fragen und mögliche Konsequenzen bei Verstößen gegen das Stationierungsrecht*** aus dem Jahre 2017 informiert über die Rechtsgrundlagen für den Aufenthalt amerikanischer Truppen in Deutschland, Zitat:
Die Präsenz amerikanischer Militäreinrichtungen in Deutschland findet ihre Rechtsgrundlage im Stationierungsrecht. Grundlage für den dauernden Aufenthalt von US-Streitkräften in Deutschland … ist bis heute der sog. Aufenthaltsvertrag vom 23. Oktober 1954. Im Zuge der Wiedervereinigung Deutschlands wurde die Fortgeltung des Aufenthaltsvertrags durch die "Vereinbarung vom 25. September 1990 zu dem Vertrag über den Aufenthalt ausländischer Streitkräfte in der Bundesrepublik Deutschland" bestätigt und ergänzt.
Bezugnehmend der aktuellen Ereignisse, um die drohnengesteuerte Ermordung von Qasim Soleimani, sei Punkt 2 zitiert: ***Anwendbarkeit deutschen Rechts auf dem Gebiet ausländischer Militärliegenschaften****: Ausländische Militärliegenschaften in Deutschland sind kein "extraterritoriales" Gebiet des Entsendestaates. Die Militärbasis Ramstein liegt auf deut-*

schem Hoheitsgebiet, d.h. als Konsequenz aus dem Territorialitätsprinzip ist deutsches Recht anwendbar.
Nun ist noch nicht schlußendlich geklärt, ob der finale Knopfdruck in Ramstein erfolgte. Marcel Dickow, Leiter der Forschungsgruppe Sicherheitspolitik der Stiftung Wissenschaft und Politik formulierte es am 08.01 jedoch so, Zitat: *Es ist ziemlich wahrscheinlich, daß Ramstein zumindest einen technischen Anteil an dieser Operation hatte.*
Denn wir wissen, daß Ramstein als Relais-Station fungiert. Dort werden nämlich die Satellitendaten, mit denen die Drohnen gesteuert werden, umgeleitet auf eine Glasfaserverbindung, die dann in die USA führt. Diese technische Infrastruktur, die die USA schon seit vielen Jahren aufgebaut haben und dort betreiben, ist essentiell für den Drohnenkrieg und deswegen ist es sehr wahrscheinlich, daß Ramstein hier wenigstens eine technische Rolle gespielt hat.
Zusammenfassend. Der deutsche Staat, als Vermieter des Grundstücks, duldet völlig bewußt Straftaten, mit dem Wissen, ggf. Szenarien dadurch mitzuverschulden, über die wir nicht mal theoretisch im Ansatz nachdenken möchten. Nachweislich jedoch keinerlei Problem für Angela Merkel, Heiko Maas und Annegret Kramp-Karrenbauer, als politisch Verantwortliche. Warum will sich die Deutsche Bundesregierung politisch und vor allem juristisch von diesen Verbrechen nicht befreien? Wo bleibt das Statement von Christine Lambrecht? Kennen sie nicht? Das ist unsere aktuelle Justizministerin aus dem Hause SPD.
Seit spätestens 2014 sind diese Verbrechen breiter bekannt. Der ehemalige Drohnenpilot Brandon Bryant (der damals 28-Jährige war bis April 2011 auf einem Luftwaffenstützpunkt in New Mexico stationiert und steuerte von dort aus Drohnen) gab zu Protokoll, Zitat: *"Ohne Deutschland wäre der gesamte Drohnenkrieg des US-Militärs nicht möglich"***.** Bei Dienstbeginn habe er "immer als erstes in Ramstein angerufen".
Zitat aus dem Artikel: *Dokumente des US-Militärs und die Aussage eines ehemaligen Drohnenpiloten legen nun aber nahe, daß auch Einsätze in Pakistan und in Jemen über Ramstein abgewickelt werden. In beiden Ländern sind nach Schätzung der Nichtregierungsorganisation Bureau of Investigative Journalism seit dem Jahr 2004 etwa 1.000 Zivilisten bei Drohnenangriffen getötet worden.*
Das war vor sechs Jahren. Es wird weiter ungehindert von Ramstein ausgehend gemordet. Auch hierfür finden sich entsprechende Rechtfertigungen, auf die sich die Bundesregierung anscheinend bezieht. Ausruht? Es wird zumindest inzwischen geklagt, von Bürgern und von Opfern.
Nun wird es unangenehm, Zitat: *Wissenschaftliche Dienste, Ausübung militärischer Gewalt durch ausländische Staaten von Militärbasen in Deutschland, 2015: Nach Art. 53 Abs. 1 des Nato-Truppenstatuts (NTS-ZA) kann "eine Truppe innerhalb der ihnen zur ausschließlichen Benutzung überlassenen Liegenschaften die zur befriedigenden Erfüllung ihrer Verteidigungspflichten erforderlichen Maßnahmen treffen."*
Legt man das Zusatzabkommen - ebenso wie den Aufenthaltsvertrag - dynamisch im Lichte der aktuellen sicherheitspolitischen Entwicklungen aus, so läßt sich der Begriff "Verteidigung" in Richtung "Terrorismusbekämpfung" "fortschreiben".
So wird das jahrzehntelangen Morden also juristisch definiert. Jetzt kommt Souveränitäts-Eierei Made In Germany, Zitat:
Die Völkerrechtskonformität von Drohnenoperation zum Zwecke "gezielter Tötungen" (targeted killing) ist bis heute jedoch rechtlich umstritten; insbesondere divergieren die amerikanischen und deutschen Rechtsauffassungen zu dieser Frage, die an dieser Stelle auch nicht weiter vertieft werden soll.
Warum auch? Sterben ja nur ein paar Muselmanen am anderen Ende der Welt. … Existiert nun ein Kündigungsrecht seitens der Deutschen?
Der Wissenschaftliche Dienst informiert auch hierzu, Zitat aus dem Gutachten *Der Militär-*

stützpunkt Ramstein. Statusrechtliche Fragen und mögliche Konsequenzen bei Verstößen gegen das Stationierungsrecht, 2017:
"Das Stationierungsrecht (erlaubt) in seiner derzeitigen Fassung keine vollständige Rechtmäßigkeitskontrolle der Bundesrepublik der Tätigkeiten fremder Streitkräfte in der Bundesrepublik. Zwar verpflichtet Artikel II des Nato-Truppenstatuts (NTS) die in Deutschland stationierten Streitkräfte dazu, deutsches Recht zu achten.
*Damit erscheint eine Sanktionierung von Straftaten, welche möglicherweise auf dem Stützpunkt Ramstein begangen werden könnten, durch deutsche Behörden schwierig***.**
Schwierig? Schwierig ist es eher diesen Begriff in Verbindung zu bringen mit einem vermeintlich souveränen Staat. Gibt es denn nun eher unbekannte Möglichkeiten? Betrachten wir Punkt 4 dieses Gutachtens:
Kündigung des Stationierungsrechts:
Zitat: *Sowohl der Aufenthaltsvertrag als auch das NATO-Truppenstatut können aufgekündigt werden. Nach Nr. 3 der Vereinbarung vom 25. September 1990 zu dem Vertrag über den Aufenthalt ausländischer Streitkräfte in der Bundesrepublik Deutschland kann die Bundesrepublik Deutschland den Aufenthaltsvertrag in Bezug auf eine oder mehrere Vertragsparteien unter Einhaltung einer Frist von zwei Jahren beenden.*
Dies wäre aber nur in Verbindung zu bringen, also umsetzbar, mit politischer Souveränität im Denken. Diesen Gedanken wiederum in Verbindung zu bringen mit dem aktuellen politischen Personal … lassen wir das.
Dem politischen Deutschland fehlt wie dargestellt seine darstellende Souveränität. Wie schaut es bei den Bürgern aus? Mit der Souveränität bei der, Zitat: *persönlichen Lebenserfüllung?* Der *Befehlsunabhängigkeit*, seitens der Vorgaben der regierenden Politik?
Beispiele:
Souveränität bei der Suche nach dem Kita und Schulplatz für das Kind schwierig, eher düster.
Souveränität bei der Suche nach bezahlbarem Wohnraum - schwierig, eher düster.
Souveränität in der Existenz, bzw. Suche eines realistisch entlohnten Berufes schwierig, eher düster.
Die Souveränität im alltäglichen Dasein, definiert über etwas Glück, Gesundheit, Zufriedenheit und dem bescheidenen Verständnis von materiellem Auskommen bleibt auch in diesem Jahr eine Herausforderung für Millionen Menschen in diesem Land, sehr eng gebunden an die Vorgaben der Politik.
Berlin 2020, Zitat: *Ex-Senator Harald Wolf verläßt das Abgeordnetenhaus und profitiert von der Stichtagsregelung zur Diätenerhöhung, die seit dem 1.1.2020 gilt. Alle Parteien, außer der AfD, hatten für dieses Modell votiert.*
Seit 1991 war Wolf MdA, zunächst für die PDS, zuletzt für die Linkspartei, für jedes Jahr erhält er einen Monat Versorgung auf Basis der letzten Diät. Hätte Wolf sein Mandat noch im Dezember niedergelegt, als er engen Vertrauten seine Absicht offenbarte, hätte er nur einen Anspruch auf monatlich 2.564 Euro gehabt. Jetzt, nur ein paar Tage später, für nur ein paar Tage länger im Parlament, sind es schon 4.062 Euro im Monat. Menschlich ist das verständlich, rechtlich verdient - aber politisch schwierig.
Alles beim Alten, auch 2020. Etwas Glück für Politiker. Schwierige Zeiten für den Normalbürger.<<
Auf der Webseite "https://kenfm.de …" des deutschen Journalisten Ken Jebsen erschien am 20. Januar 2020 folgender Bericht über den Vertrag von Versailles (x1.014/…): >>**Vertrag von Versailles - Nach dem Krieg ist vor dem Krieg**
Ein Kommentar von *Hermann Ploppa*
Es ist nun über hundert Jahre her, daß am 10. Januar 1920 der "Friedensvertrag" von Versailles in Kraft trat. Auch nach hundert Jahren können dieser Vertrag und seine Folgen die Gemü-

ter der Nachgeborenen noch erhitzen. Der Versailler Vertrag besagte, daß Deutschland als allein schuldiger Verursacher des Ersten Weltkriegs festgestellt wurde. Aus diesem Grund sollte Deutschland über viele Jahrzehnte hinweg eine astronomische Summe an Geld sowie immense Sachleistungen an Großbritannien und Frankreich abliefern. Zudem sollte Deutschland Abschnitte seines Staatsterritoriums an seine Nachbarländer abtreten.
Das alles wurde in dem Vertrag von Versailles geregelt, der am 28. Juni 1919 unterzeichnet wurde.
War denn die Übereinkunft von Versailles überhaupt ein richtiger Vertrag?
Das kann man verneinen. Denn ein Vertrag wird zwischen zwei gleichberechtigten Parteien nach freien Verhandlungen abgeschlossen. So wurde nach der Niederlage des napoleonischen Frankreichs bei der Wiener Konferenz im Jahre 1815 der Vertreter der Verlierernation, Talleyrand, als gleichberechtigter Verhandlungspartner zugelassen. Talleyrand konnte am Verhandlungstisch für Frankreich vorteilhafte Regelungen aushandeln.
Als nun der Präsident der USA, Woodrow Wilson, in der Endphase des Ersten Weltkrieges nach Europa signalisierte, daß im Falle eines Waffenstillstands Deutschland faire Verhandlungen erwarten konnte, wurde ihm Glauben geschenkt. So schloß am 11. November 1918 eine deutsche Delegation mit den Vertretern Großbritanniens und Frankreichs einen Waffenstillstandsvertrag ab.
Die Deutschen erwarteten nun eine Einladung zu den Friedensverhandlungen, die in Paris stattfinden sollten. Als allerdings die Staatsoberhäupter der USA, Großbritanniens, Frankreichs und Italiens in Paris die Verhandlungen eröffneten, wurde die deutsche Delegation in einem Pariser Hotel unter Hausarrest gestellt. An einen Zugang zu den Verhandlungsräumen war überhaupt nicht zu denken. Was dort verhandelt wurde, erfuhr die deutsche Delegation nur sehr lückenhaft. Die Deutschen konnten sich überhaupt nur durch schriftliche Eingaben zur Sache äußern. Als Angeklagte wurden die deutschen Zivilpolitiker durch ein Spalier von Kriegsversehrten nach vorne geführt, um dann das Urteil anzuhören.
Gedemütigt wurden hier die zivilen deutschen Politiker, die jetzt aus Pflichtgefühl die politische Verantwortung übernehmen mußten für eine Niederlage, die sie gar nicht zu verantworten hatten. Politiker wurden als Angeklagte vorgeführt, die sich gegen den Krieg ihrer Militärjunta unter Ludendorff gewehrt hatten. Offenkundig ging es den Siegermächten auch darum, der neuen demokratischen Regierung gleich ein tödliches Stigma auf die Stirn zu brennen, um der jungen deutschen Demokratie umgehend das Genick zu brechen.
Die Urteilsverkündung fand übrigens im Spiegelsaal des Schlosses von Versailles, etliche Kilometer vor den Toren von Paris, statt. Ein geschickt gewählter Ort. Hier regierte dereinst in absolutistischer Machtvollkommenheit König Ludwig der Vierzehnte, der gar sagte: *"Der Staat bin ich!"*
Und es war kein Geringerer als der hochgelobte deutsche Kanzler Otto von Bismarck, der nach dem Sieg der deutschen Truppen über Frankreich im Jahre 1871 die Neugründung des Deutschen Reichs mit der Kaiserkrönung Wilhelms des Ersten von Hohenzollern in eben diesem für die Franzosen so heiligen Spiegelsaal von Versailles besiegeln ließ.
Bismarck wollte den *"gallischen Hahn"*, wie er sich auszudrücken pflegte, hemmungslos mit dieser Aktion demütigen. Bismarck war es ja auch, der dem unterworfenen Frankreich knochenharte Friedensbedingungen auferlegte, die, so sagte der Eiserne Kanzler von Blut und Schwert, den Franzosen nur noch ihre zwei Augen übrig lassen sollten, mit denen sie dann über ihre *"Verluste weinen konnten"*.
Wie es in den Wald hineinschallt, so schallt es auch wieder heraus. Das unverschämte Benehmen Bismarcks gegen Frankreich hatte nun zur Folge, daß die französische Regierung den Deutschen diese Maßlosigkeit heimzahlen wollte, indem es die an der Niederlage vollkommen unbeteiligten deutschen Zivilpolitiker in eben diesem Spiegelsaal von Versailles erniedrigte.

rigen und demütigen ließ.
Auf Seiten der Siegermächte USA, Großbritannien und Frankreich gab es durchaus vehementen Widerstand gegen den Diktatfrieden von Versailles, mit weitreichenden politischen Folgen in den betroffenen Ländern selber.
Der klarsichtigste Kritiker auf englischer Seite war der bedeutende Ökonom John Maynard Keynes. Keynes gehörte als Abgesandter des britischen Finanzministeriums zur Verhandlungsdelegation und hatte Zugang zu den innersten Kreisen. Als Keynes mit seinen Warnungen gegen die Unmäßigkeit der alliierten Forderungen an Deutschland nicht durchkam, trat er von seinem Posten zurück und alarmierte die Weltöffentlichkeit mit seinem Buch: *"Die Konsequenzen des Friedens".
Keynes gibt uns zunächst einen hautnahen Einblick in die Atmosphäre bei diesen geheimen Verhandlungen. Da thront als autistischer Mittelpunkt der amerikanische Präsident Woodrow Wilson. Welche Erwartungen waren diesem Geschichtsprofessor aus den amerikanischen Südstaaten auf seinem Weg nach Europa vorausgeeilt! In Paris fuhr er als bejubelter Messias durch Menschenmassen, auf seinem Weg zum Verhandlungsort.
Wilson hatte mit seinen berühmten Vierzehn Punkten Hoffnung auf Frieden in Europa geweckt. Die Völker sollten in Zukunft frei und selbstbestimmt ihr Schicksal gestalten können. Ein Völkerbund sollte Konflikte entschärfen, bevor es zum Krieg kommen konnte. Und nun hockt Wilson stumm herum und tut rein gar nichts. Statt dessen wuseln suspekte Gestalten um die Verhandlungstische herum. Die alten Männer der französischen Delegation leben in der Vergangenheit und sinnen nach Rache für die Schmach von 1871.
Die Briten und die Franzosen wiederum wollen aus Deutschland gigantische Vermögenswerte rauspressen in Form von sogenannten Reparationen. Denn Frankreich und Großbritannien haben sich im Laufe des viel zu langen Krieges hoffnungslos bei amerikanischen Banken verschuldet, und müssen jetzt irgendwie die Schulden abzahlen. Das soll das deutsche Volk für sie besorgen. Durch Geld- und Sachleistungen. Und man will Deutschland noch Sahnestücke aus dessen Staatsterritorium herausschneiden.
Das alles hat nun allerdings herzlich wenig mit einer Friedensregelung zu tun, findet John Maynard Keynes. Haben denn die Macher der Verträge überhaupt kein Bewußtsein dafür, daß das Versailler Diktat geradewegs in ein Massenelend, in Chaos und letztendlich in einen neuen Krieg führen wird? Dieser sogenannte "Friedensvertrag" wird direkt in einen neuen Krieg in zwanzig Jahren führen, warnt Keynes. Anstatt aus den besiegten Ländern immense Mittel abzuziehen, müßte man Kredite und andere Starthilfen hineinpumpen, damit die Staaten wieder auf die Beine kommen können, meint Keynes.
Offensichtlich sahen das viele Menschen in den USA und Großbritannien ganz genauso wie Keynes. Denn sein Buch wurde ein Bestseller. Als 1920 in den USA eine neue Regierung gewählt wurde, gewann Warren Gamaliel Harding von der republikanischen Opposition die Präsidentschaft, und auch im Kongreß verzeichneten die Republikaner einen Erdrutschsieg. Der neue Präsident versprach, zur Normalität zurückzukehren und mit Deutschland einen separaten eigenen Vertrag zu unterzeichnen.
Der Washingtoner Kongreß lehnte die Versailler Verträge rundweg ab und die USA traten auch nicht dem von ihrem ehemaligen Präsidenten Wilson erschaffenen Völkerbund bei. Im Laufe der 1920er Jahre folgten dann amerikanische Banken dem Rat von Keynes und schnürten ein Kreditpaket für Deutschland, das dann als Dawes-Plan 1924 die deutsche Gesellschaft wesentlich subtiler unter amerikanische Kontrolle nehmen sollte als alle Raubverträge und Annexionen der Briten und Franzosen zuvor.
Und die Reaktion in Deutschland? Die zivilen Instanzen, die Reichsregierung und das Parlament, aber auch Kaiser Wilhelm der Zweite, waren im Krieg sukzessive in den Hintergrund geschoben worden. Die Generäle Hindenburg und Ludendorff hielten Deutschland in Schach

und regierten selbstherrlich als Militärjunta. Ludendorff hatte die deutsche Niederlage mit seiner Irrsinnsstrategie geradezu erzwungen. Mit der Anordnung des bedingungslosen U-Boot-Krieges gegen alle Schiffe im Atlantik hatte Ludendorff die Steilvorlage für den Eintritt der USA in den europäischen Krieg geliefert.
Die potentiellen Verbündeten aus der neuen bolschewistischen russischen Regierung hatte er gegen sich aufgebracht mit unverschämten Forderungen im Vertrag von Brest-Litowsk. Nachdem seine neue Strategie an der Westfront kläglich gescheitert war, kam Ludendorff im September 1918 auf die perfide Idee, sich aus der Verantwortung zu stehlen. Ab sofort sollte in dieser hoffnungslosen Situation eine parlamentarisch legitimierte Reichsregierung die von Ludendorff in den Dreck gefahrene Karre wieder herausziehen.
Ludendorff verkrümelte sich mit einem gefälschten Paß nach Schweden und tauchte erst in Deutschland wieder auf, als die Luft rein war. Jetzt durfte am 11. November 1918 der neue Finanzminister Erzberger, der mit dem Kriegsverlauf rein gar nichts zu tun hatte, anstelle von Hindenburg und Ludendorff den Waffenstillstand im Eisenbahnwaggon im französischen Compiègne unterzeichnen, flankiert von zwei relativ unbedeutenden Generälen aus dem deutschen Heer und der Marine.
Und auch hier wiederholt sich die Niederlage Frankreichs im Jahre 1871, diesmal mit umgekehrten Vorzeichen: 1871 hatte die französische Elite komplett abgewirtschaftet, und Bürgerkomitees übernahmen in Paris die Verwaltung und die Ordnung. Die französischen Eliten krochen unter die Fittiche Bismarcks und ließen mit deutschem Geld und deutscher Munition über 30.000 Pariser Bürger abschlachten. Nun 1918: auch hier war der Totalbankrott der bisherigen militärpolitischen Eliten offensichtlich.
Auch in Deutschland begannen sich die Bürger selber zu organisieren. Jetzt krochen die deutschen Eliten unter die Fittiche der Briten und Franzosen. Der deutsche Unternehmer Karl Helfferich sammelte 500 Millionen Reichsmark für den Antibolschewistenfond und ließ aus traumatisierten gedemütigten Soldaten eine Killertruppe aufbauen, die in der jungen Weimarer Republik als Freikorpsverbände schreckliche Leichenberge aufschichtete.
Der sogenannte Kapp-Putsch 1920 wurde mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit vom englischen Geheimdienst gesteuert und sollte die Weimarer Demokratie durch eine Militärdiktatur ersetzen. Politiker, die sich dem Diktat von Versailles entgegenstellten und die versuchten, mit der Sowjetunion zusammen ein souveränes Deutschland zu errichten, wurden von Schergen der Helfferich-Verbände ermordet oder schwer verletzt.
Hier sind stellvertretend für viele zu nennen: Finanzminister Erzberger, Außenminister Walther Rathenau und Philipp Scheidemann. In absurder Umkehrung der Tatsachen wurde dann verbreitet, man habe diese Männer angegriffen, weil sie "Erfüllungspolitiker" seien: sie hätten also das Versailler Diktat besonders eifrig unterstützt.
Es gab indes tatsächlich einen "Erfüllungspolitiker", der energisch die Intentionen des Versailler Vertrags durchgesetzt hat: ein Münchner Politiker namens Adolf Hitler. Zu den äußerst umstrittenen Regelungen des Versailler Vertrags gehörte die Übergabe des österreichischen Südtirols an Italien.
In seinem Buch "Mein Kampf" fordert Hitler ausdrücklich die Übergabe Südtirols an Italien. Zudem plädiert Hitler für die Unterordnung Deutschlands unter das Britische Weltreich. 1934 ist unter der Diktatur Hitlers ein wesentlicher Agendapunkt endlich erfüllt: Deutschland tritt als Juniorpartner Englands einem Staatenbund von Großbritannien, Italien und Frankreich bei. Von dort aus vergingen nur noch fünf Jahre, nach denen dann auch noch die Voraussage von John Maynard Keynes exakt eingetroffen ist: im Jahre 1939 begann bekanntlich der nächste große Krieg.
Anmerkungen
**John Maynard Keynes: The Consequences of the Peace. London 1919<<*

Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv" berichtete am 31. Januar 2020 (x1.000/…): >>**Soziale Experimente am Volk**

Beruht der moralische Verfall und die fortschreitende Auflösung aller traditionellen Werte in der westlichen Welt auf einem sorgfältig geplanten Programm? So lehren es zumindest erfolgreiche Täuschungsmanöver der Vergangenheit. Denn in den 60er Jahren ist die Hippie-Bewegung nicht zufällig entstanden …

Im Jahr 1913 wurde in London das Tavistock-Institut gegründet. Nach dem 1. Weltkrieg bildete es viele "Ableger", so daß ein regelrechtes Netzwerk solcher Institute entstand. Finanziert wurde es zunächst durch das englische Königshaus, später jedoch u.a. von den Rothschilds und den Rockefeller-Stiftungen. Der Auftrag des Instituts bestand darin, Propagandatechniken zur psychologischen Kriegsführung zu entwickeln, um die öffentliche Meinung in eine bestimmte Richtung zu lenken.

Diese Techniken wurden jedoch nicht nur für Kriegszwecke genutzt. Laut Dr. John Coleman, einem ehemaligen Mitarbeiter des britischen Geheimdienstes MI6, ist auch der moralische Verfall und die fortschreitende Auflösung aller traditionellen Werte in der westlichen Welt das Ergebnis eines sorgfältig geplanten Programms des Tavistock-Instituts. Demnach wurde die Bevölkerung offensichtlich gezielt manipuliert und in diese Richtung gelenkt. Ein Musterbeispiel ist das legendäre Woodstock-Festival im US-Bundesstaat New York, das sich am 15.8.2019 zum 50. Mal jährte.

Das Festival gilt bis heute als Höhepunkt der Hippiebewegung der 1960er Jahre. Ausdruck dieser sog. Jugendbewegung waren Friedens-Demos, neue Musik, sexuelle Freizügigkeit und Drogen. Der Schriftsteller Robin de Ruiter und die Philosophin Dr. Claudia Simone Dorchain sehen in der Hippiebewegung jedoch keine selbstbestimmte Entwicklung von jungen Menschen. Diese seien lediglich Opfer eines groß angelegten sozialen Massenexperiments geworden. Demnach wurde die gesamte Hippiebewegung von Handlangern des CIA und des britischen Geheimdienstes MI6 unterwandert und vom Tavistock-Institut gesteuert.

John Lennon, Sänger und Gitarrist der britischen Rockband "The Beatles", sagte hierzu, daß Drogen wie das außergewöhnlich bewußtseinsverändernde LSD mit voller Absicht in der Gesellschaft verbreitet worden waren, um soziales Chaos anzurichten und einen allgemeinen Zusammenbruch der gesellschaftlichen Ordnung herbeizuführen. Den Gipfel der Manipulation sieht Dr. Dorchain bei diesem "Drogenexperiment" allerdings darin, daß der jungen Generation diese gezielte Beeinflussung als großer Befreiungsschlag verkauft wurde.

Die erfolgreichen Täuschungsmanöver der Vergangenheit lehren uns, daß die betrogenen Menschen dafür einen hohen Preis zahlen mußten. So wurde allein durch das "Drogenexperiment" der Hippiebewegung die Gesundheit und das Leben vieler Jugendlicher ruiniert. Deshalb ist es jetzt um so wichtiger, all die Täuschungsmanöver unserer Zeit rechtzeitig ans Licht zu bringen und über die Zusammenhänge zu informieren.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT-Geschichte" Nr. 9 berichtete im Januar 2020 über den Luftkrieg der Alliierten gegen die deutsche Zivilbevölkerung (x359/12-14): >>**Strategie ohne Moral**

Die Alliierten schreckten vor Terrorbombardements der Zivilbevölkerung nicht zurück. Im Frühjahr 1945 radikalisierten sie ihr Vorgehen weiter.

Die Royal Air Force (RAF) begann die Angriffe auf deutsche Städte am 15./16. Mai 1940. Die deutschen Angriffe auf England setzten nach dem Frankreichfeldzug am 13. August 1940 ein. Großbritannien hatte das Friedensangebot Hitlers abgelehnt.

Am 14. September 1940, zehn Tage nach dem er öffentlich das "Ausradieren" englischer Städte angekündigt hatte, erklärte Hitler gegenüber dem Generalstabschef der Luftwaffe: "... der Angriff auf kriegswichtige Teile ist immer das Wichtigste, weil er Werte zerstört, die nicht zu ersetzen sind. Solange man noch ein kriegswichtiges Ziel hat, muß man auf diesem blei-

ben." Er befahl Luftangriffe auf London gegen kriegs- und lebenswichtige Ziele.

Royal Air Force (RAF)

1944 rechtfertigte J. M. Spaight, Unterstaatssekretär im Luftfahrtministerium, den britischen Bombenkrieg: "Wir boten unsere Städte der Vergeltung dar. Deutschland sollte britische Städte bombardieren, um Roosevelt den Kriegseintritt innenpolitisch zu ermöglichen. Wir begannen, Ziele im feindlichen Hinterland zu bombardieren, bevor die Deutschen anfingen, Ziele im britischen Hinterland zu bombardieren."

Mit der Entwicklung geeigneter Navigationsgeräte zur Auffindung von Städten bei Nacht und Bewölkung im Laufe des Jahres 1941 wies Oberbefehlshaber Charles Portal in einer Direktive vom 15. Februar 1942 darauf hin, "daß die dicht bebauten Wohngegenden die Zielpunkte seien und nicht etwa Hafenanlagen oder Flugzeugfabriken".

Das Flächenbombardement, der unterschiedslose Bombenkrieg gegen die Zivilbevölkerung, begann - Opfer unter Kriegsgefangenen und ausländischen Arbeitskräften, französischen Zivilisten sowie "Kollateralschäden" in der neutralen Schweiz wurden in Kauf genommen - und sollte kurz vor Ende des Krieges in Europa mit der Zerstörung Dresdens seinen Höhepunkt erreichen. Dresden war eine jener alten, historischen deutschen Städte, die "mehr einem Feuerzeug glichen, denn als menschliche Behausung gebaut sind".

Der britische Philosoph Anthony C. Grayling zitiert eine Mitteilung an das Luftfahrtministerium von Arthur Harris, den Oberbefehlshaber des Bomberkommandos der Royal Air Force: "Man drängt mich immer, ausschließlich Brandbomben einzusetzen", schreibt er, "aber ich bin mit dieser Strategie nicht einverstanden. Die moralische (d.h. psychologische) Wirkung von Sprengbomben ist enorm.

Menschen können aus Feuersbrünsten entkommen, und die Zahl der Opfer bei einem reinen Brandangriff wäre verschwindend gering. Zusätzlich zu dem Schrecken des Feuers wollen wir Boches unter den Trümmern ihrer Häuser begraben, Boches (Schimpfwort für Deutsche) umbringen und Boches terrorisieren. Daher der Anteil an Sprengbomben. Harris‘ Luftkriegsstrategie war für die Besatzungen der Flugzeuge verlustreich.

Nahezu 45 Prozent kehrten nicht heim, insgesamt kamen 55.573 Flieger bei den Angriffen auf Deutschland um. Auch deswegen wurde Harris oft "Butcher" (engl. für Schlächter) genannt."

In seinen Memoiren schrieb Luftmarschall Harris 1947, die Deutschen hätten im Bombenkrieg gegen England ihre Chance nicht wahrgenommen, englische Städte durch Brandbomben zu zerstören.

United States Army Air Forces (USAAF)

Um die Öffentlichkeit in Amerika auf den Kriegseintritt der USA vorzubereiten, setzte die US-Presse fantastische Bedrohungsvorstellungen in die Welt: Deutschland werde von englischen und französischen Kolonialgebieten in Westafrika über Südamerika amerikanische Ziele an der Ostküste mit Bombern angreifen. Angesichts der Möglichkeiten der deutschen Luftwaffe, die kaum den Südteil der britischen Insel nachhaltig angreifen konnte, war dies eine haltlose Vorstellung. Dabei ging es um die Rechtfertigung einer gewaltigen Rüstung, welche die USA auf die Teilnahme am Krieg vorbereiten sollte.

In diesem Zusammenhang schrieb der englische Generalmajor J. F. C. Fuller bereits 1936: Geld sei "das Bindeglied zwischen Demokratie und Bolschewismus - zwischen oligarchischen und staatskapitalistischen Nationen. Da Deutschland außerhalb dieses goldenen Ringes steht, ist es verdächtig.

Deutschland beginnt bereits mehr mit den Begriffen der Arbeit zu operieren, als mit den Begriffen des Geldes. Führt Deutschland ein vernünftiges Finanzsystem ein, in welchem kein Geld aufgekauft werden kann, dann wird die Goldblase platzen und die Grundlagen des Staatskapitalismus brechen zusammen. Es muß um jeden Preis daran gehindert werden. Daher die fieberhaften Vorbereitungen zu seiner Vernichtung".

Nach der Münchner Konferenz im Oktober 1938 ordnete Roosevelt an, die Planungsgrundlagen für den Aufbau strategischer Luftstreitkräfte zu entwerfen. Danach konnten die amerikanischen und, um das Neutralitätsgesetz zu umgehen, die kanadischen Produktionskapazitäten ausgebaut werden oder über eine kanadische Gesellschaft die Abwicklung von Exporten nach Frankreich und England erfolgen. Ende Januar 1941 begannen Besprechungen zwischen britischen und amerikanischen Generalstäben in Washington. Gegen Deutschland war ein sich ständig steigerndes Luftbombardement vorgesehen.
Die USAAF griff am Tage Industrieziele an. Ihre Verbände wurden durch die Flak-Abwehr in Höhen über 7.000 Meter gezwungen. Die Streuung der Bomben war entsprechend weit und traf auch Wohnsiedlungen. Bei schlechter Sicht galten auch Städte als Ausweichziel. In den letzten zwei Monaten des Krieges richteten sich die Angriffe auch gegen Stadtzentren. …<<
Das deutsche Onlinemagazin "Rubikon" berichtete am 05. Februar 2020 (x1.109): >>**Die Selbstzerstörung Deutschlands**
Transatlantische Kreise bringen Deutschland gegen Rußland in Stellung - deutsche Politiker assistieren bei dem selbstmörderischen Plan.
von *Angelika Eberl*
Politiker sind dem Wohl der Menschen in ihrem Land verpflichtet - Menschen, von denen viele sie gewählt haben. Es liegt im vitalen Interesse Deutschlands, mit Rußland in Frieden zu leben und fruchtbare Handelsbeziehungen mit China zu pflegen. Es mag ja im strategischen Interesse der USA sein, Europa und den Osten zu entzweien, um ihr eigenes machtpolitisches Süppchen zu kochen. Absolut unverständlich ist es jedoch, daß deutsche Politikerinnen und Politiker devot dabei assistieren - so als hätten sie ihren Amtseid auf Donald Trump und die Profite der US-amerikanischen Rüstungsindustrie abgelegt.
Deutschland ist nicht Initiator dieser politischen Spannungen, aber es wäre das Schlachtfeld kommender Auseinandersetzungen. Es ist fahrlässig und geradezu selbstmörderisch, daß sich Deutsche auf dieses böse Spiel einlassen.
In diesem Frühjahr ist das größte Manöver auf europäischem Boden seit Ende des Kalten Krieges geplant: Defender Europe 20. Rund 20.000 US-amerikanische Soldaten werden samt Ausrüstung und Fahrzeugen von den USA in sechs europäische Staaten verlegt, um von dort aus bis zur östlichen Grenze des NATO-Gebietes vorzudringen. Unterstützt wird die Militärübung von Soldaten und Zivilisten aus ganz Europa. Deutschland soll zur logistischen Drehscheibe werden. Angesichts der hochbelasteten europäischen Vergangenheit ist dies eine aggressive Provokation gegenüber Rußland.
Die Völker Mitteleuropas müßten eigentlich das vitalste Interesse daran haben, mit ihrem großen Nachbarn Rußland ein gutes Verhältnis zu pflegen. Doch die vergangenen Jahrzehnte wurde Rußlands häufig ausgestreckte Hand zur Versöhnung mit einer fühllosen Kaltschnäuzigkeit zurückgewiesen. Transatlantisch organisierte Politiker und mediale Kampagnen, die seit vielen Jahren die Kriegspolitik der USA unterstützen, bringen Deutschland gegen Rußland und China in Stellung und wenn nicht ein Umdenken einsetzt, dann könnten Krieg und Zerstörung Deutschlands und vielleicht sogar Europas die fatale Folge sein.
Angesichts der Tatsache, daß noch im Jahre 2003 Millionen Menschen in Deutschland gegen den Irak-Krieg demonstrierten, sieht die Lage für die Friedenswilligen im Jahre 2020 ziemlich düster aus. Der in London abgehaltene NATO-Gipfel vom Dezember 2019 hat praktisch ohne nennenswerten Widerstand der Mitgliedsländer die Vorgaben der USA übernommen: eine noch aggressivere Politik gegenüber Rußland und die Eindämmung Chinas.
Da die NATO der bewaffnete Arm der EU ist, bedeutet dies, daß Europa in diese Politik einbezogen werden wird. Und dies könnte für Deutschland und Europa selbstmörderisch sein. Doch eine diesbezügliche Einsicht scheint bei der deutschen Verteidigungsministerin, Anne-

gret Kramp-Karrenbauer nicht vorhanden zu sein, wie ihre Grundsatzrede im November zeigte.

Grundsatzrede der Verteidigungsministerin

Am 7. November 2019 - zwei Tage vor dem "Schicksalsdatum" der Deutschen - hielt die deutsche Verteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer an der Universität der Bundeswehr München eine Grundsatzrede. Sie sprach von der "russischen Aggression" in der Ukraine und der "Annexion der Krim", dem weltweiten Terrorismus und dem "machtpolitischen Aufstieg Chinas", der mit einem "Herrschaftsanspruch" einhergehe:

"… Es besteht breite Übereinstimmung, daß Deutschland angesichts der strategischen Herausforderungen aktiver werden muß. ... Ein Land unserer Größe und unserer wirtschaftlichen und technologischen Kraft, ein Land unserer geostrategischen Lage und mit unseren globalen Interessen, das kann nicht einfach nur am Rande stehen und zuschauen.

Nicht einfach nur abwarten, ob andere handeln, und dann mehr oder weniger entschlossen mittun, oder auch nicht mitzutun. ... Unsere Partner im Indo-Pazifischen Raum - allen voran Australien, Japan und Südkorea, aber auch Indien - fühlen sich von Chinas Machtanspruch zunehmend bedrängt. Sie wünschen sich ein klares Zeichen der Solidarität. ...

Wir sind die Handelsnation, die von internationaler Verläßlichkeit lebt. Wir sind neben China führend in der internationalen Containerschifffahrt - und auf freie und friedliche Seewege angewiesen. ... Denn natürlich hat Deutschland wie jeder Staat der Welt eigene strategische Interessen, zum Beispiel als global vernetzte Handelsnation im Herzen Europas".

Die im Zitat behauptete "breite Übereinstimmung" besteht nicht. Umfragen aus jüngerer Zeit beweisen, daß die große Mehrheit der Deutschen keine Bundeswehreinsätze im Ausland will. Aber was die Bevölkerung will, zählt offenbar nicht.

Danach appellierte Kramp-Karrenbauer an das schlechte Gewissen: "... unsere Partner wünschten sich ein klares Zeichen der Solidarität". Das ist Verdummung, denn es besteht kein Militärbündnis mit Australien, Japan, Südkorea und Indien. Diese Länder sind zwar Handelspartner, aber keine militärischen Verbündeten. Außerdem ist auch China unser Handelspartner. Doch mit dem Satz, Deutschland habe "natürlich eigene strategische Interessen" läßt die CDU-Vorsitzende die Katze aus dem Sack. Damit sagt sie unverblümt, daß Krieg als Mittel zur Durchsetzung von "Interessen", also von Handelsinteressen oder sonstiger "Interessen", zulässig sei.

Das ist aber nicht der Fall, denn das UNO-Gewaltverbot besagt eindeutig, daß internationale Konflikte ohne Gewalt gelöst werden müssen. Außerdem fordert das deutsche Grundgesetz, daß die Bundesrepublik Deutschland einen Beitrag zum Frieden in der Welt leisten muß.

Wenn man bedenkt, daß es noch im Jahre 2003 "die größte Demo aller Zeiten" gegen den Irak-Krieg gegeben hatte, bei der "Millionen Menschen … auf die Straße gegangen" waren, wie die Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ) damals schrieb, dann stellt diese Rede Kramp-Karrenbauers einen weiteren Dammbruch für die Ziele der transatlantischen Falken dar.

Denn endlich, nach so vielen Jahren unermüdlicher Indoktrination, haben sie einige politische Entscheidungsträger in Deutschland so weit gebracht, daß diese bereit sind, in künftigen Kriegen deutsche Bodentruppen in weit entfernte Auslandseinsätze zu entsenden, "bei denen getötet und gestorben wird", wie eine Moderatorin am 24. Oktober 2019 in einer ZDF-Fernsehsendung formulierte. Immerhin sage die CDU-Vorsitzende ehrlich, "was alle meinen, wenn sie sagen, Deutschland solle mehr Verantwortung in der Welt übernehmen".

Kramp-Karrenbauers Vorstoß kommt nicht aus heiterem Himmel. Von transatlantischen Kreisen und ihren Medien wurde das friedliebende deutsche Volk jahrzehntelang bearbeitet, um es allmählich für Auslandseinsätze bereitzumachen.

Jahrzehntelange Bearbeitung des deutschen Volkes

Gegen den Zweiten Golfkrieg 1990 gab es in Deutschland heftige Proteste und Demonstrationen. Der Spiegel schrieb unter dem Titel: "Nie mehr Täter sein" am 28. Januar 1991:
"Als er (Bundeskanzler Helmut Kohl, Anmerkung der Autorin) sich am vergangenen Mittwoch endlich zum Krieg am Golf äußerte, setzte es erst mal Prügel für die Friedensfreunde auf Deutschlands Straßen: Bei manchen Marschierern bestürze ihn, so Kohl, 'die moralische Gleichgültigkeit, die krasse Verdrehung der Tatsachen und das bewußte Aufpeitschen von Emotionen'. ...
Doch weil sich die Kampierer vor amerikanischen Konsulaten niederlassen, weil immer wieder 'ein Blut für Öl' skandiert wird und 'Amis raus aus Saudi-Arabien', sind Israelis, Amerikaner und Briten verstört: 'Viele, vor allem die Jungen, sehen nicht die Parallelen zwischen dem deutschen Angriff auf Polen 1939 und der irakischen Besetzung Kuwaits 1990', monierte die Financial Times".
Keine Frage, Irak war damals der Aggressor. Dennoch verdient die Vorgeschichte Beachtung: Der irakische Präsident Saddam Hussein hatte sich zuvor beklagt, daß Kuwait und die Vereinigten Arabischen Emirate sich nicht an die vereinbarten OPEC-Förderquoten gehalten hätten, was dem Irak Milliardenverluste verursache. Kuwait würde außerdem schräg unter der Landesgrenze irakische Ölfelder anbohren. Am 25. Juli 1990 erklärte er der US-Botschafterin im Irak, April Glaspie, es sei nicht akzeptabel, daß Kuwait den Preis für Erdöl tief halte und auf Kosten des Irak sein Territorium ausgeweitet habe. Glaspie antwortete darauf:
"… Wir haben keine Meinung zu den innerarabischen Konflikten wie dem Grenzkonflikt mit Kuwait. ... Wir hoffen, daß Sie das Problem mit den Ihrer Meinung nach passenden Mitteln lösen können."
Ramsey Clark, ehemaliger US-Justizminister unter Präsident Lyndon B. Johnson ist der Meinung, daß Glaspie damit dem irakischen Diktator eine Falle gestellt habe.
Der seinerzeit breite Widerstand zeigte, daß viele Deutsche - obwohl sie die näheren Umstände nicht kannten - dennoch das richtige Gefühl hatten, daß es hier primär um Öl und imperiale Machtinteressen ging. Dennoch sah sich Wolf Biermann veranlaßt, diese Friedensfreunde in einem Artikel der ZEIT vom 1. Februar 1991 zu schmähen:
"Damit wir uns richtig mißverstehen: Ich bin für diesen Krieg am Golf".
Acht Jahre später, am Abend des 24. März 1999, begann der ordinäre, völkerrechtswidrige Angriffskrieg der NATO auf die Bundesrepublik Jugoslawien - und Deutschland war dabei. Der damalige Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD), der Außenminister Josef Fischer (Die Grünen), der Verteidigungsminister Rudolf Scharping (SPD), der abtretende Außenminister Klaus Kinkel (FDP) und auch der abtretende Verteidigungsminister Volker Rühe (CDU) sprachen sich für eine Kriegsbeteiligung aus und verkauften sie - unter Einsatz von Phrasen und Lügen - als "humanitären" Einsatz.
Die deutschen Massenmedien unterstützten dies mit verlogener Kriegspropaganda, wie im WDR-Dokumentarfilm "Es begann mit einer Lüge" dargestellt. Deutschland war zum unkritischen Erfüllungsgehilfen imperialistischer US-Politik geworden.
Dies war wie der Wegfall einer wirksamen Schranke. Zwei Jahre später, nach den Anschlägen des 11. September 2001, rief der damalige US-Präsident George W. Bush den NATO-Bündnisfall aus und forderte einen Auslandseinsatz der Verbündeten in Afghanistan. Der Angriff auf Afghanistan ab dem 7. Oktober 2001 war ein illegaler Angriffskrieg ohne UN-Mandat.
Doch als es 2003 erneut unter einem Vorwand gegen Saddam Hussein gehen sollte, regte sich Widerstand in Deutschland. "Die größte Demo aller Zeiten" titelte die FAZ am 16. Februar 2003:

"Welttag des Protestes: Millionen Menschen sind am Samstag auf die Straße gegangen, um gegen einen Irak-Krieg zu protestieren. Die Berliner Kundgebung wurde zur größten Friedensdemonstration in der Geschichte der Bundesrepublik".
Die Schröder-Regierung nahm an diesem Krieg gegen den Irak nicht teil. Doch die damalige Oppositionspolitikerin Dr. Angela Merkel lehnte diesen "Alleingang" entschieden ab und berief sich auf die Ansprache des evangelischen Bischofs Wolfgang Huber im ökumenischen Gedenkgottesdienst anläßlich des ersten Jahrestages von 9/11 im Berliner Dom. -
Und diese Predigt hatte es mit ihrer Wirkung in sich an diesem hoch traumatischen Datum: Huber verkündete, die Worte der Bergpredigt "Selig, die Frieden stiften; denn sie werden Söhne und Töchter Gottes genannt werden" würden oft als Aufforderung verstanden, Unrecht einfach hinzunehmen. Doch das sei ein Mißverständnis. Es gehe Jesus, dem Bergprediger, nicht darum, Gewalt und Unrecht passiv hinzunehmen. Beides zu überwinden, sei das Ziel.
"Selig sind die Friedensstifter - nicht die Friedfertigen also, sondern die Friedensverfertiger. Das ist die entscheidende Botschaft der Bergpredigt. Ein Jahr nach dem 11. September ist unserer Welt zu wünschen, daß es zu einer Achse des Friedens kommt. Denn auch der Frieden läßt sich in einer globalisierten Welt nur noch global sichern".
Mit dieser Auslegung lieferte Bischof Huber der Christdemokratin Merkel die Vorlage, das Wort "Friedensstifter" so deuten zu können, daß die demokratieliebenden Staaten sich zusammentun müßten, um einen Diktator zu bestrafen, der mit 9/11 gar nichts zu tun hat! Und wenn man bedenkt, wie der sogenannte "War on Terror" seitdem den ganzen Nahen Osten in Flammen setzt, dann entlarven sich die Worte "Friedensstifter" und "Achse des Friedens" in diesem Kontext zu grausamen Phrasen.
Zwei Tage später, am 13. September 2002, sagte Merkel in ihrer Rede im Bundestag, die Globalisierung verlange von uns, über das Verhältnis von innerer und äußerer Sicherheit neu zu denken. Beides sei nicht zu trennen, und beides könnten wir für unsere Länder nur durchsetzen, wenn wir eine Allianz der Staaten dieser Welt bildeten, die Demokratie und Freiheit wollen und Deutschland keine Alleingänge mache.
"Und am 11. September haben wir alle in einem beeindruckenden Gottesdienst im Berliner Dom der Opfer des 11. September gedacht. Bischof Huber hat gesagt: Selig die Frieden stiften, denn sie werden Söhne und Töchter Gottes genannt - aus der Bergpredigt. Und er hat es uns ausgelegt …".
Oppositionsführerin Merkel hielt also die Führer der Allianz der Willigen, den damaligen US-Präsidenten George W. Bush und den britischen Premierminister Tony Blair, für "Friedensstifter" im Sinne der Bergpredigt.
Aber Frieden stiften diese nicht, und für vernünftige Menschen war schon damals absehbar, daß der Frieden nicht mit einem völkerrechtswidrigen Angriffskrieg und Bomben gesichert werden kann. Heute, 16 Jahre später, versinkt der Irak noch immer in Chaos und Gewalt. Der Frieden wurde nachhaltig zerstört.
Beachtenswert sind die Karriereschübe, die Huber und Merkel bald darauf hinlegten: Bischof Wolfgang Huber wurde 2003 Ratsvorsitzender der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) und Dr. Angela Merkel 2005 deutsche Bundeskanzlerin.
Die Friedensdemonstration hatte allerdings Wirkung gezeigt - doch die Kriegsfalken gaben sich nicht geschlagen. Neue Vorstöße kamen: Am 22. Mai 2010 ließ der damalige Bundespräsident Horst Köhler verlauten, Deutschland "müsse mit seiner Außenhandelsabhängigkeit zur Wahrung seiner Interessen im Zweifel auch zu militärischen Mitteln greifen". Dies galt damals noch als Tabubruch.
Vier Jahre später, am 31. Januar 2014, eröffnete Bundespräsident Joachim Gauck die 50. Münchner Sicherheitskonferenz mit einer Rede, in der er praktisch "mehr Verantwortung" Deutschlands in der Welt forderte.

Außenminister Frank-Walter Steinmeier und Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen (CDU) reagierten seinerzeit positiv auf Gaucks Rede.
Die Medien unterstützten die neuen deutschen Hardliner. Ein weiteres Beispiel dafür ist ein Artikel vom 10. Januar 2016 der Berliner Morgenpost, der die Rolle Joseph Fischers und seines Staatssekretärs im Außenamt, Wolfgang Ischinger, beim Jugoslawienkrieg positiv darstellt:
"Fischer stimmte, kaum im Amt, zu, daß erstmals seit dem Zweiten Weltkrieg deutsche Soldaten in einen Kampfeinsatz geschickt wurden. Deutsche Tornados bombardierten Belgrad mit dem Ziel, die serbische Regierung zum Einlenken zu zwingen. Gleichzeitig wurde ihr ein Friedensplan vorgelegt ... Und wohl auch kein Zufall, daß Ischinger als Staatssekretär seine Hände im Spiel hatte. Zudem hatte Fischer den Nicht-Grünen Ischinger befördert und damit zu seinem wichtigsten Mitarbeiter gemacht".
Nach Donald Trumps Wahlsieg biederte sich Wolfgang Ischinger, seit 2008 Vorsitzender der Münchner Sicherheitskonferenz, am 11. November 2016 der neuen US-Regierung durch einen Artikel in der New York Times an, indem er schrieb:
"Aber wo immer Mr. Trump hinschauen wird, er wird keine besseren Partner für die Arbeit finden, die strategischen Interessen der USA zu sichern und als Multiplikator für ihre militärische Macht zu dienen".
Anfang 2018 hebt sich General Sir Nicholas Carter, damals Kommandant der britischen Landstreitkräfte, besonders markant hervor. In seiner Rede beim Royal United Services Institute im Vereinigten Königreich warnte er am 22. Januar vor Rußland und verlangte das, was Kramp-Karrenbauer laut ihrer Rede vom 7. November 2019 bereit ist zu liefern: Carter forderte "Boots on the ground", also Bodentruppen der NATO-Verbündeten. Ab diesem Zeitpunkt verstärken sich auch die medialen Kampagnen in diesem Sinne:
Pressekampagne zur Vorbereitung von Kramp-Karrenbauers Grundsatzrede?
Die US-NATO-Botschafterin Kay Hutchison gab am 8. Juni 2018 ein Interview im Deutschlandfunk, in dem sie sagte: "Wir wünschen uns, daß Deutschland Führung übernimmt."
Als größte Volkswirtschaft in Europa sei Deutschland das Land, das am meisten beitragen könne - und aus Sicht der USA deswegen auch eine Führungsrolle im europäischen Bündnis übernehmen sollte. Die Nato-Botschafterin der USA meint also, Deutschland solle auch im Falle einer Konfrontation mit Rußland eine führende Rolle übernehmen.
Kay Hutchinson kennt die deutsche Geschichte. Die Moderatorin wies sie auf die belastete Vergangenheit hin. Doch Hutchison entschuldigte die Deutschen. Deutschland sehe leider noch nicht, daß es über seine Vergangenheit hinausgewachsen sei und daß es heute "demokratisch" und ein "Wächter der Demokratie" sei.
Sie glaube, daß sich Europa eine deutsche Führungsrolle wünsche, weil Deutschland so erfolgreich aus seiner dunklen Geschichte herausgekommen sei und die Wiedervereinigung geschafft habe. Es gäbe keinen Grund, warum Deutschland nicht die Führungsrolle in Europa innehaben sollte, aber das bedeute auch, daß man in der Lage sein solle, sich selbst zu verteidigen. Daß dies für Deutschland die Vernichtung bedeuten würde, wird von ihr nicht gesagt.
Zwei Monate später, am 11. August 2018, gab Wolfgang Ischinger dem Tagesspiegel ein Interview, in dem er folgende, bemerkenswert grenzdebile Aussage machte:
"Als deutscher Botschafter in den USA habe ich gerne gesagt: In der Geschichte haben wir Deutschen oft auf der falschen Seite gestanden. Nun werden wir immer auf der richtigen Seite stehen".
Scheint Ischinger zu denken, man mache immer alles richtig, wenn man nur auf der Seite des Westens stehe? Angesichts der Tatsache, daß die Eliten der USA schon früher andere Staaten durch Fallenstellen schachmatt gesetzt haben, wie z. B. den Irak unter Saddam Hussein, eine absolut hirnlose Bemerkung.

Am 5. Mai 2019 drängte US-Botschafter Richard Grenell Deutschland zu höheren Rüstungsausgaben. Bald darauf, angesichts der dubiosen Vorfälle um den britischen Tanker im Persischen Golf im Sommer, konnten sich gleich drei Deutsche vorstellen, daß Deutschland "mehr Verantwortung übernimmt": Am 26. Juli gab Karl-Theodor zu Guttenberg dem CNBC ein Interview zum Thema, zwei Tage darauf forderte Wolfgang Ischinger die deutsche Beteiligung an einer EU-Schutzmission im Golf. Und auch Grünen-Chef Robert Habeck zeigte sich am 3. August 2019 offen für einen derartigen Einsatz.
Der Präsident der Berliner Bundesakademie für Sicherheitspolitik, Karl-Heinz Kamp, attestierte im Cicero am 5. September 2019 China einen "Griff nach der Welt" und behauptete, "daß der Aufstieg Chinas dramatische Auswirkungen auf die Sicherheitslage in Europa haben" werde.
"Langfristig werden die großen europäischen Staaten allerdings, sofern sich der weltpolitische Aufstieg Chinas auch militärisch immer deutlicher realisieren wird, nicht darum herumkommen, in einem dritten Schritt ihrerseits Fähigkeiten zur weitreichenden Machtprojektion vor allem im maritimen Bereich aufzubauen. Das gilt nicht nur aus der Perspektive der NATO, sondern auch aus der Sicht der EU, wenn diese ihrem eigenen Anspruch des "global players" gerecht werden will".
Das klingt wie die Blaupause für die Rede der Verteidigungsministerin vom 7. November 2019.
Doch schon vorher machte Kramp-Karrenbauer am 21. Oktober einen Vorstoß, indem sie eine internationale Sicherheitszone in Nordsyrien forderte, für den sie von Friedrich Merz zwei Tage und von Wolfgang Ischinger drei Tage später gelobt wurde.
Und dann meldete sich am 29. Oktober noch Wolfgang Schäuble zu Wort. Im Tagesspiegel heißt es:
"Schäuble fordert stärkeres militärisches Engagement Deutschlands. Der Bundestagspräsident will Deutschlands Bündnisfähigkeit stärken: Wolfgang Schäuble rückt vom Parlamentsvorbehalt ab und plädiert für eine Syrien-Schutzzone. ... Es gebe durchaus Unterstützung in der Bevölkerung für mehr deutsche Verantwortung, betonte der Bundestagspräsident. 'Eine Mehrheit will, daß Deutschland sich nicht nur für die eigene Sicherheit, sondern auch die seiner Verbündeten und bei der Terrorismusbekämpfung engagiert'."
Dieser Satz ist die Unwahrheit, wie die oben angeführten Umfragen zeigen.
Man sieht, welch massive Kampagne von diesen relativ wenigen, aber prominenten Politikern vor der Grundsatzrede der Verteidigungsministerin stattgefunden hat - eine Kampagne, die die Medien begleiten - bis hin zu Talkshows wie Maybrit Illner, bei denen auch Sigmar Gabriel, mittlerweile Vorsitzender der Atlantikbrücke, in diesen Tenor einstimmt.
Als Krönung des Ganzen hielt dann am 8. November 2019 ─ also einen Tag vor dem "Schicksalstag" der Deutschen ─ die seinerzeit designierte EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen eine Rede vor der Konrad-Adenauer-Stiftung in Berlin, in der sie sagte:
"Europa muß auch die Sprache der Macht lernen."
Die sogenannte Soft power reiche heute nicht mehr aus, wenn sich die Europäer in der Welt behaupten wollten.
"Das heißt zum einen, eigene Muskeln aufbauen, wo wir uns lange auf andere stützen konnten - zum Beispiel in der Sicherheitspolitik."
Die EU brauche mehr militärische Fähigkeiten. Zum anderen müsse sie die vorhandene Kraft stärker nutzen, um europäische Interessen durchzusetzen.

Fazit

Die transatlantischen Hintergrundmächte drängen sehr stark, daß Deutschland - und womöglich alle EU-Staaten - künftig das Leben ihrer Soldaten für die Wirtschaftsinteressen des Westens einsetzen sollen.

In einem Beitrag bei KenFM zitiert der Historiker Wolfgang Effenberger den ehemaligen Stabschef General Omar N. Bradley mit seiner Aussage im Hinblick auf die eben gegründete NATO vom 20. Juli 1949 vor dem US-Kongreß:
"Erstens werden die Vereinigten Staaten mit den strategischen Bombenangriffen betraut, ... denn die erste Priorität in der gemeinsamen Verteidigung ist unsere Fähigkeit, Atombomben zu transportieren. Zweitens wird die Kriegsmarine der Vereinigten Staaten und der westlichen Seemächte die Hauptseeoperationen, einschließlich des Schutzes der Seewege, durchführen. Die Westeuropäische Union und die übrigen Staaten werden die Verteidigung der eigenen Häfen und Küsten übernehmen. Drittens sind wir der Meinung, daß der Hauptteil der Landstreitkräfte aus Europa kommen sollte."
Der Hauptteil der Landstreitkräfte soll aus Europa kommen. Das muß man zusammenbringen mit der, ebenfalls in Effenbergers Artikel zitierten Aussage des Generals a.D. Gerd Schmückle, ehemaliger stellvertretender NATO-Oberbefehlshaber, der die neuen Interventionsziele der NATO auf den Punkt brachte:
"Letzten Endes entscheiden die Interessen der Vereinigten Staaten darüber, wo interveniert wird. Alles dreht sich um die Ökonomie. Wo gibt es Öl, wo sind die zukünftigen Ölquellen?".
Es geht also nicht um "eigene strategische Interessen" Deutschlands oder der EU, wie Kramp-Karrenbauer behauptet, sondern um die Interessen der Vereinigten Staaten. Das Schockierende an der Formulierung vom 7. November 2019 ist, daß die deutsche Verteidigungsministerin die rechtliche, völkerrechtliche und grundgesetzliche Frage gar nicht gestellt hat.
Die deutsche Bundeswehr ist nicht dazu da, um Interessen durchzusetzen. Und schon gar nicht ist sie dazu da, um die Interessen des US-Imperiums durchzusetzen. Zudem: Von China und Rußland geht überhaupt keine Gefahr aus. So sieht es jedenfalls Oberstleutnant a.D. Jochen Scholz.
Daß Krieg als Mittel zur Durchsetzung egoistischer Handelsinteressen oder anderer Interessen zulässig sei, postuliert Kramp-Karrenbauer in aller Öffentlichkeit. Ist ihr denn nicht klar, daß sie damit den Vorwand liefert, diese Rede später einmal so zu behandeln wie einige bewußt mißverstandene Reden von Kaiser Wilhelm II.? Ist ihr nicht klar, daß diese Rede später als Beleg für die angebliche deutsche Kriegslust dienen kann - obwohl 73 Prozent der Deutschen heute keinen Krieg wollen? Man muß doch die Frage stellen: Was heißt das, daß so ein unverblümter, sich rein auf Interessen beziehender Vorstoß von einer Deutschen kommt?
Daß dieser Vorstoß mit transatlantischen Kreisen abgesprochen ist, erscheint, bei Betrachtung der in diesem Essay geschilderten Kampagnen, ziemlich sicher - auch, daß eine Frau das machen sollte. Aber erkennen Kramp-Karrenbauer und all die anderen deutschen Transatlantiker, die sie unterstützen, denn nicht, daß sie damit in eine Falle laufen?
Eine Falle deshalb, weil die Bundesrepublik eben nicht so einfach - "wie jeder Staat der Welt strategische Interessen" kriegerisch einfordern kann, denn sie liegt in der Mitte Europas und hat die meisten Nachbarn. Deshalb kann sie sich keinen Krieg erlauben, weil die Gefahr viel zu groß ist, daß ein mächtiger, außereuropäischer Kriegsgegner ein Nachbarland als Verbündeten gewinnen könnte - und dann wäre Deutschland wieder einem Zweifrontenkrieg ausgesetzt.
Um alle Deutschen wieder und weiterhin in ein geistiges Gefängnis der Schuldgefühle bannen zu können, das bisher Deutschland jahrzehntelang so erfolgreich helotisiert hat, brauchen diejenigen, die hinter dem Vorhang agieren, unbedingt eine Kriegsbeteiligung Deutschlands an einem künftigen großen Krieg. Und wenn den Hintergrundmächten gar ein Weltkrieg mit deutschen Beteiligung gelänge, dann würde das den Grund liefern, ein für alle Mal mit den Deutschen Schluß zu machen - wenn sie nicht durch Atomschläge bereits physisch verschwunden sind.

Wie gewaltig muß doch die Indoktrination gewisser deutscher Eliten sein, daß sie diese Gefahr nicht sehen?<<

Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv" berichtete am 9. Februar 2020 (x1.000/…): >>**Schaden größer als Nutzen bei derzeit vorgeschriebenen Impfstoffen**

Interview mit *Robert Kennedy jr.*

In den USA ist seit 1989 eine deutliche Zunahme von neurologischen, allergischen und Autoimmunkrankheiten bei Kindern zu verzeichnen. Ist es Zufall, wenn jede dieser Krankheit auch als Impfstoff-Nebenwirkung auf den Beipackzetteln von Impfstoffen aufgelistet ist? Warum ist es in den USA im Wesentlichen unmöglich, einen Impfstoffhersteller zu verklagen? …

Robert F. Kennedy jr., Harvard-Absolvent und Umweltanwalt sowie Neffe von John F. Kennedy, hat Kla.TV erfreulicherweise im Dezember 2019 ein Interview gegeben. Kennedy ist Präsident und Gründer der Waterkeeper Alliance sowie Vorsitzender und Gründer der Children's Health Defense, einer Organisation, die sich der Gesundheit der Menschen und der unseres Planeten widmet.

Deren Mission ist es, die Krankheitsepidemien in der Kindheit zu beenden. Kennedy scheut sich nicht, die Verantwortlichen dafür zur Rechenschaft zu ziehen. Er arbeitet unermüdlich daran, die Lügen des CDC (US-Seuchenschutzbehörde) und die anderer Regierungsorganisationen bloßzustellen, um die engen Verbindungen ans Licht zu bringen, die Forscher zu großen Pharmaunternehmen haben. Unermüdlich kämpft er um eine offene Debatte über Impfungen.

Seinen Anspruch formuliert er so: "Was wir brauchen, ist Wissenschaft, keine Zensur. ... Ich will robuste, transparente Sicherheitsstudien und unabhängige Regulierungsbehörden." Sehen Sie nun das Interview mit Robert F. Kennedy jr.

Interviewer: Stellen Sie sich vor, Sie treffen im Aufzug eines New Yorker Wolkenkratzers auf ein unfreiwilliges Publikum. Die Tür schließt sich und jemand neben Ihnen sagt: "Mr. Kennedy, ich finde es toll, was Sie mit Waterkeeper machen. Ich respektiere Ihre Arbeit sehr, aber ich kann nicht gegen Impfungen sein. Ich glaube, Sie stellen sich gegen die Wissenschaft." Was würden Sie ihnen sagen?

Kennedy: Nun, zunächst einmal würde ich sagen, daß ich nicht gegen Impfungen bin. Ich will nur sichere Impfstoffe, die wie andere Medikamente getestet werden. Und ich schätze, das Wichtigste, was ich über Impfstoffe sagen würde, ist, daß wir sie alle mit Vorsicht und Skepsis betrachten sollten, und zwar aus folgenden Gründen:

Erstens: Alle 72 Impfstoffe, die jetzt für amerikanische Kinder vorgeschrieben sind, werden alle von einem von vier Unternehmen hergestellt. Und alle vier dieser Unternehmen sind Serienverbrecher, die in den letzten zehn Jahren 35 Milliarden Dollar - Milliarden Dollar - an Strafen und Bußgeldern bezahlen mußten, als Schadenersatz für den Betrug mit den Behörden, für die Fälschung der Wissenschaft, für die Täuschung von Ärzten und Beamten und für die Tötung von Hunderttausenden von Amerikanern mit Medikamenten, von denen sie wußten, daß sie gefährlich sind, von denen sie wußten, daß sie Menschen töten würden.

Und sie haben es niemandem erzählt. Also wissen Sie, die eine Sache ist: Warum sollte jemand glauben, daß diese vier Unternehmen ihr kriminelles Verhalten geändert haben, wenn es um Impfungen geht? Die andere Sache ist, daß die Impfungen die einzige Gelegenheit sind, bei der sie niemals erwischt werden können, weil der US-Kongreß es im Wesentlichen unmöglich gemacht hat, einen Impfstoffhersteller zu verklagen.

Interviewer: Die einzige Gelegenheit, bei der sie niemals erwischt werden können?

Kennedy: Sie können nie erwischt werden. Denn sie werden in all den anderen Fällen gefaßt. Und selbst wenn sie erwischt werden, egal wie fahrlässig sie sind, egal wie bösartig sie waren, egal wie gefährlich die Zutat ist, egal wie ungeheuerlich die Verletzung, man kann sie nicht verklagen. Also gibt es keine Konsequenzen. Es gibt keine Konsequenz, wenn sie Dich durch

einen Impfstoff krankmachen. Es gibt keinen Anreiz für sie, es sicherer zu machen.
Zweitens: Auch müssen die Impfstoffe nicht getestet werden. Es ist das einzige Medizinprodukt, das weder als Medikament noch als Medizinprodukt jemals einem Doppelblind-Placebo-Test unterzogen wird, was aber die einzige Möglichkeit ist, ein Risikoprofil für ein Produkt zu ermitteln und festzustellen, ob dieses Produkt tatsächlich mehr Probleme abwendet, als es verursacht.
Es gibt also keinen Anreiz - sie wissen nicht, ob es sicher ist oder nicht, was sie Ihnen verkaufen. Sie haben keine Möglichkeit, das zu wissen, weil sie keinen der 72 Impfstoffe, die sie jetzt an die amerikanische Öffentlichkeit verkaufen, auf Sicherheit geprüft haben.
Interviewer: Und sie müssen es nicht.
Kennedy: Drittens: Impfstoffe sind gesetzlich vorgeschriebene Produkte. Es gibt keine Ausweichmöglichkeit, so daß man sagen könnte: Weißt du, ich will das nicht kaufen, weil ich denke, es könnte mir schaden. Das funktioniert nicht, also gibt es buchstäblich keinen Anreiz für sie, ihr Produkt sicher zu machen. Und wissen Sie, die andere Sache, von der ich meine, daß die Leute im Fahrstuhl dies wissen sollten, ist diese: Wir sollten sehr, sehr skeptisch und mißtrauisch gegenüber Impfstoffen sein, weil wir uns bereits inmitten der größten Epidemie chronischer Krankheiten in der Geschichte der Menschheit befinden!
Und übrigens, ich habe drei Impfungen bekommen, als ich ein Kind war, und das galt als völlig ausreichend. Die heutigen Kinder bekommen 72 Impfungen und der Zeitplan für Impfungen hat sich seit 1989 am dramatischsten verändert. Und diese Epidemie chronischer Krankheiten begann laut EPA (United States Environmental Protection Agency) im Jahr 1989. Wenn Sie also vor 1989 geboren sind, haben Sie eine 12 %ige Chance, eine chronische Krankheit zu bekommen. Wenn Sie nach 1989 geboren sind, haben Sie eine 54 %ige Chance. Es handelt sich hierbei um neurologische Entwicklungsstörungen.
Wissen Sie, ich habe nie jemanden gekannt, der diese hatte, als ich ein Kind war: ADD, ADHD, Sprechverzögerung, Sprachentwicklungsverzögerung, TICS, Narkolepsie, ASD, Autismus. Autismus stieg von einem bei 10.000 auf eines bei 34 Kindern. Niemand hat uns je erklärt, wie das passiert ist. Es scheint so, als würde sich niemand dafür interessieren. Die Autoimmunkrankheiten wie Rheumatische Arthritis und jugendlicher Diabetes, die demyelinisierenden Krankheiten sind nach 1989 ebenfalls explodiert … und sind jetzt eine Epidemie in unseren Kindern.
Was die allergischen Erkrankungen betrifft: Ich habe nie jemanden gekannt, der eine Erdnußallergie hatte. Ich hatte 10 Geschwister und wahrscheinlich 70 Cousins, doch ich kannte niemanden mit einer Erdnußallergie. Aber meine Kinder haben Erdnuß-Allergien und man findet sie jetzt überall. Woher kommen sie? Lebensmittelallergien, Rhinitis, Ekzeme, Asthma, all die allergischen Krankheiten, Anaphylaxie explodierten nach 1989.
Also auf dieser Liste mit den drei Kategorien gibt es etwa 300 Krankheiten, die anerkannt sind. Und ist es ein Zufall, daß jede dieser 300 Krankheiten auch als Impfstoff-Nebenwirkung auf den Beipackzetteln der Impfstoffe aufgeführt ist? Und übrigens, wenn jemand mit einer anderen Erklärung kommt, dann segne ihn Gott.
Eine CDC kann nicht einfach immer wieder sagen: Wir wissen nicht, wo es herkommt, das ist alles ein großes Rätsel. Das CDC ist das "Center for Disease Control". Was tun sie, um diese chronische Krankheitsepidemie zu kontrollieren? Buchstäblich nichts. Und der Grund dafür ist, daß sie wissen, woher sie kommt. Es kommt von den Impfstoffen! Und das ist sehr, sehr klar durch die unabhängige Wissenschaft geworden, die vor allem jetzt in anderen Ländern durchgeführt wurde, aber ein Teil davon kommt auch aus den Vereinigten Staaten. Hauptsächlich, wissen Sie, in anderen Ländern.
Die CDC hat alles getan, um sicherzustellen, daß die Wissenschaftler diese Studien nicht durchführen. Die Wissenschaftler machen sie dennoch. Und es gibt eine Menge Regierungs-

wissenschaftler unter ihnen. Sie werden bestraft und ins Exil geschickt, die Fördergelder werden ihnen entzogen, aber sie bleiben trotzdem dran. Und es ist erschreckend, wenn man ihre anerkannten Studien liest!

Interviewer: Und sind einige dieser Regierungswissenschaftler auf der Big-Pharma-Gehaltsliste?

Kennedy: Oh, da gibt es Regierungswissenschaftler auf der Gehaltsliste der großen Pharmaunternehmen, die diese epidemiologischen Studien verdrehen, um aufzuzeigen, daß sie keinen Zusammenhang zwischen zum Beispiel Autismus und Impfstoffen finden können … oder zumindest dem MMR-Impfstoff. Aber es gibt auch unabhängige, wirklich großartige Wissenschaftler der Regierung: Leute wie Ari Goldman, der die Windpocken-Impfstoffstudien durchgeführt hat, und Bart Classen, der ein Wissenschaftler der NIH (National Institutes of Health) war, der einen Zusammenhang zwischen Diabetes und Impfstoffen gefunden, und die größten epidemiologischen Studien der Geschichte dokumentiert hat.

Und viele, viele andere, die dann ihren Job verlieren. Judy Mikovits, die, wie Sie wissen, krebserregende Affen- und Mäuse-Retroviren in Impfstoffen gefunden hat, die mit ziemlicher Sicherheit die Schuld an der Explosion von Weichteil- und Knochenkrebs bei den Babyboomern und bei der heutigen Generation tragen. Also das waren Wissenschaftler der Regierung, die ihre Arbeit verloren, weil sie Zusammenhänge entdeckten und sich weigerten, sich zurückzuziehen und zum Schweigen gebracht zu werden. Aber es gibt sie, na Sie wissen schon, die man die Voreingenommenen nennt.

Das sind diejenigen Wissenschaftler, die Geld von der CDC und der Pharmaindustrie annehmen, um genau diese Art von listigen Studien zu machen, die zeigen sollen, daß Impfstoffe nicht in Verbindung stehen mit irgendwelchen krankmachenden Nachwirkungen. Aber diese eine Studie, die sie bisher nie gemacht haben, ist diejenige die Sie machen würden, wenn Sie wirklich diese Frage der Auswirkungen von Impfstoffen beantworten wollten. Die würde darin bestehen, sich eine ungeimpfte Bevölkerung anzusehen und die Gesundheitsergebnisse mit einer geimpften Bevölkerung zu vergleichen.

Interviewer: Aber wurde solch eine Studie nicht schon mal durchgeführt?

Kennedy: Nein, nun, sie wurde von unabhängigen Wissenschaftlern durchgeführt. Ich habe etwa 41 dieser Studien, Zusammenfassungen davon, auf meinem Instagram account veröffentlicht. Und jede dieser Studien zeigt, daß die geimpften Kinder viel kränker sind.

Interviewer: Und die CDC ignoriert dies einfach.

Kennedy: Oh und was ich der CDC und anderen gesagt habe, die sich über meinen Aktivismus in dieser Angelegenheit beschwert haben, ist Folgendes: Zeigen Sie mir nur eine Studie, die zeigt, daß geimpfte Kinder gesünder sind als ungeimpfte Kinder! Ich werde diese Studie auf meiner Website veröffentlichen und ich werde zurückgehen, ich werde die Children's Health Defense verlassen und mich wieder dem Schutz von Flüssen widmen, was ich viel lieber tun möchte. Sie werden niemanden diese Studie machen lassen, weil sie wissen, was passiert, wenn sie es tun.

Interviewer: Sie kennen die Studien da draußen, sie wissen, daß die Wissenschaft da ist. Wie können Leute mit einem Gewissen für die CDC arbeiten?

Kennedy: Nun, wissen Sie, das ist eine interessante Frage, weil ich denke, daß die meisten - also nicht jeder bei der CDC weiß, daß dies geschieht. Es ist eine gewisse enge Gruppe innerhalb des Impfsicherheitsbüros, wie sie es nennen, die tatsächlich das meiste von dem, was ich weiß, wissen und es absichtlich verbergen. Und alle anderen werden gewissermaßen in der Rechtgläubigkeit gefangen. Und es ist, wissen Sie, ich denke, die treffendste Analogie ist die, wie sie in der katholischen Kirche und dem Pädophilen-Skandal geschah - daß sie ein paar Priester hatten, die Kinder vergewaltigten und Kinder ausbeuteten.

Aber die gesamte Organisation der katholischen Kirche wurde zum Komplizen. Ich meine,

wissen Sie, Sie hatten Älteste, Bischöfe und sogar den Vatikan, die das deckten, weil sie diese Idee hatten, daß es wichtiger sei, die Institution Kirche zu schützen als diese kleinen Kinder, die zu Opfern wurden. Und die Menschen haben die Fähigkeit, sich selbst davon zu überzeugen.
Und sie sagen, nun, in diesem Zusammenhang sagen sie zu sich selbst: "Das Impfprogramm ist so wichtig, daß wir seine Mängel vor der Öffentlichkeit verbergen und einfach so tun, als ob alles in Ordnung wäre, so daß es nicht mit diesen Krankheiten in Verbindung steht. Denn wenn die Menschen anfangen, an den Impfstoffen zu zweifeln, werden die Konsequenzen für die Gesellschaft entsetzlich sein. Und so sind wir berechtigt, die Menschen zu belügen und all diese falsche Wissenschaft zu schaffen und all diesen anderen Unfug zu machen, den sie betreiben."
Das ist eine perfekte Analogie für das, was sie tun und wie sie es vor sich selbst rechtfertigen. Es ist wie bei der katholischen Kirche. Als sie dies taten, da gab es viele katholische Bischöfe, die sich als gute Menschen verstanden und glaubten, daß sie einem edlen Zweck dienten und etwas Schwieriges tun mußten, nämlich diesen Skandal zu verbergen. Aber in Wirklichkeit wurden sie in eine sehr üble Rechtgläubigkeit eingebunden.
Interviewer: Ja, nach Ihrer Erklärung kann ich nachvollziehen, wie die Leute bei der CDC sagen könnten: Okay, nun, wir müssen ein paar Lügen zulassen, damit das Gemeinwohl geschehen kann. Wir wollen sicherlich keine Polio-Epidemie mehr und wir brauchen die Impfstoffe dafür. Aber ich habe mir Ihre Videopräsentation angesehen, die Sie in Hawaii gehalten haben und wo Sie übrigens erwähnten, daß Sie eine neue Enkelin haben - Herzlichen Glückwunsch - und in diesem Video war für mich die interessanteste Folie die, die gezeigt hat, daß Krankheiten im neunzehnten Jahrhundert fast vollständig bis zum frühen 20. Jahrhundert ausgerottet waren. Und dann kam die Einführung von Impfstoffen nach dieser fast vollständigen Ausrottung.
Kennedy: Ja, ich kann nur sagen, daß die Masern vor der Einführung des Impfstoffs zu 96,9 % in diesem Land und zu etwa 99 % in Großbritannien ausgerottet waren. Und wissen Sie, daß sich die CDC darauf tatsächlich beruft? Wissen Sie, viele Leute denken oder behaupten, daß für diesen großen Rückgang der Sterblichkeit im 20. Jahrhundert tatsächlich die Impfstoffe verantwortlich sind. Die CDC hat tatsächlich, zusammen mit der Johns-Hopkins-Universität, eine Studie durchgeführt, von der ich diese Woche Auszüge auf meinem Instagram Account veröffentlicht habe.
Und die Schlußfolgerung der CDC, ihre eigene Schlußfolgerung, die in der Fachzeitschrift der amerikanischen Vereinigung der Kinderärzte veröffentlicht wurde, also in der amerikanischen Vereinigung der Kinderärzte, sie sind die stärksten Impfbefürworter der Welt. Und die Schlußfolgerung der CDC war, daß Impfstoffe fast nichts mit dem Rückgang dieser Krankheiten und der Sterblichkeit durch Infektionskrankheiten im zwanzigsten Jahrhundert zu tun hatten. Daß es die Hygiene war, es die Kläranlagen waren, es die Chlorbehandlung des Wassers war, es die elektrische Kühlung war, die half, die Ernährung zu verbessern. Und diese Verbesserungen, die technischer Art waren, hatten fast nichts mit Medizin zu tun.
Interviewer: Wow, das waren also die eigenen Schlußfolgerungen der CDC.
Kennedy: Die Schlußfolgerung der CDC selbst. Und wissen Sie, Sie können sich die Schlußfolgerung der Studie ansehen, die ich auf Instagram, ich denke vor vier Tagen, veröffentlicht habe. Und wenn Sie zu meinem Instagram-Feed gehen, sehen Sie ein Zitat davon. Wenn Sie auf den Link zu dieser Studie gehen und sich die Originalstudie anschauen, steht dort geschrieben: Der Rückgang von Krankheiten im 20. Jahrhundert hatte fast nichts mit Impfstoffen zu tun.
Interviewer: Sie erwähnten all die modernen aktuellen Krankheiten, von denen wir sagen, daß sie von Impfstoffen kommen, was die CDC leugnet. Und auf der Website der CDC habe

ich den Impfkalender für Kinder nachgeschlagen, der vier oder fünf notwendige Impfstoffe enthält, jeweils drei bis fünf Dosen, die normalerweise mit zwei Monaten beginnen, aber bei Hepatitis beginnt man sogar bei der Geburt. Und dann geht man auf die nächste Seite und da steht "Probleme" sowie "ernsthafte Probleme": "Nach der DTaP-Impfung (Dreifachimpfung) wurden lang andauernde Anfälle, Koma, Bewußtseinsstörungen und dauerhafte Hirnschäden gemeldet.
Diese Berichte sind extrem selten." Und es heißt: "Wie bei jeder Medizin besteht eine sehr geringe Wahrscheinlichkeit, daß ein Impfstoff eine schwere Verletzung oder den Tod verursacht". Wird hier über die Anzahl der Verletzungen und Todesfälle, die durch Impfstoffe verursacht werden, gelogen?
Kennedy: Nun, sie haben ein System, ein Überwachungssystem, das VAERS, vaccine adverse event reporting system, genannt wird. Und dieses System wurde entwickelt, um Impfschäden zu verbergen. Und in der Tat gibt es eine Studie des HHS (United States Department of Health and Human Services), die 2010 von Harvard Pilgrim (Harvard Pilgrim Health Care) in Auftrag gegeben und von Harvard-Wissenschaftlern durchgeführt wurde. Sie kam zu dem Ergebnis, daß weniger als 1 % der Impfschäden überhaupt gemeldet werden.
Weniger als 1 %. Und trotzdem hat die Regierung vier Milliarden Dollar an Menschen mit Impfschäden ausgezahlt. Multiplizieren Sie das also mit 100 und Sie erhalten eine Vorstellung - mit mehr als 100, da weniger als 1 % gemeldet werden. Und dort, wo diese Studie durchgeführt wurde, benutzten sie tatsächlich das maschinelle Zählsystem, anstatt eines freiwilligen Systems. Und mit dem maschinellen Zählsystem fanden sie heraus, daß etwa 2,6 % der Impfungen, also etwa jede 39te Impfung, Schaden verursacht.
Interviewer: Nicht eine in einer Million.
Kennedy: Nicht einer von einer Million, wie sie es öffentlich sagen. Und wenn die Leute das wüßten, würde sich niemand mehr impfen lassen, weil beim Impfen eine Schädlichkeitsrate von 2,6 % besteht. In den Gardasil-Studien bekamen 2,3 % der geimpften Mädchen innerhalb von sechs Monaten eine Autoimmunkrankheit - von den Mädchen, die den Impfstoff bekamen. Und das bei einer Impfung, die angeblich dazu gedacht ist, Krebs zu verhindern, der erst 50 Jahre später auftritt.
Interviewer: Ein technischer Fehler verhinderte leider die Aufzeichnung des Interviews in seiner vollen Länge. Den wichtigsten Satz, den Robert Kennedy im restlichen Teil des Interviews verlauten ließ, ist folgender: "Wir haben wirklich gute wissenschaftliche Erkenntnisse, die darauf hinweisen, daß praktisch alle derzeit vorgeschriebenen Impfstoffe weitaus mehr Schaden anrichten, als die ursprüngliche Krankheit es tun würde, gegen die sie vermarktet werden."
Um mehr über Kennedys Bemühungen zu erfahren und sich über die neuesten Impf-Nachrichten auf dem Laufenden zu halten, verweisen wir auf den untenstehenden Link zu Children'sHealthDefense.org sowie auf die Rubrik Gesundheit und Medizin bei Kla.TV. …<<
Die AfD-Fraktion des Deutschen Bundestages stellte am 12. Februar 2020 folgenden Antrag - Atommüll-Endlager vermeiden - Hochradioaktive Reststoffe verwerten. Drucksache 19/17127 (x1.038/…): >>**Der Bundestag wolle beschließen:**
I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:
Die Partitionierung und Transmutation (PuT) ist eine weltweit anerkannte und verfolgte Strategie zum Umgang mit nuklearen "Abfällen". Mit PuT können die für ein Endlager benötigten Kapazitäten substantiell, prinzipiell sogar auf einen vernachlässigbaren Umfang reduziert werden.
Die Bestandteile der hochaktiven Reststoffe können zum Teil, ggf. nach der entsprechenden Abklingzeit, auch abseits der kerntechnischen Nutzung verwendet werden (z.B. Edelmetalle Rhodium, Ruthenium, Palladium oder Americium-241 für Nuklidbatterien in Weltraumfahr-

zeugen, siehe auch Kleine Anfrage 19/11736).
Hierzu sind die Entwicklung und der Betrieb von Schnellspaltreaktoren, z.B. jene der 4. Generation (sogenannte GenIV-Typen) sowie Partitionierungsanlagen erforderlich. Die Forschung und Entwicklung auf diesem Gebiet wird in Deutschland gar nicht bzw. in völlig unzureichender Weise gefördert.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. die Partitionierung und Transmutation (PuT) als gleichermaßen geeignete und wirksame alternative, mindestens ergänzende Strategie zur direkten Endlagerung für die Entsorgung hochaktiver Reststoffe einzustufen und anzuerkennen,
2. die Forschung umfassend auf diesem Gebiet national zu unterstützen und sich international hierfür zu engagieren, nicht nur in Hinsicht auf die nukleare Sicherheit,
3. die Nutzung der in Frage stehenden Reststoffe in möglichst vielseitiger Weise, auch in nukleartechnischen Anlagen für PuT, in Übereinstimmung mit den internationalen Verträgen sowie Richtlinien zur Nichtweiterverbreitung von Nuklearwaffen zu gestatten,
4. die Genehmigung und den Betrieb von hierfür geeigneten Reaktoren sowie Trennanlagen zu unterstützen,
5. im Lichte der vorgenannten Zielsetzungen Anpassungsvorschläge für das Atomgesetz (AtG) vorzulegen und dabei insbesondere darauf hinzuwirken, dieses kompatibel zur Absicht, die friedliche Nutzung der Kernenergie zum Zweck der Entsorgung nuklearer Rückstände zu ermöglichen, abändern zu lassen (insbesondere §§ 1, 7 und 9 AtG).

Berlin, den 18. Oktober 2019
Dr. Alice Weidel, Dr. Alexander Gauland und Fraktion

Begründung

Forschungen zu Partitionierung und Transmutation (PuT) wie etwa basierend auf den Empfehlungen der Deutschen Akademie der Technikwissenschaften, werden von der Bundesregierung nicht oder nur marginal unterstützt und wegen der Beschlüsse zum Kernenergieausstieg als "nicht zielführend" (siehe Drucksache 19/12630), sogar kontraproduktiv angesehen. Basis dieser Einschätzungen ist die Tatsache, daß auch Forschungen an Konzepten der Generation IV als Wiedereinstieg angesehen werden und eine Gleichsetzung dieser Techniken mit der heute etablierten Infrastruktur pauschal vorgenommen wird (Drucksache 19/12630).
Zugleich werden die neuartigen Eigenschaften zukünftiger Systeme aber gerade wegen ungenügender Forschung und Erfahrung, z.B. im Bericht der Endlagerkommission des Deutschen Bundestages, angezweifelt. Weitere Forschungs- und Entwicklungsbemühungen werden also vor allem wegen mangelnder Kenntnisse in diesem Feld als ungeeignet oder nicht lohnenswert verworfen - ein widersinniger Zirkelschluß.
Die gegenwärtige aus Sicht der Antragsteller einseitige Diskussion über den als "alternativlos" angesehenen Ausstieg aus der Nukleartechnologie verbaut somit den Blick auf mögliche Antworten bestehender Fragen, etwa der Entsorgung hochaktiver Reststoffe. Die Entwicklung in der Welt zeigt aber, daß auf diesem Gebiet aktuell geforscht wird, wovon sich Deutschland offenkundig nun abkoppeln möchte und nach Meinung der Antragsteller technologisch rückzufallen droht.
Die Eigenschaften der Konzepte der Generation IV, insbesondere jene der Flüssigkernreaktoren und pyrochemisch arbeitender Partitionierungsanlagen - entsprechende Forschungen werden unter anderem im Rahmen des Horizon2020-Programms der EU durchgeführt, siehe http://samofar.eu/concept/ - gehen jedoch deutlich über das bereits hohe Sicherheitsniveau und die Brennstoffausnutzung der heute etablierten Infrastruktur hinaus.
So ist allgemein anerkannt, daß mit solchen Systemen die Verwertung der zu entsorgenden Brennelemente und damit die drastische Reduktion der Endlagerkapazitäten weit besser

gelingt als mit aktuell genutzten Kernkraftwerken und Aufarbeitungsanlagen mit PUREX-Verfahren.
So können die heutigen Bestände eben genannter hochaktiver Reststoffe, welche noch geologisch über mehrere 100.000 Jahre eingeschlossen werden müßten, praktisch vollständig abgebaut und in Reststoffe (Spaltprodukte) umgewandelt werden, welche nach nur wenigen 100 Jahren auf ungefährliches Niveau abklingen.
Flüssigkernreaktoren sind zudem prinzipiell inhärent sicher auslegbar, arbeiten praktisch überdrucklos und könnten nach bisherigen Erkenntnissen sehr kompakt gebaut sowie wirtschaftlich betrieben werden.
Die Verwertung der erzeugten Wärmeenergie kann formal konform zum Atomgesetz (AtG) idealerweise für Prozeßanwendungen geschehen, wenn eine wirtschaftliche Nutzung gewünscht wird, ansonsten kann sie einfach in die Umgebung abgeführt werden, anders als von der Bundesregierung unterstellt wird (Drucksache 19/12630).
Die Funktionsweise der pyrochemischen Trennanlagen ist prinzipiell aus der pyrometallurgischen Industrie (z.B. Elektrolyse mit Salzschmelzen, fraktionierte Destillation und Rektifikation) bekannt. Diese zeigen erhebliche Vorteile bei der Trennschärfe, bei der wirtschaftlichen Effizienz und beim Abfallstrom. Danach würde auch die Proliferationssicherheit, die Resilienz (Widerstandskraft) gegen die Verbreitung von Nuklearwaffen, beibehalten, eher noch erhöht werden.
Weiterhin würden die bereits im Rückstellungsfonds des Bundes für die Endlagerung hochaktiver Reststoffe bereitgestellten Mittel (knapp 25 Mrd. Euro) hiernach ohne weiteres alternativ auch für einen Partitionierungspfad oder auch für eine komplette PuT-Strategie zur schadlosen Verwertung dieser Brennelemente genügen.
Letztere könnte sogar Erträge erwirtschaften, unabhängig von der Verfahrensweise in Bezug auf die aktuell gültige Fassung des AtG - eine Nutzung zur gewerblichen Erzeugung von Elektrizität, wie in dieser Stellungnahme der Bundesregierung (Drucksache 19/12630), ist nicht zwingend erforderlich. Zudem dürfte die Beteiligung Deutschlands an diesem strategisch wichtigen Feld im Lichte der internationalen Ausrichtung geboten sein.
Zusammengefaßt würde der Einbezug von PuT in die Entsorgungsstrategie für gebrauchte Nuklearbrennstoffe nach Ansicht der Antragssteller fast keine bisherigen nationalen Beschlüsse berühren, jedoch die Option auf eine wirklich nachhaltige Nutzung und Entsorgung hochaktiver Stoffe eröffnen und zusätzlich technologische (z.B. Hochleistungsmaterialien oder moderne Industrietechnologien) wie wirtschaftliche Vorteile bieten.<<
Auf der Webseite "https://kenfm.de …" des deutschen Journalisten Ken Jebsen erschien am 18. Februar 2020 folgender Bericht über den Ausbruch des Ersten Weltkrieges (x1.014/…):
>>**Thesen zur "deutschen Schuld"**
Auszug aus dem Buch "Der neue West-Ost-Konflikt - Inszenierung einer Krise
von Wolfgang Bittner
Sowohl der Erste als auch der Zweite Weltkrieg wurden durch den Eintritt der USA auf Seiten Englands, Frankreichs und Rußlands entschieden, und nach verbreiteter Meinung traf die Schuld an diesen Menschheitskatastrophen Deutschland.
Zwar wird Geschichte von den Siegern geschrieben, aber zahlreiche Dokumente und Äußerungen damaliger Politiker belegen, daß diese festgeschriebene Schuld Deutschlands einer genaueren Betrachtung bedarf.
Von der englischen und US-amerikanischen Geschichtsschreibung wurde der Historiker und Bestsellerautor Fritz Fischer, der von der Hauptschuld Deutschlands am Ersten Weltkrieg ausging, als der bedeutendste Historiker des 20. Jahrhunderts gepriesen. In seinem 1961 erschienenen Werk "Griff nach der Weltmacht" suchte er akribisch eine Kontinuität aggressiven deutschen Weltmachtstrebens in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, also vom Kaiserreich

bis zur NS-Diktatur, nachzuweisen.
Über die von ihm konstatierten imperialistischen Machbestrebungen des Deutschen Reiches, die nach seiner Meinung den Ersten Weltkrieg ausgelöst haben, schrieb er: "Bei der angespannten Weltlage des Jahres 1914, nicht zuletzt als Folge der deutschen Weltpolitik, mußte jeder begrenzte (lokale) Krieg in Europa, an dem eine Großmacht beteiligt war, die Gefahr eines allgemeinen Krieges unvermeidbar nahe heranrücken.
Da Deutschland den österreichisch-serbischen Krieg gewollt, gewünscht und gedeckt hat, und, im Vertrauen auf die deutsche militärische Überlegenheit, es im Jahre 1914 bewußt auf einen Konflikt mit Rußland und Frankreich ankommen ließ, trägt die deutsche Reichsführung einen erheblichen Teil der historischen Verantwortung für den Ausbruch des allgemeinen Krieges."
Hinsichtlich der Seriosität der Einsichten dieses Historikers ist zu berücksichtigen, daß er als Exponent des Hitlerfaschismus galt und als solcher nach Kriegsende in den "Automatischen Arrest" kam.
1933 in die SA und 1937 in die NSDAP eingetreten, wurde er 1939 Stipendiat am Institut des NS-Historikers Walter Frank. Er bot Vorträge zum Einfluß des Judentums auf Staat und Gesellschaft an, zum Beispiel: "Das Eindringen jüdischen Blutes in Kultur und Politik Deutschlands in den letzten 200 Jahren" oder "Die Rolle des Judentums in Wirtschaft und Staat der USA". 1942 wurde er auf Empfehlung des nationalsozialistischen Hochschulpolitikers Adolf Rein zum außerordentlichen Professor an der Hamburger Universität ernannt.
Seltsamerweise wurde Fischer entlastet und erhielt schon 1948 wieder eine Professur in Hamburg. Er widmete sich als "kompromißloser Aufklärer" der Geschichte des Ersten Weltkriegs und bildete eine Anzahl seinen Thesen zugewandter (eher linksorientierter) Schüler aus. Seine Nazivergangenheit verleugnete er und betonte statt dessen, kein Anhänger des Nationalsozialismus gewesen zu sein.
Wie immer man zu Fischers Vergangenheit und seinem Werk, das den Alliierten sehr gelegen kam und von ihrem Weltmachtstreben absah, stehen mag: Ein Mangel ist vor allem, daß ihm (wie auch Karl Kautsky, Hermann Kantorowicz, Imanuel Geiss und anderen, die dazu publizierten) nicht die Dokumente aus den Archiven der Alliierten zur Verfügung standen, die bis dato gesperrt sind.
Eine andere, eher vermittelnde Meinung vertrat der in Cambridge lehrende australische Historiker Christopher Clark in seinem 2013 in deutscher Sprache erschienenen Werk "Die Schlafwandler - Wie Europa in den Ersten Weltkrieg zog". Er umgeht die Frage nach der Kriegsschuld, indem er schreibt: "In dieser Geschichte gibt es keine Tatwaffe als unwiderlegbaren Beweis, oder genauer: Es gibt sie in der Hand jedes einzelnen wichtigen Akteurs. So gesehen war der Kriegsausbruch eine Tragödie, kein Verbrechen."
Die Veröffentlichungen Fischers und Clarks führten zu einer bis heute andauernden Kontroverse in der deutschen und ausländischen Geschichtswissenschaft. Clark wurde vorgeworfen, er wolle die Deutschen durch "Verkürzungen", "Verdrehungen" und "Verfälschungen" weißwaschen.
Aber auch die Thesen Fischers blieben nicht unwidersprochen. Als namhafte Kritiker Fischers sind die Historiker Wolfgang J. Mommsen, Paul Sethe und Thomas Nipperdey zu nennen, die eine alleinige Schuld Deutschlands am Ersten Weltkrieg in Frage stellten.
Mehr zu diesem Thema: Wolfgang Bittner, Der neue West-Ost-Konflikt - Inszenierung einer Krise, S. 113.-139, in den Kapiteln über die britisch-amerikanische Imperialpolitik, den Ersten Weltkrieg, Versailler Vertrag, Hitler und den Zweiten Weltkrieg.<<
Der Schriftsteller und Publizist Dr. jur. Wolfgang Bittner lebt in Göttingen. 2017 erschien von ihm "Die Eroberung Europas durch die USA - Eine Strategie der Destabilisierung, Eskalation und Militarisierung", und im März 2019 der Roman "Die Heimat, der Krieg und der Goldene Westen".

Klappentext: Bereits 1961 warnte der US-Präsident und ehemalige Generalstabschef Eisenhower vor den verhängnisvollen Verflechtungen des "militärisch-industriellen Komplexes" mit der Politik der USA. "Wir dürfen", so Eisenhower, "es nie zulassen, daß die Macht dieser Kombination unsere Freiheiten oder unsere demokratischen Prozesse gefährdet."
Wenn wir uns die gegenwärtige politische Weltlage ansehen, wird deutlich, was Eisenhower meinte. Doch Wolfgang Bittner beschränkt sich nicht auf die jüngere Zeit, vielmehr geht er zurück auf eine mehr als ein Jahrhundert währende britisch-amerikanische und französische Imperialpolitik, der das Deutsche Reich und Österreich-Ungarn zum Opfer gefallen sind, und die nach wie vor - ausgehend von Interessengruppen in den USA - Deutschland im Fadenkreuz hat.
Sein Buch bietet eine Gesamtschau der globalen politischen Entwicklung im 20. Jahrhundert bis zur Gegenwart, von Europa über Nord- und Südamerika bis nach Asien. Bittner deckt die Hintergründe der Aggressions- und Interventionspolitik einer gewissenlosen Allianz unter Führung der USA mit der von ihr dominierten NATO auf. Der Autor stellt damit auch eine faktenreiche Argumentationshilfe in der längst fälligen Auseinandersetzung mit der akut drohenden Kriegsgefahr zur Verfügung.<<

Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 28. Februar 2020: >>**Die Bauern verdienen unseren Dank**

Holger Douglas

Jeder Städter weiß es besser als die Bauern: Die Landwirte quälen ihre Tiere, vergiften die Nahrungsmittel mit Chemie und düngen zu viel. Städter können zwar kaum Roggen von Gerste unterscheiden, sind aber fest davon überzeugt, daß Bio besser als konventioneller Ackerbau und daß eine "Agrarwende" dringend notwendig ist.
Und überhaupt: die viele "Chemie". Früher ging es doch "viel natürlicher" zu, träumen die Städter vom Bauern, der im März seine Rößlein anspannt. Da lohnt ein kurzer Blick auf aktuelle Virus-Monitoringkarten, auf denen sich Landwirte über die aktuell drohende Schädlingslage informieren. …

Nikotin ist das stärkste Pflanzengift

Während gerade Coronavirus-Panik beim Menschen geschürt wird, fiel im vergangen Jahr häufig die Zuckerrübenernte weitgehend aus. Der Grund: ein gefährlicher Virus. Grüne Pfirsichblattlaus und schwarze Bohnenlaus haben beim Saugen an den Blättern den Rübenvergilbungsvirus (BMYV) übertragen.
Der läßt bei den infizierten Pflanzen die Blätter orange-gelb und brüchig werden. Aus diesen Rüben wird nichts mehr. Das bedeutet für den Bauern: kompletter Ertragsausfall. Nur aufgrund der Überproduktion merkt das niemand mehr im Supermarkt. Weltweiter Handel gleicht solche Ernteausfälle, wie sie immer wieder vorkommen, aus. Früher wurde das Saatgut vor allem mit den berüchtigten Neonicotinoiden gebeizt, einer sehr wirkungsvollen Waffe, die vom Pflanzengift Nikotin aus der Tabakpflanze abgeschaut wurde.
Nikotin ist übrigens eines der stärksten Pflanzengifte, die die Natur kennt und an die Wirkstoffe aus der "bösen Chemie" nicht im entferntesten herankommen. Seit dem Verbot der "Neonics" bleibt den Landwirten noch der Wirkstoff Tefluthrin (Force 20 CS) gegen die Bodenschädlinge zur Verfügung.

Strafzahlungen drohen

Viele Krankheiten und Schädlinge bedrohen die Nutzpflanzen auf dem Acker. So übertragen vier Millimeter große Zikaden einen Virus, der beim Weizen die Blätter gelb färben läßt und verhindert, daß Ähren aus der Blattscheide wachsen und sich entwickeln können. Folge: totaler Ausfall der Weizenernte. Dazu kommen noch die Risiken des Wetters.
Es ist ein harter Kampf von Wissenschaft und Technik sowie Landwirten, der Natur regelmäßig eine ausreichende Ernte abzutrotzen. Volle Lebensmittelregale sind keine Selbstverständ-

lichkeit, verleiten aber zu Übermut. Am 2. April soll die neue Düngeverordnung beschlossen werden, heftig forciert von Bundesumweltministerin Svenja Schulze (SPD). Schon fast mit Begeisterung verweist sie auf die drohenden Strafzahlungen der EU. 850.000 Euro soll Deutschland nach einem Urteil des Europäischen Gerichtshofs zahlen, weil die Nitratwerte im Grundwasser angeblich über den Grenzwerten liegen. Pro Tag wohlgemerkt.
Nicht zuletzt deswegen wehren sich die Landwirte drastisch gegen die Düngeverordnung, weil die Meßwerte falsch sind, und die nach Brüssel gemeldeten Nitratwerte nicht stimmen. Diese Daten stammen zudem noch aus den Jahren 2003 bis 2005 sowie 2006 und 2010.

Rückfall in Produktionsweise unserer Vorfahren

Die Düngeverordnung ist einer der gewaltigen Hebel, um der Landwirtschaft den Garaus zu machen. Nach dieser Verordnung sollen die Landwirte nun ihre Düngemengen schrittweise reduzieren: im ersten Jahr um 20 Prozent gegenüber dem Vorjahr, im darauffolgenden Jahr wiederum weniger - jeweils bezogen auf die bereits reduzierte Menge. Eine Abwärtsspirale.
Diese einschneidenden Einschränkungen bedeuten, daß die Pflanzen nicht mehr genügend Nährstoffe bekommen, ihr Wachstum entsprechend reduziert wird und damit die Erträge der Landwirte weiter sinken. Dies würde ein Ende der Landwirtschaft in Deutschland bedeuten, das zu einem Importland für Agrarprodukte werden könnte. Dafür bekommen die NGOs ihre gewünschten Blühflächen.
Dies bedeutet weiterhin einen erheblichen Raubbau am Boden und den Rückschritt in die landwirtschaftliche Produktionsweise unserer Vorfahren. Die entzogen den Böden brutal die wenigen Stickstoffmengen. Sie mußten deswegen die Äcker regelmäßig brachliegen lassen, damit sie sich ein wenig erholen konnten.

Die Landwirte verdienen unseren Dank

Erst als die beiden Chemiker Fritz Haber und Carl Bosch Anfang des 20. Jahrhunderts ihr bedeutendes Verfahren entwickelten, Stickstoff aus der Luft zu entziehen und mit Wasserstoff Ammoniak zu synthetisieren, wurde es möglich, zusätzlich mit Stickstoff Böden zu düngen.
Neben der Mechanisierung der Landwirtschaft mit raffinierten und leistungsstarken Maschinen, war dies der zweite bedeutende Schritt, die Nahrungsproduktion auf den Äckern zu steigern. Resultat: Ernährte um 1900 ein Landwirt etwa drei Menschen, so sind es heute 140 bis 150.
Erst diese signifikante Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion läßt Proteste gegen eben diese Landwirtschaft zu. Waren in früheren Zeiten die Menschen vollauf damit beschäftigt, Äcker zu bestellen, Unkräuter zu zupfen, zu säen, schließlich die Ernte einzubringen, zu dreschen, so müssen heute immer weniger Menschen für das tägliche Brot arbeiten. Lena, Lisa, Greta und Co sollten den Landwirten für ihre Arbeit auf den Äckern danken, anstatt sie zu beschimpfen.
Holger Douglas ist Wissenschafts- und Technikjournalist, arbeitete für das ZDF und Al Jazeera. 2018 erschien sein Buch "Die Diesel-Lüge".<<
Die schweizerische "EXPRESSZEITUNG", Ausgabe 31, berichtete im Februar 2020 (x355/4-8): >>**Hybride Kriegsführung: Wenn in Zeiten des Friedens Kriege toben**
Von *Gerhard Wisnewski*
Tue Schlechtes und rede darüber. Und wenn du darüber redest, dann schiebe es anderen in die Schuhe: Das ist eine ganz neue Variante des alten Sprichwortes "Tue Gutes und rede darüber". Gemeint ist die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel und der hybride Krieg gegen Deutschland, Europa und andere Teile der Welt. Sie wissen schon: "Hybrid" wie "hybrides Auto" - ein Fahrzeug mit gemischtem Antrieb, zum Beispiel elektrisch und konventionell. "Hybrid" heißt also so viel wie gemischt. Im Falle des Krieges bedeutet das einen Krieg an allen Fronten und mit allen Mitteln, quasi einen totalen Krieg. Klassische militärische Mittel spielen dabei nur noch eine Nebenrolle, wenn überhaupt.

Die "hybride Kriegsführung seitens Rußlands" sei in allen europäischen Ländern täglich zu spüren, sagte da plötzlich die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel am 25. Januar 2019 bei der Münchner Sicherheitskonferenz.
"... und diese hybride Kriegsführung im Internet ist sehr schwer zu erkennen, weil Sie plötzlich Bewegungen haben, von denen Sie gedacht haben, daß sie nie auftreten. ... In Deutschland protestieren jetzt Kinder für den Klimaschutz. ... Aber daß plötzlich alle deutschen Kinder, nach Jahren, ohne jeden äußeren Einfluß, plötzlich auf die Idee kommen, daß man diesen Protest machen muß, das kann man sich auch nicht vorstellen."

Ein Instrument der hybriden Kriegsführung

Mit anderen Worten beschrieb Merkel die sogenannte Klimabewegung als Instrument der hybriden Kriegführung: Der Begriff war damit in der Welt. Denn es handelt sich um einen Terminus, der in der Öffentlichkeit kaum bekannt ist und die Vorstellungskraft des Normalbürgers übersteigt. Bei Kriegen denkt der Durchschnittsmensch (und auch der Durchschnittspolitiker) nun mal an Bomben und Panzer, und ihre Abwesenheit verwechselt er mit Frieden. Woran er nicht denkt, ist ein ganzes Bündel von propagandistischen, psychologischen und wirtschaftlichen Maßnahmen, die ein Land sogar noch nachhaltiger zerstören können als jeder Bombenteppich:
"Die traditionellen Begriffe von regulär und irregulär oder von konventionell und unkonventionell haben ihre bisherige Trennschärfe verloren", schreibt der Oberst im Generalstab, Uwe Hartmann, in seinem Buch
"Hybrider Krieg als neue Bedrohung für Freiheit und Frieden" (Berlin 2015): "Der Begriff der hybriden Kriegsführung dagegen hilft, das Kriegsgeschehen ganzheitlicher zu verstehen.
Er beugt verengten Vorstellungen über künftige Kriege und zu einfachen Kriegsbildern vor, weitet den Blick und macht den Weg frei für eine schöpferische Antwort auf neue Bedrohungen" (S. 15).
Der hybride Krieg sei eine "neue Bedrohung von Freiheit und Frieden" und zeichne sich "durch die kreative, den Gegner überraschende Kombination unterschiedlichster Mittel und Wege aus". Er ziele "nicht vorrangig auf die Zerschlagung gegnerischer Streitkräfte, sondern auf die Destabilisierung staatlicher Strukturen und gesellschaftlicher Institutionen sowie die Schwächung des nationalen Zusammenhalts in einem Land".
Also exakt das, was wir derzeit in Deutschland und anderen Ländern Europas erleben. Die hybride Kriegsführung verfolge "die Erosion von Staatlichkeit durch Instabilität der politischen, sozialen und wirtschaftlichen Lage sowie durch De-Legitimation von Regierung und Eliten" (S. 19). Da der momentan laufende Dritte Weltkrieg hybrid geführt wird, ist er für das Publikum, aber selbst für Politiker und Militärs, eigentlich kaum durchschaubar.
Von "hybrider Kriegsführung" zu sprechen, war von Merkel deshalb schon ein Sakrileg an sich, lüftete es doch ein wenig den Vorhang zwischen dem Normalbürger und den globalen Eliten - insbesondere den strategischen Eliten.

Universeller Krieg gegen Deutschland und Europa

"Für die sonst so bedachte Kanzlerin Angela Merkel war das ein bemerkenswerter Fehler", rügte denn auch Spiegel Online (24.02.2019) die Merkel’schen Worte. Allerdings:
Was, wenn sich der Gedanke der "hybriden Kriegsführung" verselbstständigen und von der Verknüpfung mit Rußland ablösen würde? Kaum auszudenken! Denn in Wirklichkeit ist der hybride Krieg real; er ist nicht nur ein versteckter Krieg, sondern auch ein universaler Krieg, der in allen Bereichen eines Staates und einer Gesellschaft tobt - um nicht zu sagen: ein "totaler Krieg".
Und geführt wird er nicht zuletzt von niemand Geringerem als der deutschen Bundeskanzlerin selbst. Unter ihrer Regierung gab und gibt es Angriffe auf die Geburtenraten, die Wirtschaft, die Autoindustrie, die Luftfahrtbranche, die Energieversorgung, die Landwirtschaft, die Bil-

dung, die Kultur, die Bundeswehr, das Recht, die freie Meinungsäußerung und nicht zuletzt auf die deutschen Grenzen und damit die Integrität des Staatswesens.
Um einen Feind zu vernichten, zielt der hybride Krieg nun mal auf alles: Fortpflanzung, Finanzen, Währung, Volkswirtschaft, Energieversorgung, Verkehr, Bildung, Verteidigung, Grenzen, Gesundheit - und auf der psychologischen Ebene auf Identität, Nationalbewußtsein und vieles andere mehr.
Denn wie man nach dem Zweiten Weltkrieg gesehen hat, können ja selbst massivste Bombenteppiche ein Land und ein Volk nicht unbedingt auf Dauer zerstören. Zynisch betrachtet kann eine Nation unter günstigen Bedingungen dabei sogar erneuert und neu belebt werden wie ein Wald nach einem Waldbrand.
Nicht zufällig schossen nach dem Krieg in vielen Industrieländern auch die Geburtenraten in die Höhe ("Baby Boom"), bis der "Pillenknick" und viele weitere Geburtenkontrollprogramme dem ein Ende bereiteten (Abtreibung etc.).
Aber nicht nur das: Deutschland erlebte einen nie dagewesenen wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Boom. Siemens-Kernkraftwerke versorgten das Land mit bezahlbarer Energie, mit einer Wiederaufbereitungsanlage versuchte Deutschland einen geschlossenen Brennstoffkreislauf mit weniger Atommüll zu schaffen, die Magnetschwebebahn Transrapid versprach das Verkehrssystem zu revolutionieren, am Finanzplatz Frankfurt stieg die Deutsche Bank zum Global Player auf, und das dreigliedrige Schulsystem, Berufsausbildung und Universitäten versorgten den boomenden Industrie- und Wissenschaftsstandort jederzeit mit einem exzellent (aus-)gebildeten Nachwuchs. Innerhalb kürzester Zeit wurde Deutschland zu einer der führenden Industrienationen des Planeten und zu einem der wichtigsten Motoren der wissenschaftlich-technischen Zivilisation.

Konjunkturprogramm Wiederaufbau

Der Wiederaufbau nach einem konventionellen Krieg kann eben wie ein gewaltiges Konjunkturprogramm wirken - und zwar dann, wenn grundlegende Strukturen intakt bleiben, im Falle einer Nation Mentalität, Identität, Bildung, Intelligenz, Kultur und die Gesellschaftsstruktur.
Sowohl gesunde Individuen als auch Nationen verfügen über ein Ich, eine Identität und Interessen. Nur wer ein Ich, also ein "Selbst-Bewußtsein", besitzt, kann auch eine Identität ausbilden und Interessen formulieren.
Eines der ersten Dinge, deren sich ein Kind bewußt wird, ist zum Beispiel, ob es ein Junge oder ein Mädchen ist. Schon dieses erste und ursprünglichste Selbstbewußtsein wird jedoch angegriffen und ins Wanken gebracht, indem man Kinder in Kitas beispielsweise zu "geschlechtsfremden" Aktionen animiert, wie etwa Jungs, sich die Fingernägel zu lackieren. Die Geschlechtsidentität ist jedoch der Kern der Identität, noch vor der nationalen Identität. Wenn man die Geschlechter und damit ihre Identität abschafft, schafft man jede andere Identität auch ab - einschließlich der familiären und der nationalen Identität.
Sobald man ein Individuum so sehr verwirrt, daß es nicht einmal mehr weiß, ob es Männlein oder Weiblein ist, kann es erst recht nicht mehr wissen, ob es Deutscher, EU-Bürger oder Weltbürger ist, und so ist es jedem äußeren Angriff hilflos ausgeliefert. Jüngstes Beispiel für diesen Versuch ist Heidi Klums Transen-Show "Queen of Drags", die im November 2019 auf Pro7 Premiere hatte - ein massiver Angriff auf die Geschlechtsidentität, die das Geschlecht bis zur Unkenntlichkeit verzerrt.
Deutschland ist nicht nur wegen der Sabotage an der Bundeswehr wehrlos, sondern vor allem wegen seiner zerstörten inneren Verfassung. Durch den jahrzehntelangen Schuldkult wurde das Selbstbewußtsein dieser Nation in Selbsthaß verwandelt, und jeder einzelne wurde so zum geistigen Komplizen des hybriden Krieges gegen Deutschland. Nur wenn sich Deutschland auf sich und seine Identität zurückbesinnen könnte, könnte es all diese Schäden vielleicht wieder beheben.

Sabotage an Staat und Gesellschaft

Ein wirklich wirksamer Krieg kann daher auf Bombenteppiche verzichten, um statt dessen zentrale soziologische, wirtschaftliche und wissenschaftliche Strukturen anzugreifen - zum Beispiel mit Verblödung. Alles andere erledigt sich dann von selbst, weil die gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Prozesse dysfunktional werden (siehe "Klimaforschung"):

Wenn der Geist kollabiert, kollabiert früher oder später auch alles andere. Wenn ein Mensch schwer geisteskrank wird, kann er auch nicht mehr für sich selbst sorgen. Daß ausgerechnet Angela Merkel den Begriff "hybride Kriegsführung" gegen Deutschland "leakte", ist, genau wie Spiegel Online das charakterisierte, aus der Perspektive der globalen Eliten eine einmalige Fehlleistung. Denn in Wirklichkeit führt Merkel diesen Krieg selbst an vorderster Front - als Werkzeug der strategischen Eliten.

Die "Energiewende", die "Verkehrswende", die Elektromobilität (die in Wirklichkeit eine Immobilität ist), der CO2-Wahn und die Masseneinwanderung sind nur einige wenige Beispiele für Angela Merkels maoistische Sabotage an Staat und Gesellschaft. Daß diese katastrophalen Fehlleistungen auf Unvermögen oder Irrtümern beruhen, kann wohl ausgeschlossen werden.

Der perfideste Krieg von allen

Der hybride Krieg ist die effektivste und perfideste Form des Krieges überhaupt: "Ziel der Angreifer ist es, nicht nur Schaden anzurichten, sondern insbesondere Gesellschaften zu destabilisieren und die öffentliche Meinung zu beeinflussen", heißt es sogar auf der Website des Bundesverteidigungsministeriums.

"Offene pluralistische und demokratische Gesellschaften bieten hierfür viele Angriffsflächen und sind somit leicht verwundbar" Und zwar, weil "offen" in diesem Fall nicht weltoffen bedeutet, sondern aufgerissen und schutzlos. Genau deshalb betreiben Geostrategen wie der berüchtigte Milliardär George Soros auch Stiftungen wie die "Open Society-Foundation", die nichts anderes zum Ziel hat, als den Schutz und die Grenzen von Staaten und Gesellschaften zu penetrieren und abzubauen und Revolutionen und Umstürze zu organisieren. Soros ist daher auch als einer der obersten Kriegsherren der Hybriden Kriegsführung anzusehen.

Hybrider Völkermord

Stellen Sie sich vor, auf einer großen Ebene stehen sich zwei Armeen mit Panzern, Geschützen und Gewehren gegenüber, wobei eine Seite plötzlich zu schießen beginnt - schon haben wir offensichtlich einen Angriffskrieg.

Aber was ist, wenn in einem Land plötzlich beide Elternteile arbeiten müssen, Kinder als Ballast betrachtet werden und daraufhin die Geburtenraten fallen? Wenn zusätzlich unfruchtbare Lebenskonzepte "in Mode kommen" wie Homosexualität, Transgender und Geschlechtsumwandlung? Wenn zur Behebung des dann auftretenden "Fachkräftemangels" nicht etwa Nachwuchs propagiert wird, sondern Zuwanderung? Ist das eine spontane gesellschaftliche Entwicklung oder ein Schlachtfeld des hybriden Krieges? Das Ergebnis ist schließlich dasselbe wie bei einem konventionellen Krieg: Die Bevölkerung des Feindes wird dezimiert. Und wenn dies eine gezielte Strategie ist, dann sprechen wir hier von Völkermord.

Denn als Völkermord im Sinne der UN-Völkermordkonvention gelten alle Handlungen, "die sich gegen nationale, ethnische, rassische oder religiöse Gruppen mit der Absicht richten, diese ganz oder teilweise zu vernichten". Dazu zählen auch die "vorsätzliche Auferlegung von Lebensbedingungen für die Gruppe, die geeignet sind, ihre körperliche Zerstörung ganz oder teilweise herbeizuführen; Verhängung von Maßnahmen, die auf die Geburtenverhinderung innerhalb der Gruppe gerichtet sind.

Da dieser Völkermord als hybrider Krieg geführt wird, hofft man, daß er nicht als solcher erkannt wird und damit weder auf Gegenwehr stößt, noch in den Geschichtsbüchern stehen wird. Das Ganze soll einfach als "natürliche Entwicklung" erscheinen ("Demographischer

Wandel").

Sabotage der Verteidigung

Oder nehmen wir nach den Geburtenraten die Streitkräfte eines Landes: Was ist, wenn auch hier der "Nachwuchs" fehlt, die Wehrpflicht abgeschafft wird und das Militär kein Personal mehr bekommt, für Panzer, Hubschrauber und Flugzeuge keine Ersatzteile mehr da sind, durch die Rekrutierung von Frauen die körperliche Leistungsfähigkeit der Truppe fällt, erst recht, wenn sogar Schwangere Dienst tun sollen, die Verteidigungsministerin Abermilliarden wertvoller finanzieller Ressourcen verpulvert, unter anderem für dubiose Beraterdienste, gleichzeitig die nationale Identität zerstört wird, die Soldaten (und die Soldatinnen, natürlich) also gar nicht mehr wissen, WOFÜR sie eigentlich kämpfen sollen?

Wird diese Armee dann nicht irgendwann genausowenig einsatzbereit sein wie eine Armee, die soeben vom Feind zerschossen wurde? Und ob. Zwar dauert das Ganze viel länger, da all diese Maßnahmen aber scheinbar vernünftig begründet, über Jahrzehnte kultiviert und tradiert werden, sind sie auch viel nachhaltiger, und es gibt viel weniger Gegenwehr als bei einem offensichtlichen konventionellen Angriff. Man tut sich ja schon schwer, diesen Krieg überhaupt zu erkennen.

Denn merke: Der beste Krieg ist derjenige, der gar nicht bemerkt wird, so daß man sich nicht wehren kann.

Und der schlimmste Feind ist derjenige, der ebenfalls nicht als solcher erkannt, sondern vielleicht sogar noch als Freund betrachtet wird. Nehmen wir beispielsweise die Europäische Union: Regelmäßig treffen sich Europäischer Rat und Ministerrat zu freundschaftlichen Konferenzen, ein Küßchen hier und eine Umarmung da. Hinter dieser Fassade tobt freilich ein Kampf jedes gegen jeden und aller gegen die Bevölkerungen.

Ein multidimensionales Schach

Sich gegen einen geschickt geführten hybriden Feldzug zur Wehr zu setzen, ist denn auch sehr schwierig: Hybride Kriegführung sei der Versuch, "politische Ziele zu erreichen, indem eine Vielzahl von unterschiedlichen, aber synchronisierten legalen wie auch illegalen Mitteln und Wegen oftmals verdeckt und überraschend eingesetzt werden", so Hartmann (S. 23). Streitkräfte kämen, wenn überhaupt, erst zum Einsatz, "wenn die Situation reif" sei (S. 24).

Das Ganze gleicht einem multidimensionalen Schachspiel, das jedoch nie offiziell eröffnet wird. So kann es geschehen, daß ein Land bereits seit Jahren in einem solchen Schachspiel steckt, ohne es überhaupt zu wissen und auch nur einen einzigen Gegenzug gemacht zu haben. Denn:

- Wie soll man einen hybriden Angriff überhaupt von einer spontanen gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, kulturellen oder psychologischen Entwicklung unterscheiden?
- Wie soll man den Angreifer identifizieren?
- Wo hat er welche negativen Entwicklungen ausgelöst, und auf welche Weise?
- Geschah dies wirklich in feindlicher Absicht oder zum Beispiel nur in Verfolgung legitimer wirtschaftlicher Partikularinteressen?
- Hat der mutmaßliche Angreifer nur eine Entwicklung ausgelöst oder ein ganzes Bündel (= hybrider Krieg)?
- Geht dieses Bündel negativer Entwicklungen auf ein ganz bestimmtes Machtzentrum, zum Beispiel ein anderes Land, zurück?
- Wie soll man einen Angreifer, der selbstverständlich alles abstreiten wird, beschuldigen, ohne selbst einen - womöglich konventionellen - Kriegsgrund zu liefern?
- Wie soll man einen Angreifer bekämpfen, der sich selbst als absolut friedliebend und die Beschuldigungen als böswillig und paranoid darstellen wird?
- Wie soll man einen noch wirksameren hybriden Krieg entwickeln, aus dem die Gegenseite keinen Grund für einen (auch konventionellen) Gegenschlag entwickeln kann?

Eine ungeheure intellektuelle Herausforderung

"Die Analyse der hybriden Kriegsführung eines potentiellen Gegners ist daher alles andere als trivial", schreibt Oberst Hartmann in seinem Buch. "Sie setzt eine Auseinandersetzung mit den eigenen Defiziten und Brüchen in der Gesellschaft voraus. Denn diese wird ein potentieller Gegner in sein Kalkül einbeziehen; dort wird er seine Angriffe mit hoher Wahrscheinlichkeit ansetzen" (S. 21). Hybride Kriege seien "eine ungeheure intellektuelle Herausforderung. Ihre Komplexität muß ganzheitlich verstanden werden".

Jede Seite werde versuchen, "die Komplexität so weit zu erhöhen, daß sie für den jeweiligen Gegner unbeherrschbar wird, während die eigene Seite noch denk - und handlungsfähig bleibt" (S. 50). Die allermeisten Bürger, Politiker und Militärs dürften damit wohl heillos überfordert sein. "Politiker stehen ebenso wie sicherheitspolitische Experten und militärische Berater vor dem Problem, die Komplexität der Geschehnisse zu begreifen".

Ist das noch Frieden oder schon Krieg?

Gegenwehr gegen einen geschickt geführten hybriden Angriff ist daher äußerst schwierig. Ja, nicht einmal in den Geschichtsbüchern wird er stehen, weil ihn nämlich niemand erkannt und benannt hat: "Das Besondere an der hybriden Kriegsführung ist die Verschleierungstaktik", schreibt das (wehr- und vaterlandslose) Bundesverteidigungsministerium: "Die Täter operieren entweder anonym oder bestreiten Beteiligungen an Vorfällen und Konflikten.

Sie gehen dabei äußerst kreativ und koordiniert vor, ohne die Schwelle zu einem offiziellen Krieg zu überschreiten. Eben dies macht die Abwehr solcher Attacken so schwierig: Wenn es keinen eindeutigen Angriff oder Angreifer gibt, fällt die Gegenwehr schwer. Unberechenbarkeit wird zur Waffe.

Sind wir noch im Frieden, oder befinden wir uns schon im Krieg?" Tja, das ist eine gute Frage. Diese Ausgabe der ExpressZeitung wird Ihnen eine eindeutige Antwort darauf geben und belegen, daß der Dritte Weltkrieg längst begonnen hat - ein Krieg gegen die westliche Zivilisation und ihre führenden Nationen.<<

Die schweizerische "EXPRESSZEITUNG", Ausgabe 31, berichtete im Februar 2020 (x355/-46-49): >>**Seuchenpanik und WHO - die Weltregierung der "Gesundheit"**

Von *Gerhard Wisnewski*

Januar 2020: Die Panik geht um. Ein neues Virus versetzt die Menschen in Angst und Schrecken: das Corona-Virus! Am 31. Dezember 2019 hatten die chinesischen Behörden die Weltgesundheitsorganisation (WHO) über eine neue mysteriöse Lungenkrankheit mit einem unbekannten Erreger informiert. Eine Woche später meldete die WHO, das Virus sei identifiziert. Es handele sich um ein sogenanntes Corona-Virus, wie es auch für Schnupfen, aber auch die geheimnisvolle Seuche SARS verantwortlich sein soll. Am 11. Januar wurde der erste Todesfall gemeldet, am 13. Januar bestätigte die WHO den ersten Fall außerhalb Chinas. Am 20. Januar meldete China die erste Ansteckung zwischen Menschen, am 26. Januar zählten Chinas Behörden 56 Tote und knapp 2.000 Infizierte.

Wenig später, am 28. Januar, starben die Menschen schon wie die Fliegen - nun ja, vorausgesetzt in China gab es genau 106 Fliegen. So viele Tote wurden der Infektion mit dem neuartigen Virus bis dahin zugeschrieben.

Bei einer Einwohnerschaft von 1,4 Milliarden war das jedoch gar nichts. Auch die 4.500 Infizierten, die inzwischen angeblich gezählt wurden, repräsentierten nur ein Dreihunderttausendstel der chinesischen Bevölkerung - also ebenfalls nichts. Der Panikmache tat das jedoch keinen Abbruch. Auch in Deutschland wurde besorgt jeder einzelne, mit dem Virus infizierte China-Rückkehrer gezählt. Anfang Februar sollen es genau 11 gewesen sein. Bei 82 Millionen Einwohnern.

Dabei waren die Infizierten nicht einmal krank. "Die Vier sind pumperlgsund, haben keine Symptomatik, sind fieberfrei, husten nicht", berichtete Chefarzt Clemens Wendtner über vier

isolierte Patienten im Schwabinger Krankenhaus: "Denen ist so langweilig, daß sie uns ständig mit der Entlaß-Frage nerven". Gleichwohl erklärte der Leiter der WHO-Notfallprogramme, Michael Ryan, am 30. Januar, nun müsse "die ganze Welt in Alarmbereitschaft sein". Am selben Tag rief die WHO eine "gesundheitliche Notlage von internationaler Tragweite" aus.

Um dieselbe Zeit, da in China 4.500 Infizierte und einige hundert Tote beklagt wurden, lagen allein in Deutschland wahrscheinlich mehrere zehntausend Menschen mit einer veritablen Grippe auf der Nase. Die Grippewelle 2017/18 zum Beispiel "hat nach Schätzungen rund 25.100 Menschen in Deutschland das Leben gekostet". In der Grippesaison 2018/19 registrierte das Robert-Koch-Institut von Oktober bis Mitte Mai Insgesamt 182.000 "labordiagnostisch bestätigte Grippefälle", schrieb das Deutsche Ärzteblatt am 30. September 2019 (online).

Und wer sich eine Liste der ersten 24 bekannten Corona-Todesopfer anschaute, staunte nicht schlecht: Die größte Gruppe stellten die über 70- und 80-Jährigen, zwei waren bereits 89 Jahre alt. Also in einem Alter, in dem man auch eines natürlichen Todes sterben kann, mitunter sogar an einem Schnupfen oder einer Grippe. Nur drei "Corona-Opfer" waren unter 60.

Die eigentliche Krankheit heißt WHO

Die Frage lautet deshalb auch weniger: Wer oder was ist eigentlich das Coronavirus? Sondern: Wer oder was ist eigentlich die Weltgesundheitsorganisation (WHO)? Während hinsichtlich der Herkunft des Coronavirus ein Gerücht das andere jagte (mutiert? Aus dem Labor?), kümmerte sich kein Mensch um das eigentliche Problem und um die eigentliche Krankheit: die WHO.

Seit Jahrzehnten ruft sie eine internationale Seuchenpanik nach der anderen aus, von der am Schluß kaum etwas anderes übrig bleibt als heiße Luft. Und natürlich Milliardenumsätze für die Pharmaindustrie. Denn selbstverständlich wird sofort nach einem passenden "Impfstoff" gesucht. Das gilt für die Vogelgrippe genauso wie für die Schweinegrippe oder SARS - und nun eben für das Coronavirus, das, wenn überhaupt, in der Regel einen Schnupfen verursacht.

Wer tot ist, ist immerhin nicht mehr krank

Die offizielle Lösung lautet wie gesagt "Impfung". Denn kaum bricht irgendwo angeblich eine neue "Seuche" aus, kommt wie das Amen in der Kirche der Ruf nach einer Immunisierung. Wobei sich niemand fragt, warum allein in Deutschland angesichts der weit verbreiteten Grippeimpfung pro Jahr eigentlich Hunderttausende an Influenza leiden und 25.000 Menschen daran sterben.

Egal: Jeweils am Höhepunkt der Panik läßt sich die Impfstoffforschung am besten an den Mann bringen. Auch bei Corona wurde umgehend nach einem neuen Vakzin gesucht, während Politiker die Öffentlichkeit vertrösteten, es könne "drei bis fünf Monate dauern, bis ein Impfstoff entwickelt ist" (bild.de, 30.01.2020). Laut Münchner Merkur könnte es sogar ein "ungewöhnlicher Medikamentencocktail" tun: "Demnach wurde eine mit dem Coronavirus infizierte Frau aus China mit einer Mischung aus Grippe- und HIV-Medikamenten behandelt. Der Zustand der Frau habe sich daraufhin drastisch verbessert.

Innerhalb von 48 Stunden nach der Gabe des Medikamenten-Cocktails sei der Virus dann nicht mehr nachweisbar gewesen." Donnerwetter: Vielleicht weil sie tot war? Denn "verabreicht worden sei der Frau eine Mischung aus den bei HIV-Erkrankungen eingesetzten Wirkstoffen Ritonavir und Lopinavir, sowie dem Grippe-Mittel Oseltamivir" (online, 2.2.2020). Was für eine phantastische Geschäftsidee: Einfach mehrere Aids- und Grippe-Mittel auf einmal essen lassen! So wird man zum Müllschlucker der Pharmaindustrie!

Doch wir waren bei der Impfung: Das Gremium, das bei jeder neuen Seuchenpanik die "Impfempfehlungen" der WHO herausgibt, heißt SAGE: Die "Strategische Beratergruppe von Immunisierungsexperten" (Strategic Advisory Group of Experts).

In dieser Gruppe sitzen WHO-Impfexperten einträchtig mit Vertretern der Pharmaindustrie zusammen und beratschlagen über weltweite Impfkampagnen wie zum Beispiel auch die gegen das Schweinegrippen-Phantom aus dem Jahr 2009. Zwar haben die Pharmavertreter, "um Interessenkonflikte zu vermeiden", nur Beobachterstatus, aber das ist reine Augenwischerei. Tatsache ist, daß die WHO ihre Impfempfehlungen unter den Augen der globalen Pharmaindustrie entwirft und niemand die möglichen Verflechtungen zwischen den SAGE-Mitgliedern und den bei den Sitzungen vertretenen Pharmakonzernen durchschauen kann.
Niemand kann beispielsweise SAGE-Mitglieder daran hindern, direkt oder indirekt Aktien jener Hersteller zu besitzen, deren Impfstoffe und Grippemittel sie der gesamten Menschheit aufs Auge bzw. in den Arm drücken wollen. So wurden durch die von dem WHO-SAGE-Komitee geschürte Schweinegrippen-Hysterie exakt die Aktienkurse jener Unternehmen "geimpft" beziehungsweise "gedopt", die in der SAGE Beobachterstatus haben.
Die Papiere hatten das auch bitter nötig. So waren die Anteilsscheine von Novartis und GlaxoSmithKline bis kurz vor "Ausbruch" der Schweinegrippe kräftig abgeschmiert. Seit März 2009 aber breitete sich das Schweinegrippevirus, Influenza A (H1N1) beeindruckend schnell aus, so damals die Deutsche Welle (online, 12.6.2009). Und seit März 2009 stiegen auch beeindruckend schnell die Kurse von Novartis und GlaxoSmithKline.

Impfstoffe für alle!

An der Sitzung vom 7. Juli 2009 zum Beispiel, die über die weitere Impfstrategie der WHO für die kommenden Monate entscheiden sollte, nahmen mindestens zwei Dutzend Impfstoffkocher teil, neben jenen von Novartis und GlaxoSmithKline auch welche von Baxter, Sanofi Pasteur sowie von diversen Pharmadachverbänden. Unter den Augen der Vertreter dieser Milliarden-Industrie kamen die SAGE-Mitglieder zu dem lapidaren Schluß: "Da die Verbreitung des pandemischen Virus als unaufhaltsam angesehen wird, werden Impfstoffe für alle Länder gebraucht." Für alle Länder - wow!
Das heißt im Fall der WHO wirklich alle - nämlich alle 194 Staaten der Erde mit ihren damals 6,75 Milliarden Bewohnern! Kurz: Die für jedermann ebenfalls offensichtlich harmlose "Schweinegrippe" war bis dahin die größte und bisher aggressivste Marketingkampagne für Impfstoffe und fragwürdige Grippemittel, die dieser Planet jemals gesehen hat. Ja, das "Marketing" hätte sogar so weit gehen können, das Produkt den "Konsumenten" gleich zwangsweise zu verabreichen - nämlich im Rahmen einer Zwangsimpfung (die inzwischen bei der sogenannten "Masernimpfung" verwirklicht wurde). Ein Traum für jeden Hersteller.

Der größte Menschenversuch aller Zeiten?

Am selben Tag, dem 7. Juli 2009, beschloß das SAGE-Komitee der WHO eine "Impfempfehlung", die an Skrupellosigkeit nicht mehr zu überbieten war. Damit läutete die WHO den größten Menschenversuch aller Zeiten ein, denn in ihrer "Pandemic (H1N1) 2009 briefing note 2" über das Meeting bekannte sie ohne jedes Unrechtsbewußtsein: "Da bei der Produktion von einigen Impfstoffen neue Technologien zur Anwendung kommen, die bisher nicht intensiv auf ihre Sicherheit in Bezug auf bestimmte Bevölkerungsgruppen ausgewertet wurden, ist eine bestmögliche Beobachtung nach der Vermarktung sehr wichtig."
Ja, Sie haben richtig gelesen:
1. Das Impfkomitee der WHO empfahl nicht ausreichend auf ihre Sicherheit getestete Impfstoffe für die Anwendung am Menschen.
2. Das Impfkomitee der WHO wollte die Reaktionen der Menschen auf diese Impfstoffe nach deren massenhafter Verabreichung auswerten.
So zum Beispiel auch in Schweden und Finnland. In beiden Ländern hatte man im Zuge der Pandemie-Panik von 2009 auf Massenimpfungen gesetzt. Kurz danach litten 168 Schweden und 121 Finnen, meistens Kinder, an der Schlafkrankheit Narkolepsie. Das Leben von Kindern - zerstört durch die Pharmaindustrie?

Dieser Zusammenhang gilt in den beiden skandinavischen Ländern inzwischen als naheliegend. Ja, nicht nur das: Daß zwischen dem Impfstoff "Pandemrix" (GlaxoSmithKline) und Narkolepsie "ein direkter Zusammenhang besteht", sehe die finnische Gesundheitsbehörde sogar "als erwiesen an", schrieb die österreichische Tageszeitung "Die Presse" (Online) am 22. Februar 2012. Inzwischen lagen die Zahlen auf dem Tisch. Während ein Impfschutz "nicht nachweisbar" gewesen sei, sei in Finnland "ein mehr als zwölfmal höheres Narkolepsierisiko bei mit Pandemrix geimpften Kindern festgestellt" worden. Die jungen Leben lägen "in Trümmern", schrieb "Die Presse".
Wer nun bei den Verantwortlichen auf Reue oder Einsicht gehofft hatte, war allerdings schief gewickelt: "Alle Arzneimittel haben Nebenwirkungen, und bei der Schweinegrippe hätten sie nur wenige getroffen", zitierte "Die Presse" Anders Tegnell von Schwedens Sozialbehörde, die für die Durchführung der Massenimpfungen verantwortlich gewesen war. "Es gebe also keinen Grund zur Angst, es wäre eine 'Katastrophe', wenn nun eine generelle Skepsis gegenüber Impfungen ausbräche." Und zwar eine Katastrophe für die Pharmaindustrie.
In Wirklichkeit war schon die sogenannte Schweinegrippe ein Lehrstück über die kriminelle Zusammenarbeit von WHO, Politik, Pharmaindustrie und Medizin. Was bei der Schweinegrippe aufflog, war wohl nur die Spitze des Eisbergs und dürfte auch auf anderen Gebieten funktionieren.
Eine Seuchenpanik dieser Art ist allerdings vielseitig einsetzbar, der Gewinn der Pharmakonzerne ist nur ein Aspekt einer multifunktionalen Operation: Mit einem (WHO-) Gesundheitsnotstand können Staaten bzw. die UNO ihre Macht ausbauen und in die Rechte der vermeintlich betroffenen Menschen eingreifen.
Die Quarantäne über der chinesischen Stadt Wuhan stellt wohl den bisherigen Höhepunkt der Eingriffe in die Freiheitsrechte im Namen der Gesundheit dar. Mit dem Vorwand einer gefährlichen Pandemie lassen sich totalitäre Maßnahmen nun mal einfacher rechtfertigen.

Rockefeller und WHO

Das also sind die Machenschaften der sogenannten "Weltgesundheitsorganisation" WHO: Marketing für die Pharma- und Impfstoffindustrie.
Dabei ist das nicht etwa neu. In Wirklichkeit sind die Kampagnen erprobt und altbewährt. Die WHO macht ihre Geschäfte seit über 100 Jahren. Damals hieß die WHO aber noch nicht WHO, sondern "Rockefeller Sanitary Commission" (1909 bis 1915), International Health Commission (1913-1916) oder auch International Health Division (IHD; 1916-1927). "Nach der Gründung der WHO im Jahr 1948 wurde das IHD aufgelöst. Es war jedoch jahrzehntelang indirekt präsent: Sowohl der Nachkriegsdirektor des WHO-Büros für Amerika als auch der langjährige zweite WHO-Generaldirektor waren führende IHD-Männer in Brasilien gewesen", so die medizinische Fachzeitschrift The Lancet (online, 11.5.2013).
1948 wurde schließlich die Weltgesundheitsorganisation, "die als Nachfolger der IHD gilt, gegründet, und die IHD ging 1951 in der größeren Rockefeller-Stiftung auf und stellte ihre Arbeit in Übersee ein" (Wikipedia US). "Die Rockefeller Foundation (RF), das beispiellose Schwergewicht der Gesundheitsphilanthropie des 20. Jahrhunderts, prägte die WHO zutiefst und unterhielt lange und komplexe Beziehungen zu ihr, auch wenn sich beide Institutionen im Laufe der Zeit veränderten", schrieb 2014 auch das Fachmagazin Public Health.

Ein Lieblingsprojekt der Rockefellers

Kurz: "Die Vereinten Nationen waren schon immer ein Lieblingsprojekt der Familie Rockefeller. Sie stiftete das Grundstück, auf dem jetzt das UN-Gebäude steht. Es ist anzunehmen, daß sie die Vereinten Nationen als den vollkommensten Mechanismus zur Durchsetzung globaler Monopolmacht sieht, eine Rolle, für die sie aufgrund ihrer Struktur geradezu prädestiniert sind", schrieb Edward Griffin in seinem Buch "Eine Welt ohne Krebs".
Mit anderen Worten: Das Rockefeller-Erbe bestimmt das Schicksal der Menschheit bis auf

den heutigen Tag. Heute lassen sich mit Seuchenpanik Milliarden verdienen sowie die Umsätze von Arzneimittelherstellern und Aktienkurse pushen. Die "Schul-Medizin" und die Pharma-Lobby führen seit einem Jahrhundert weltweit einen menschenverachtenden Krieg um und gegen jeden Patienten.
Ziel dieses Krieges ist es, jeden Menschen zu einem chronisch kranken Menschen zu machen, der nie wieder gesund werden soll und möglichst lange mit den "zugelassenen" Medikamenten, patentierten Apparaten und monopolisierten Methoden der Pharma-Industrie profitbringend "behandelt" werden kann.<<
Die schweizerische "EXPRESSZEITUNG", Ausgabe 31, berichtete im Februar 2020 (x355/82-84): >>**Klimaschutz: Krieg gegen den Naturschutz**
Von *Gerhard Wisnewski*
Klima-Alarmisten wie FfF halten weiterhin an ihrem Kampfbegriff "Klimakiller" fest: Das sollen Menschen sein, die viel Fleisch essen, "dicke" Autos fahren und viel Energie verbrauchen. Sie haben angeblich das Klima "auf dem Gewissen".
Was dabei verschwiegen wird: In Wirklichkeit wird genau andersherum ein Schuh draus: Die schlimmsten Umweltverbrechen werden heute im Namen des Klimaschutzes verübt. In Wahrheit ist es der Klimaschutz, der den Planeten ruiniert. Mittlerweile stehen echte Umweltschützer weltweit gegen "Klimaschützer" oder "Klimaschutzprojekte" auf. Nehmen wir beispielsweise die hochgelobten "regenerativen Energien" wie Windkraft oder Photovoltaik. Mit einem Mal werden ganze Landschaften mit riesigen Windrädern verschandelt, und der Bauer baut auf seinen Feldern plötzlich kein Getreide mehr an, sondern stellt die Gegend mit häßlichen Solaranlagen zu: "Landschaftspflege" im Zeitalter des Klimaschutzes.
Die monströsen Windräder zerstören nicht nur die Landschaft, sondern auch das Leben von Menschen und Tieren. Und sie decken nur einen minimalen Teil unseres Endenergieverbrauchs. Das "Aktionsbündnis Gegenwind-Oberfranken" hat ein langes Sündenregister der großen Strompropeller aufgestellt:
"Windkraftanlagen zerstören die Landschaft, die Natur, unsere Heimat und damit unsere Identität, führen zu einer erheblichen Verschlechterung der Lebensqualität, gefährden unsere Gesundheit und das Wohlbefinden, töten Vögel und Fledermäuse (und Insekten, siehe S.71), entwerten Immobilien und Grundeigentum, verhindern die Entwicklung des Fremdenverkehrs, vernichten Arbeitsplätze durch übersteigerte Stromkosten, sind völlig unwirtschaftlich aufgrund der schwachen Windverhältnisse in unserer Region, ersetzen kein einziges Kraftwerk, weil der Wind unregelmäßig oder gar nicht weht, gefährden die Netzstabilität und damit die nationale Stromversorgung, denn Windstrom kann nicht großtechnisch gespeichert werden; sind absolut überflüssig und dienen nur zur wirtschaftlichen Umverteilung von unten nach oben, spalten die "soziale Gemeinschaft."
Die Lüge vom Energie-Speichern
Dabei ist das noch gar nicht alles. Denn Windräder und Solarflächen kommen selten allein, sondern haben noch Speicherseen und Pumpspeicherkraftwerke im Gepäck. Und diese müssen in die Wirtschaftlichkeitsrechnung dieser sogenannten regenerativen Energien mit einbezogen werden. Da der Strom aus Windrädern und Photovoltaikanlagen prinzipiell unberechenbar ist, kann man ihn auch nicht bedarfsgerecht produzieren, so daß die Stromwirtschaft im Prinzip so haushalten muß, als gäbe es ihn gar nicht. Kurz, sie muß genauso viele Kraftwerke und Kapazitäten vorhalten wie ohne Windräder oder Solaranlagen. Wenn der Strom witterungsbedingt dann aber anfällt, gibt es plötzlich zu viel davon, er wird nicht oder nicht in nennenswertem Umfang gebraucht und muß irgendwohin.
Ja, aber warum denn? Kann man die Windanlagen dann nicht einfach drosseln oder abstellen? Eigentlich schon, aber laut Erneuerbare-Energien-Gesetz haben die Anlagenbetreiber "Anspruch auf unverzüglichen und vorrangigen Anschluß ihrer Anlage an das Stromnetz. Darüber

hinaus besteht Anspruch auf unverzügliche und vorrangige Abnahme des gesamten zur Einspeisung angebotenen Stroms aus erneuerbaren Energien sowie dessen Übertragung und Verteilung".
Das heißt, daß derartige Anlagenbetreiber auf Teufel komm raus produzieren können, egal, ob der Strom gebraucht wird. Er muß abgenommen werden, und zwar zu einem garantierten Preis! Auf der anderen Seite lassen sich auch viele konventionelle Kraftwerke nicht drosseln, weil sie dafür nicht gebaut wurden. Der eingespeiste Strom ist also in jedem Fall zu viel. Daher ziehen "regenerative Energien" wie Wind- und Sonnenkraft weitere Kosten und Landschaftszerstörungen nach sich, nämlich in Form von Speicherseen und Pumpspeicherkraftwerken, die irgendwo in Ausflugs- und Erholungsgebieten errichtet werden, um die "regenerativen Energien" zu speichern.
Weil die Befürworter dieser Energieform hierzulande nicht wissen, wohin mit den überschüssigen "Stromspitzen" durch Windkraft und Sonnenenergie, müssen Staubecken her, um Wind- und Sonnenkraft zu speichern: Bei Stromüberschuß soll das Wasser hinaufgepumpt, bei "Stromtälern" hinabgelassen werden und in Turbinen Strom erzeugen.
Von dem enormen Energieaufwand für den Bau eines solchen Kraftwerks redet allerdings niemand. Und auch nicht von der Energie, die allein dafür verbraucht wird, Millionen Tonnen Wasser einen Berg hoch zu pumpen. Von "Speichern" kann also eigentlich keine Rede sein, vielmehr bliebe von der erzeugten "regenerativen Energie" unterm Strich nur ein Rest übrig, während die Kosten für das Projekt auf den Strompreis umgelegt würden. Abgesehen davon fehlt es in Deutschland schlicht an Standorten für solche Kraftwerke.

Verbrechen im Namen des Klimaschutzes

Die verheerenden Folgen der "regenerativen Energien" werden von "Klimaschützern" und Politikern verschwiegen und/oder schöngeredet. Während alle Welt von "Klimakillern" spricht, redet niemand von Klimaverbrechen, die im Namen des "Klimaschutzes" verübt werden. Der wissenschaftlich nicht begründbare "Klimaschutz" hat sich längst zu einer gefährlichen Ideologie entwickelt, welche die Zukunft unseres Planeten bedroht. Nur im Jahr 2013 blitzte dieses Thema einmal kurz auf, um gleich wieder im Gedächtnisloch unserer gleichgeschalteten Medienwelt zu verschwinden.
Damals hatte es eine TV-Dokumentation mit dem Titel "Climate Crimes - Umweltverbrechen im Namen des Klimaschutzes" gerade mal in das Programm von 3sat geschafft, und zwar an einem Dienstag um 22.25 Uhr. Zu behaupten, die Dokumentation sei vergessen, wäre deshalb wohl übertrieben - in Wirklichkeit hat die breite Öffentlichkeit sie gar nicht zur Kenntnis genommen.
Nachdem der Film quasi heimlich gesendet worden war, hörte man hierzulande nie wieder davon - weder in anderen deutschen Sendern noch in den Spalten der Zeitungen.
Die dringend notwendige öffentliche Diskussion im Anschluß an die Ausstrahlung fand nicht statt. Dabei hatte es die Botschaft des Films in sich. Zwar ist äußerst zweifelhaft, ob es den menschgemachten "Klimawandel" überhaupt gibt, daß aber unter dem Deckmantel des Klimaschutzes schwerste Umweltverbrechen verübt werden, ist eine Tatsache. Beim "Klimaschutz" geht es schon längst nicht mehr mit rechten Dingen zu.
In Wirklichkeit, so zeigte die erwähnte Dokumentation Climate Crimes damals, zerstören "Klimaschützer " inzwischen regelrecht unseren Planeten: "Der Kampf gegen den Klimawandel soll unsere Erde retten", hieß es in dem Film: "Doch er löst den größten Schub an Naturzerstörung aus, den die Erde in den vergangenen Jahrzehnten erlebt hat. Enorme Summen fließen in Staudämme, Atomkraftwerke oder Monokulturen für Biosprit und Biogas." Ausgehend von der Weltklimakonferenz in Cancun, Mexiko, im Jahr 2010, zeigte der Film die Reise des deutschen Naturschützers Ulrich Eichelmann zu einigen Brennpunkten des Klimawahnsinns. …<<

Der deutsche Physiker Dr. Rüdiger Paschotta berichtete am 14. März 2020 im "RP-Energie-Lexikon" über die Reaktorsicherheit (x1.027/…): >>Der Betrieb von Kernreaktoren, insbesondere von großen Reaktoren innerhalb von Kernkraftwerken, birgt massive Gefahren. Deswegen gehören Überlegungen und Maßnahmen für eine möglichst hohe Reaktorsicherheit zu den essentiellen Aspekten der Nutzung der Kernenergie. …

Einschluß radioaktiver Substanzen

Bereits die Freisetzung eines geringen Prozentsatzes des radioaktiven Inventars eines Kernreaktors bedeutet eine nukleare Katastrophe!

Ein entscheidender Aspekt der nuklearen Sicherheit ist der sichere Einschluß der radioaktiven Substanzen - insbesondere der hochradioaktiven Spaltprodukte … Man beachte, daß das radioaktive Inventar des Reaktors eines typischen Kernkraftwerks, das bereits für einige Zeit betrieben wurde, weitaus höher ist als beispielsweise das, welches von der Hiroshima-Atombombe freigesetzt wurde. Deswegen bedeutet bereits die Freisetzung eines geringen Prozentsatzes des radioaktiven Inventars eines Atomreaktors eine nukleare Katastrophe. …

Nachzerfallswärme

Auch nach Beendigung der nuklearen Kettenreaktion ist eine effektive Kühlung des Reaktors unbedingt notwendig!

… Bei den allermeisten Kernreaktoren ist die Nachzerfallswärme für lange Zeit nach dem Abschalten so stark, daß sie zur Beschädigung des Reaktors und in der Folge zu einem katastrophalen Unfall führen kann, wenn sie nicht in ausreichendem Maße abgeführt werden kann. Die zuverlässige Funktion des Kühlsystems unter allen Umständen ist also für die Reaktorsicherheit essentiell …

Beispielsweise beim Reaktorunglück in Fukushima in 2011 wurde genau dies in mehreren Reaktorblöcken zum entscheidenden Problem: Die Reaktoren mußten wegen des Erdbebens abgeschaltet werden, konnten also keine elektrische Energie mehr erzeugen, und das Hochspannungsnetz fiel ebenfalls aus. In dieser Lage funktionierten zunächst noch die Notstromgeneratoren (auf der Basis von Dieselmotoren), bis auch diese durch den folgenden Tsunami zerstört wurden.

Für kurze Zeit gab es noch elektrische Energie aus großen Batterien, aber bald stand nicht mehr genügend Energie für eine ausreichende Kühlung zur Verfügung - nicht einmal für den Betrieb der Leitwarte. In der Folge wurden mehrere Reaktorkerne und ebenfalls Lagerbecken für ausgediente Brennelemente unzureichend gekühlt, so daß sie sich übermäßig erhitzten. In der Folge kam es zu schweren Wasserstoffexplosionen, zur Zerstörung von mehreren Reaktorgebäuden und zur massiven Freisetzung radioaktiver Substanzen in die Luft, das Meer und das Grundwasser. Die Arbeiten zur Wiederherstellung der Kühlung wurden stark behindert durch die extreme Radioaktivität in der gesamten Umgebung. …

Nicht nur der Reaktorkern, sondern auch Abklingbecken für verbrauchte Brennelemente können ein enormes Sicherheitsrisiko darstellen!

Man beachte, daß bei vielen Reaktoren ein oder mehrere stark gefüllte Abklingbecken vorliegen, in denen eine größere Menge von Radioaktivität lagern kann als im Reaktorkern. Die Kühlung von Abklingbecken kann deswegen ebenso kritisch sein wie die des Reaktors, zumal die Abklingbecken meist weniger gut gesichert sind als der Reaktorkern. Nach den vorliegenden Informationen hätte in Fukushima leicht noch eine viel größere Katastrophe entstehen können, wenn ein bereits trockengefallenes Abklingbecken nicht zufällig als Folge eines schweren Lecks an anderer Stelle zusätzliches Wasser erhalten hätte.

Kernschmelze

Bei einem massiven Ausfall der Kühlung kann eine Kernschmelze einsetzen: … Wenn der geschmolzene Kern mehrere tausend Grad Celsius heiß wird, kann er sich durch den Reaktordruckbehälter und durch den Sicherheitsbehälter und das Betonfundament hindurchfressen. So

kann ein großer Teil des radioaktiven Materials bis zum Grundwasser gelangen. Bei Kontakt mit Wasser können weitere Explosionen auftreten, die das radioaktive Material stark weiter verteilen.
Bei fast allen derzeit betriebenen Kernreaktoren muß eine Kernschmelze als ein nicht mehr beherrschbares Schadensereignis (ein "Super-GAU") gelten. Es muß deswegen alles Mögliche unternommen werden, um eine Kernschmelze zu verhindern, damit katastrophale Auswirkungen vermieden werden. …<<
Das Online-Nachschlagewerk Wikipedia berichtete über die Abklingbecken von Kernkraftwerken (x1.024/…): >>**Abklingbecken** (auch Naßlager, Brennelementebecken oder Brennelementelager) sind mit Wasser gefüllte Becken in Kernkraftwerken, in denen die im Kernreaktor verbrauchten (abgebrannten), anfänglich hochradioaktiven Brennelemente zum Abklingen, das heißt zur Verminderung der restlichen Strahlungsaktivität und Temperatur (Nachzerfallswärme) bis zur Transportfähigkeit mehrere Jahre gelagert und gekühlt werden können.
Abklingbecken liegen in der Regel in unmittelbarer Nähe des Reaktors, da die Brennelemente beim Transport vom Reaktorkern zum Abklingbecken dauernd gekühlt werden müssen. Auch aus Strahlenschutzgründen müssen die Brennelemente ständig von genügend Wasser umgeben sein. Die Mindestüberdeckung mit Wasser beträgt ca. zwei Meter.
Abklingprozeß
Die Brennelemente kommen mit einer durch die Zerfallswärme entstehenden Temperatur von über 100° C aus dem Reaktor ins Abklingbecken. Da das als Kühlmittel benutzte Wasser als Moderator wirkt, müssen im Abklingbecken zusätzlich Neutronenabsorber vorhanden sein, um eine Kritikalität (einen kritischen Zustand) zu vermeiden.
Während der Lagerung zerfallen die bei der Kernspaltung im Reaktor gebildeten, größtenteils kurzlebigen Radionuklide. Die dabei frei werdende Energie wird in Form von Wärme an das umgebende Wasser abgegeben und über Kühlkreisläufe abgeführt.
Dabei ist hier oft und gut das Phänomen des sogenannten Tscherenkow-Lichts zu beobachten: eine bläuliche Leuchterscheinung, die beim Durchgang schneller Elektronen durch Wasser hervorgerufen wird. Unter normalen Umständen beträgt die Wassertemperatur im Abklingbecken weniger als 50° C (im Regelbetrieb unter 45° C). Dieses Wasser dient, zumindest in neueren Kernkraftwerken, zwecks Erhöhung des Wirkungsgrades dem Sekundärkreislauf als Speisewasservorerwärmer.
Die Brennelemente verbleiben im Abklingbecken, bis ihre Radioaktivität und damit die entstehende Nachzerfallswärme so weit abgenommen hat, daß sie transportiert werden können. Begrenzend ist hierbei sowohl die Dosisleistung als auch die Wärmeleistung, da es gesetzlich vorgeschriebene Grenzwerte für die äußere Dosisleistung und die Oberflächentemperatur bei den Transportbehältern (wie etwa beim CASTOR) gibt. Nach dem Abklingen werden die Brennstäbe in Zwischenlager gebracht. …
Lagerzeit
G. Schmidt vom Öko-Institut in Darmstadt bezeichnete wegen der zur Lagerung notwendigen aktiven Kühl- und Reinigungssysteme mit der für sie benötigten Energie eine Dauer von maximal vier Jahren für die sogenannte Naßlagerung als geeignet; diese bestätigte der Leiter für interne Kommunikation des Kernkraftwerks Grohnde.
Nach Angaben von Michael Sailer, dem ehemaligen Leiter der deutschen Reaktor-Sicherheitskommission, lagern in den Abklingbecken deutscher Kernkraftwerke die Brennelemente ca. 5 Jahre, in denen des japanischen Kernkraftwerks Fukushima Daiichi ca. 15 Jahre.
Mangels geeigneter Endlager werden zum Beispiel auch in den USA die dort vorgesehenen 5 Jahre deutlich überschritten. …
Einwirkungen von außen
Bei Kernkraftwerken mit internen Abklingbecken befinden sich diese stets direkt neben dem

Flutraum des Reaktors, um die Brennelementhandhabung zu erleichtern, und somit innerhalb des Reaktorgebäudes. Der Schutz gegen Einwirkungen von außen hängt damit von der Gebäudekonstruktion des Reaktorgebäudes ab, die in Deutschland seit Mitte der 1980er Jahre beispielsweise den Schutz gegen Flugzeugabsturz berücksichtigt. Bei Druckwasserreaktoren befindet sich das Becken innerhalb des Sicherheitsbehälters.

Kühlung

Bei einem Leck oder Ausfall der Kühlung kann das Becken durch Auslaufen bzw. Verdampfung <https://de.wikipedia.org/wiki/Verdampfung> (teilweise) trocken laufen. In diesem Fall können sich die dort gelagerten Brennelemente übermäßig erhitzen. Ist im Becken dabei noch Wasser vorhanden, kann bei ca. 800 ° C das Zircaloy (Metall-Legierung) der Hüllrohre mit dem Wasser(-dampf) in einer exothermen Redox-Reaktion zu Zirconiumoxid und Wasserstoff reagieren und sich in kurzer Zeit ein explosives Knallgasgemisch bilden.

Bei kompletter Trockenlegung der Brennstäbe können diese in Brand geraten, was eine Zerstörung der Brennelemente zur Folge hat. Auch bei diesem Szenario wird Radioaktivität freigesetzt; zusätzlich werden mit dem entstehenden Rauch die verschiedenen in den verbrauchten Brennelementen vorhandenen Radionuklide in die Atmosphäre freigesetzt (Kamineffekt, siehe Katastrophe von Tschernobyl).

Die einzige Gegenmaßnahme ist das rechtzeitige Nachfüllen kühlen Wassers, um den Wasserspiegel im Becken ausreichend hoch für die notwendige Kühlung zu halten. Da das Wasser neben der Kühlwirkung auch als Abschirmung für die ionisierende Strahlung der Brennelemente im Becken dient, ist im Falle eines zu niedrigen Wasserspiegels ein Auffüllen zusätzlich durch unter Umständen starke ionisierende Strahlung erschwert. Ebenfalls besteht die Gefahr, daß bei hoher Brennstofftemperatur durch die Wassernachspeisung die oben erwähnte Wasser-Zirkaloy-Reaktion gestartet wird. …

Undichtigkeiten

Sollte das Kühlwasser durch ein größeres Leck relativ schnell entweichen und sollten Notfallmaßnahmen zur Nachspeisung des Wassers etwa mittels Tanklöschfahrzeugen nicht rechtzeitig funktionieren, so droht bei starker Entleerung des Beckens ein sogenannter Zirkoniumbrand , d.h. die Zirkon-Hüllrohre der Brennelemente reagieren nach ihrer Aufheizung heftig mit Sauerstoff. Neue Experimente mit einzelnen Brennstäben haben ergeben, daß es nach einer durchschnittlichen Zeitdauer nach Entnahme aus dem Reaktor rund 12 Stunden dauert, bis eine Entzündung auftritt. Wurden die Brennelemente allerdings erst vor kurzer Zeit dem Reaktor entnommen (die Nachzerfallswärme ist so noch höher), kann sich diese Zeitdauer bis zur Entzündung jedoch erheblich verkürzen.

Wasserstoffbildung

Im Normalbetrieb kann sich durch Radiolyse in der Nähe der eingelagerten Brennelemente das Wasser in Wasserstoff und Sauerstoff spalten. Damit sich keine größeren Ansammlungen dieser beiden Gase (Knallgas) unter dem Dach des Abklingbeckens sammeln können, muß die Luft von dort kontinuierlich abgesaugt werden, da ansonsten gegebenenfalls nach einiger Zeit Explosionsgefahr besteht. …<<

Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 20. März 2020: >>**"No Way!" statt freie Fahrt**

Herbert Kickl

Die Lage in Griechenland ist dramatisch, und es ist sicher nicht übertrieben, von einem Angriff auf die Außengrenze der Europäischen Union zu sprechen. Die Türkei versucht sich in einer Art hybrider Kriegsführung gegen die EU mit dem Ziel, zuerst den Süden und in weiterer Folge die gesamte Union zu destabilisieren. Neben denjenigen, die derzeit versuchen, die Außengrenzen zu durchbrechen, existiert ein gigantisches Potential von Millionen Menschen, die sich - im schlimmsten Fall unter Anwendung von Gewalt - mit hoher Wahrscheinlichkeit

auch auf den Weg nach Europa machen würden, wenn man die Vorhut gewähren läßt und Erdogans Begehrlichkeiten nachgibt.
Der deutsche Innenminister Horst Seehofer hat sich wider jede Vernunft für eine "Koalition der Willigen" in der EU ausgesprochen. Die deutsche Bundesregierung hat bereits bekanntgegeben, Migrantenkinder aus Griechenland aufzunehmen. Illegale Einwanderung zahlt sich aus - das ist die Botschaft, die Angela Merkel damit an die Schlepper dieser Welt und ihre Kunden aussendet.
Wie im Jahr 2015 öffnet sie einen Spalt der Tür nach Europa. Denn Merkel spricht von Kindern und verschweigt dabei, daß ihnen selbstverständlich Mütter, Väter, Brüder und Onkel folgen werden. Die deutsche Kanzlerin spielt dem türkischen Diktator Erdogan in die Hände. Das ist ein neuerlicher Sündenfall der Wiederholungstäterin Merkel auf Kosten der Europäer. Die Allianz der sogenannten Willigen ist in Wahrheit eine Allianz der willfährigen Erfüllungsgehilfen Ankaras.

Wir brauchen eine Allianz der Vernünftigen gegen Merkel und Co.

Deshalb brauchen wir eine europäische Allianz der Vernünftigen gegen Merkel und Co. Wer sich nach dem Fiasko, das sie ihrem Land und dem ganzen Kontinent 2015 eingebrockt hat, im Angesicht eines neuerlichen illegalen Migrantenansturms wieder an Merkel-Deutschland orientieren will, der ist ganz bewußt auf die Schädigung Europas aus. Diese "Koalition der Willigen" ist eine "Koalition der Naivlinge und Unverantwortlichen" und ist aus zweierlei Gründen brandgefährlich: Erstens knickt die EU damit erneut vor dem Erpresser Erdogan ein. Andererseits wird dieses Verhalten eine enorme Magnetwirkung entfalten und so für massiven zusätzlichen Druck auf die Grenzen sorgen, diesmal ganz ohne Erdogans Zutun.
In Österreich wehrt sich der - vor allem in Deutschland - maßlos überschätzte Bundeskanzler Sebastian Kurz gegen die Aufnahme zusätzlicher Migranten, allerdings nur gegen die freiwillige Aufnahme. Sollte aber die EU eine solche Aufnahme vorschreiben, wäre er bestimmt wieder der erste Musterschüler. Denn vor den beiden Europa-Gefährderinnen Ursula von der Leyen und Angela Merkel umzufallen, ist ihm schon einige Male passiert.
Erinnern wir uns daran, was Frau von der Leyen ganz oben auf ihre Agenda der Kommissionspräsidentschaft gesetzt hat, nämlich die Frage der Verteilung von Migranten in der EU. Das ist ihr großes Projekt neben dem "Green Deal". Das heißt, jetzt werden zwar vordergründig Abwehrmaßnahmen geplant, aber die Zwangs- und Pflichtverteilung von Migranten wird kommen, nicht gleich und durch die Hintertür, aber das ist der Plan.

Wichtig wären jetzt andere Maßnahmen

Wichtig wären jetzt ganz andere Maßnahmen. Der Desinformation, die von seiten der organisierten Schlepperkriminalität und vermutlich auch des türkischen Regimes betrieben wird, muß entgegengetreten werden. Auf allen Kanälen muß in den betroffenen Regionen, aber auch in den Herkunftsländern und in potentiellen Drittstaaten über elektronische Medien bis hin zu Klassikern wie dem Flugblatt oder Lautsprecherdurchsagen eine einfache Botschaft kommuniziert werden: "No way! Versucht es erst gar nicht! Ihr habt keine Chance! Europa ist eine Festung!" Australien macht das seit dem Jahr 2013, und zwar höchst konsequent. Dort hat niemand, der als Bootsflüchtling aufgegriffen wurde, auch nur ansatzweise die Chance, eine Aufenthaltsgenehmigung in Australien zu bekommen.
Zudem wären die Länder der EU gut beraten, sich mittels umfassender Grenzschutzübungen auf den Migrantenansturm vorzubereiten. In Österreich wurde eine solche gemeinsame Übung von Polizei und Militär im Jahr 2018 auf meine Veranlassung als damaliger Innenminister bereits einmal erfolgreich durchgeführt. Damit haben wir auch ein klares Signal echter Abwehrbereitschaft in die Welt geschickt. Wir werden nicht Herr der Lage werden können, wenn wir die Hände in den Schoß legen oder sie zur Raute formen. Als Politiker sind wir verpflichtet, die Bevölkerung unseres Landes zu schützen, und zwar mit allen Mitteln, die dafür not-

wendig sind.

Das Vorgehen der Türkei darf nicht ohne Konsequenzen bleiben

Griechenland hat das Asylrecht temporär ausgesetzt. Das sollte Österreich auch tun. Es darf nicht mehr möglich sein, einen Asylantrag auf österreichischem Boden zu stellen. Jene, die jetzt zu Tausenden die griechische Grenze bestürmen, sind in Wahrheit illegale Einwanderer. Menschen, die in der Türkei bereits Schutz haben, nicht in die EU zu lassen, ist unser Recht und unsere Schuldigkeit gegenüber unserer eigenen Bevölkerung. Auch alle anderen, die mehrere sichere Länder durchquert haben, wo sie längst einen Asylantrag hätten stellen können, sind in Wahrheit illegale Einwanderer.

Der Antrag ist dort zu stellen, und so ist es in der Genfer Flüchtlingskonvention gedacht, wo man den ersten sicheren Punkt erreicht hat. Sich über Hunderte oder Tausende Kilometer dorthin zu begeben, wo es ökonomisch am günstigsten ist, hat mit dem Asylgedanken und mit der Genfer Flüchtlingskonvention nichts zu tun.

Auch das Vorgehen der Türkei darf nicht ohne Konsequenzen bleiben. Das Flüchtlingsabkommen muß sofort gekündigt und durch das endgültige Aus der aktuell auf Eis liegenden EU-Beitrittsverhandlungen signalisiert werden, daß die Türkei keinen Platz in der europäischen Staatengemeinschaft hat. Wobei der Deal von Anfang an hinterfragbar war. Denn selbst wenn er funktionieren würde, wäre es ein Nullsummenspiel. Denn er besagt ja nur, daß die Türken für einen illegalen Migranten, den sie zurücknehmen, das Recht haben, uns einen legalen zu schicken.

Die illegalen Zuwanderer werden in der Türkei umetikettiert, und dann stehen sie wieder auf europäischem Boden. Dafür hat die Europäische Union Milliarden bezahlt, anstatt dieses Geld in sinnvolle Grenzschutzmaßnahmen zu investieren. Und es sind etwa zehnmal mehr Menschen aus der Türkei nach Europa gebracht worden als von Griechenland in die Türkei.

Die EU steht vor einer Grundsatzentscheidung

Abseits der aktuellen Entwicklungen steht die Europäische Union vor einer Grundsatzentscheidung, die überfällig ist: Arbeiten wir weiter im Reparaturmodus oder stellen wir das Asylsystem auf neue Beine? Und sind wir endlich bereit, die Begriffe zu entwirren und Ordnung ins Chaos zu bringen? In der politischen beziehungsweise medialen Debatte werden ja gern die Begriffe vermengt. Jeder Migrant wird zum Flüchtling erklärt. Die Genfer Flüchtlingskonvention schütze sie angeblich alle - selbst wenn sie mehrere sichere Staaten durchquert haben, bis sie in einem Land ihrer Wahl Asyl beantragen. Das war sicher nicht im Sinne der Flüchtlingskonvention.

Die Konvention unterscheidet auch zwischen Flüchtlingen und Vertriebenen, die wegen eines gewaltsamen Konfliktes ihr Land verlassen haben. Völkerrechtsprofessor Michael Geistlinger von der Universität Salzburg hat in einem Interview ein schönes Beispiel formuliert, anhand dessen er den Unterschied klarmacht:

"Stellen Sie sich eine Landgemeinde mit 2.500 Menschen vor. 2.400 leben unter dem Regime, beklagen sich über verschlechterte Zustände, aber sie werden nicht direkt vom Regime behelligt. Und dann gibt es einen Lehrer, der öffentlich Kritik übt. Der wird von der Polizei aufgesucht, im schlimmsten Fall sogar gefoltert. Dieser eine Lehrer ist laut Genfer Flüchtlingskonvention ein Flüchtling. Er wird persönlich verfolgt. Alle anderen, die vor den Zuständen flüchten, sind Vertriebene. Und die haben kein Recht auf eine Anerkennung als Flüchtling."

Asyl auf den ursprünglichen Gedanken zurückführen

Also führen wir Asyl doch auf seinen ursprünglichen Gedanken zurück und bringen wir das gesamte System auf die Höhe der Zeit des Jahres 2020. Mit einem klaren strategischen Ansatz, der "innerkontinentalen Fluchtalternative".

In einer globalisierten Welt sind Instrumente aus der Mitte des letzten Jahrhunderts, die primär für Dissidenten aus den Diktaturen des damaligen Ostblocks geschaffen wurden und nicht

für Menschenmassen, die sich in einer Art Völkerwanderung auf den Weg machen, nicht mehr tauglich. Es braucht die "innerkontinentale Fluchtalternative". Das bedeutet, Asyl kann es nur mehr auf dem Kontinent geben, von dem die Migranten stammen. In anderen Worten: Die Person muß entweder in einem direkten Nachbarstaat Europas verfolgt sein oder keine realistische Möglichkeit auf Schutz in einem Land haben, das näher am Herkunftsstaat liegt als die EU. Das entspricht auch der Intention der Genfer Flüchtlingskonvention.
Herbert Kickl, Jahrgang 1968, war von Dezember 2017 bis Mai 2019 Bundesminister für Inneres der Republik Österreich. Zuvor war der ehemalige FPÖ-Generalsekretär (2005 bis 2018) elf Jahre Abgeordneter im Nationalrat, dem österreichischen Parlament. Dort ist er nun geschäftsführender Vorsitzender der FPÖ-Parlamentsfraktion.<<
Auf der Webseite "https://kenfm.de …" des deutschen Journalisten Ken Jebsen erschien am 27. März 2020 folgender Bericht über die Ziele der Corona-Pandemie (x1.014/…): >>**Corona-Diktatur? Machtergreifung im Deckmantel der Volksgesundheit?**
"Wenn der Faschismus wiederkehrt, wird er nicht sagen: "Ich bin der Faschismus". Nein, er wird sagen: "Ich bin die Pandemie."
Die Demokratie in Europa wurde vorübergehend auf Eis gelegt. "Wir befinden uns im Krieg", sagen immer mehr Spitzenpolitiker. Der Feind heißt Corona. Corona ist extrem gefährlich, erklären Regierungen überall in der EU. Daher gilt: Hausarrest für Alle. Auf unbestimmte Zeit. Warten bis ein Medikament erfunden wurde, das uns alle rettet.
Remdesivir, vom US-Pharma-Riesen Gilead Sciences, könnte das sein. Hauptaktionär der Firma ist Donald Rumsfeld. Er hatte schon 2009 bei Tamiflu die Finger im Spiel. Tamiflu wurde seinerzeit für Milliarden an X Regierungen verkauft, um die Welt vor der Schweinegrippe zu retten. Die kam dann aber gar nicht. Pech.
Die Verträge zwischen Big-Pharma und unserer Regierung sind wie immer geheim. Transparenz endet in der Demokratie, wenn die Pharma-Industrie das befiehlt. Der Bürger hat kein Recht zu wissen, was die Regierung für ihn zu welchem Preis einkauft. Der Bürger soll Befehle abwarten. Impflicht mit Remdesivir? Möglich.
Wir erleben aktuell die Wiederholung eines Geschäftes, das 2009 schon einmal abgewickelt wurde. Damals machte Arte noch auf diesen Deal aufmerksam. "Profiteure der Angst. Impfstoff-Marketing mit erfundenen Pandemien", nannte sich die Doku. Zu finden bei YouTube. Damals ging es darum, Impfstoffe gegen die Schweinegrippe an die Regierungen der Welt zu verkaufen. Die WHO hatte die Schweinegrippe zu einer Pandemie erklärt. Wer sich den Bericht ansieht, faßt sich an den Kopf, nur daß es der Pharma-Industrie jetzt gelungen ist, die Demokratie abzuschaffen. Ist das eine vorübergehende Machtergreifung oder wird das etwas Längeres? Wer es wagt, das zu fragen, ist suspekt.
Es ist erschreckend, wie einfach es heute wäre, eine totale Diktatur umzusetzen. Alles, was man heute benötigt, um die Bürger in den eigenen vier Wänden zu verbannen, ist ein Feind, den man nicht sehen kann, eine paar Ärzte, die als Super-Autorität inszeniert werden und Massenmedien, die jeden in den Staub treten, der Fragen stellt oder gar Zweifel äußert.
Der Shutdown ist ein shut up für den Bürger. Die Demokratie wurde weggesperrt und das Volk gehorcht. 1933 wäre schon morgen wieder möglich. Fakt ist, dieses Land kann nie wieder zu Tagesordnung übergehen. Die Menschen müssen endlich erkennen, wie man sie gedrillt und dressiert hat.
Die Regierung macht einen guten Job? Mag sein. Nur für wen?<<
Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtete am 30. März 2020: >>**Durch Corona-Shutdown droht Massenarbeitslosigkeit: Operation gelungen, Deutschland tot?**
Nicht nur aus der Wirtschaft, sondern auch aus der Medizin werden immer mehr Zweifel an Nutzen und Verhältnismäßigkeit des Corona-Shutdowns laut. Experten befürchten bei einem längeren wirtschaftlichen Stillstand eine Verdoppelung der Arbeitslosenzahlen. Für den

Flensburger Lungenfacharzt und Ex-SPD-Bundestagsabgeordneten Wolfgang Wodarg ist das Coronavirus ohnehin nur eines von vielen Viren, das Erkrankungen der Atemwege auslösen kann. Auch der Internist Claus Köhnlein aus Kiel kritisiert die Panikmache rund um Covid-19 und bemängelt zudem die Unzuverlässigkeit der Tests.

Droht uns eine neue Weltwirtschaftskrise mit Massenarbeitslosigkeit wie in den 1930er Jahren?

Schützenhilfe erhalten beide Ärzte vom ifo Institut für Wirtschaftsforschung in München. Dessen Chef Clemens Fuest warnt davor, das Herunterpegeln der Volkswirtschaft auch nur einen Tag zu verlängern. In der jüngsten ifo-Expertise, die auch dem Bundeswirtschaftsminister vorliegt, heißt es:

"Schon bei einer Shutdown-Dauer von zwei Monaten reduziert sich die Wachstumsrate des Bruttoinlandsprodukts zwischen 7,2 und 11 Prozentpunkten, bei drei Monaten zwischen zehn und 20 Prozentpunkten. Aus der astronomischen Höhe der Kosten folgt, was dringend zu empfehlen ist, jeden denkbaren Betrag zu leisten, der die Dauer des Shutdown verkürzt."<<

Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv" berichtete am 12. April 2020 (x1.000/…):

>>**Verdeckte Kriegsführung & teuflische Besessenheit**

Der einzelne Mensch für sich genommen ist potentiell gut, schöpferisch, liebenswert. Daß er aber dennoch unter den Einfluß teuflischer Besessenheit geraten kann, wird längst von Medizin, Psychologie, Religion und Bildung attestiert.

Dieser Dokumentarfilm legt daher einmal den Finger auf teuflisch besessene Eliten, die einen hybriden, sprich verborgenen Krieg gegen die gesamte Menschheit führen. Ihre hybride Kriegsführung fordert mehr Menschenleben als jeder frühere, konventionelle Krieg. Der Film dokumentiert zehn wichtige Schauplätze solcher Kriegsführung. …

Matthäus 8, 16: "Als es aber Abend geworden war, brachten sie viele Besessene zu Jesus; und er trieb die Geister aus mit seinem Wort, und er heilte alle Leidenden."

Der Mensch an sich ist gut, schöpferisch - liebenswert. Daß er allerdings unter teuflische Besessenheit geraten kann, wird seit je von allen Religionen attestiert.

Längst müssen aber auch Medizin, Psychologie, Wissenschaft, Bildung usw. kapitulierend zugeben, daß das Unerklärlichste unter dem Himmel einzig durch teuflische Besessenheit erklärbar wird. Laut Evangelien bestand der Dienst von Jesus Christus etwa zu einem Drittel aus Dämonen-Austreibungen.

Was sind die typischen Merkmale teuflisch Besessener? Jede vernünftige Kommunikation mit ihnen ist von vorneherein absolut unmöglich. Sie kennen kein Mitgefühl, kein Erbarmen, kei-

ne Einsicht, keine Reue. Weder Logik noch Wahrheit ist bei ihnen vorhanden. Besessene sind nur und einzig auf ihre eigenen Triebe, Begierden, Interessen, Lüste, Süchte usw. fixiert.
Es gibt viele Arten der Besessenheit: von Unreinheiten bis zu blutigen Exzessen, von Boshaftigkeiten bis zu mörderischen Quälsüchten, von der Pädophilie bis zum Kannibalismus, von der Kleptomanie bis zur Volksplünderung, von notorischer Streitsucht bis zur gnadenlosen Zerstörungswut, von der Rechthaberei bis zum diktatorischen Meinungszwang, von der Gewohnheitslüge bis zum professionellen Dauerbetrug jeder Gattung usw. usf.
Die Probleme, die sie verursachen, sind unzählbar. Wie bringt man es z.B. einem kleinen Kind bei, falls seine Eltern teuflisch besessen sind? Dieselbe Frage muß leider auch auf Völkerebene gestellt werden: Wie bringt man es ahnungslosen Völkern bei, deren Regierungen in den Bann teuflisch Besessener geraten oder gar selber von dieser Sorte sind? Wer hier vorschnell religiösen Extremismus wittert, irrt. Bedauerlicherweise ist genau diese Tragik zu einem Hauptproblem der Weltgemeinschaft geworden.
Was wir alle wie kleine Kinder nicht hören wollen, muß aber dennoch einmal deutlich gesagt sein: Völker, nehmt es zur Kenntnis, daß teuflisch Besessene einen hybriden, sprich verborgenen Krieg gegen die gesamte Menschheit führen. Sie meinen, von satanischem Wahn getrieben, die ganze Welt unterwerfen und beherrschen zu müssen. Wir dürfen dabei die Abwesenheit von Bomben nicht weiter mit der Abwesenheit von Krieg verwechseln! Denn seit Jahren treiben solch wahnhafte Eliten diese neue Form des Krieges voran - er kann bedenkenlos als Dritter Weltkrieg auf hybrider, sprich vielfältiger und vor allem verborgener Ebene bezeichnet werden.
Ihr Ziel: eine Neue Weltordnung unter ihrer totalen Kontrolle. Ihre hybride Kriegsführung richtet dabei mehr Schaden auf allen Ebenen an und fordert mehr Menschenleben als jeder frühere Krieg, der mit konventionellen Waffen, sprich Bomben usw. geführt wurde. Die gute Nachricht: So wie es schon immer einen Weg gab, die Einwirkung teuflischer Mächte zu bannen, gibt es einen solchen auch auf aktuell höherer Ebene. Jesus war ständig damit beschäftigt, den Einfluß dämonischer Wesen außer Kraft zu setzen. Auch aus der Gewalt gegenwärtig besessener Eliten gibt es daher einen Ausweg. Doch darüber mehr am Schluß.

1. Demographie

Wie in jedem Krieg steht auch im hybriden Krieg die psychische Vernichtung des Zielobjektes an erster Stelle. In demographischer Hinsicht wird seine Vernichtung vorab durch psychologisch-soziale Maßnahmen eingeleitet: so etwa durch die Bekämpfung traditioneller Rollenbilder, durch Schwächung der Institution Ehe, durch immer zahlreichere Formen der Empfängnisverhütung, durch Förderung von Abtreibungen bis mittlerweile schon nach der Geburt, u.v.m. Der soziale Niedergang wird durch diese Eingriffe effektiver besiegelt als durch jeden Bombenkrieg. Millionen potentieller "Feinde" werden gar nicht erst geboren.

2. Nationalstaaten

Um ihrer Neuen Weltordnung willen treiben hybride Kriegstreiber gezielt den Untergang aller bestehenden Nationalstaaten voran. Einmal mehr werden Flüchtlingsströme als "Migrationswaffe" verwendet - übrigens ein sowohl altbekanntes als auch bewährtes Mittel von Militärs und Geostrategen. Ursachen für Migrationswellen liegen in gezielt geführten Kriegen, Konflikten und Revolutionen. So werden unsere Sozialsysteme gleichsam hybrid bombardiert - mit dem Ziel, alle Nationalstaaten zu destabilisieren und sie durch die Errichtung eines einzigen sozialistischen Gesellschaftssystems zu ersetzen.

3. Technologien

Weltführende Wissenschaftler haben für diese Kriegstreiber Technologien entwickelt, mit denen sie die gesamte Menschheit beliebig lenken, nach Belieben krank machen und auch töten können: Atombomben, tödliche Viren als biologische Kampfwaffe, Gentechnologien, Überwachungsgeräte an jeder Ecke und im Weltall - und tausenderlei mehr - gehören zu ihrer

Standardausrüstung.

4. Gesundheit

Auch auf die Gesundheit zielt die hybride Kriegsführung ab: Fast alle ursprünglich natürlichen Heilmethoden wurden längst zur chemischen Arzneimittelbehandlung umgeleitet. Sollen unter dem Würgegriff der Pharma zunehmend alle Völker gelenkt, nach Belieben eingeschränkt, mit Verboten verhängt, noch restlos ausgeplündert und systematisch ruiniert werden?

Es wird Zeit, all dieses Treiben einmal gründlich zu untersuchen, ob sich hinter der vorgegebenen gesundheitlichen Vorsorge nicht etwa ein hybrider Kriegstreiber verbirgt. Pharma-Industrielle verdienen immerhin täglich Milliarden an unseren Krankheiten. Und obgleich ihre Produkte längst als Hauptursache fast all unserer Krankheiten entlarvt wurden, zeigen sich deren Verfilzungen zu allerlei Großmächten als so teuflisch unnachgiebig, daß bislang keinerlei Änderungen eintreten konnten.

5. Verarmung und Versklavung

Die hybride Kriegstaktik vernichtet gerade weltweit gezielt unsere Wirtschaft - mit Ziel auf die restlose Plünderung, Verarmung und Versklavung aller Völker. Um nur einmal zwei hybride Schachzüge unter tausenden ähnlicher zu nennen: Die zur Geldfälschung ermächtigte Hochfinanz, sprich die FED, reißt sich seit über 100 Jahren täglich Milliarden-Gewinne ohne sachliche Gegenleistung unter den Nagel. Durch immer teuflischere Derivate, sprich Finanzwetten und Börsentricks plündern die mit ihr verfilzten Geldeliten gnadenlos alle Nationen aus, treiben sie gezielt in den Ruin, in die Verarmung - in die totale Versklavung!

Muß die gegenwärtige Corona-Pandemie vielleicht sogar für die gezielte Verschleierung jenes weltweiten Finanz-Kollapses herhalten, der aufgrund kriminellster Finanzwetten entstanden ist? So könnte die Schuld am gerade stattfindenden wirtschaftlichen Totalzusammenbruch gleichsam dem Corona-Virus in die Schuhe geschoben werden.

6. Massenmedien

Seit Jahrzehnten belügen von finsterer Macht gesteuerte Massenmedien die Weltgemeinschaft, so daß bald jeder zweite Mensch der Meinung zustimmt, daß die Presse nicht die Wahrheit berichtet. Wie ist es zugleich möglich, daß sich dennoch nie etwas ändert? Zeigen sich hier derart starke Verfilzungen zu teuflischen Schattenmächten, daß sich keine unabhängige Regierung der Welt gegen sie zu erheben wagt?

7. Bildung

Eine weitere hybride Attacke zielt auf unsere Bildung. Ist der totale Zusammenbruch unserer Bildungssysteme das Ziel? Durch zum Beispiel unkontrollierte Migration, durch die zunehmend künstliche Intelligenz auf dem Weg der Digitalisierung? Bildungsermächtigte zwingen zumindest schon einmal weltweit unsere Kinder in Frühsexualisierung, in den Gender-Wahnsinn und vielerlei mehr.

Sollten eines Tages irgendwelche übergeordneten Mächte den Weltnetzstecker ziehen, zeigten sich dann nicht alle Völker in einem Moment als verdummt? Ein rasender Bildungszerfall ist daher im Ansturm. Der künftige Mangel an zuverlässigen Arbeitskräften ist voraussehbar. Ist der Totalzusammenbruch von Infrastruktur und Wirtschaft Programm? Die UNO und ihre hörigen Politiker treiben zumindest schon einmal allerlei sabotageähnliche Maßnahmen und Gesetze voran.

8. Wirtschaft

Auch unsere gesamte Wirtschaft steht im Kreuzfeuer dieser neuartigen, verdeckten Kriegsführung. Haben es die Saboteure unter dem Deckmantel des Umweltschutzes und der Reduzierung von CO2 gezielt auf unsere gesamte Produktion und den Konsum abgesehen? Zumindest wurde die gegenwärtige Klima-Hysterie mit Gruppen wie Fridays for Future oder Extinction Rebellion von langer Hand geplant: Schon 2016 erschien das am grünen Tisch erarbeitete

Strategiepapier "Wie man die Öffentlichkeit in den Notfallmodus führt".
"The Climate Mobilization" - eine US-amerikanische Gruppe hinter dem Strategiepapier - fördert die totale Mobilmachung der Gesellschaft zur Bekämpfung des angeblich menschgemachten Klimawandels. … (Quelle: https://www.theclimatemobilization.org/emergency-mode) Die USA diktiert durch sie wieder das Vorbild: Die ganze Gesellschaft soll ihre individuellen Bedürfnisse für das große Ziel der Neuen Weltordnung unter dem Vorwand der Klimarettung opfern.

9. Energieversorgung

Auch unsere Energieversorgung liegt im Fadenkreuz der hybriden Kriegstreiber. Deutschland und Westeuropa verlieren durch ihren Atom- und Kohle-Ausstieg gerade ihre Energie-Souveränität. Die untergejubelten "erneuerbaren, aber ineffizienten Energien" führen dabei gezielt in die totale Abhängigkeit von Energie-Importen.

10. Nahrungsversorgung

Nicht einmal vor unserer Nahrungsversorgung macht die verdeckte Kriegsführung halt: Landwirtschaftliche Produktionen werden immer mehr durch Vorschriften und Auflagen eingeschränkt. Folge davon ist das Bauernsterben und die sinkende Produktion von Nahrungsmitteln.

In dieser Weise könnte man noch vieles aufzählen: die hybride Kriegsführung gegen unsere Verkehrsplanungen und Infrastrukturen, gegen Natur und Wetter, gegen alle konservativen Trends in der Politik, gegen jede Religion außer gegen den Satanismus, den Angriff auf unsere Gesundheit durch flächendeckenden Mobilfunkausbau, welcher durch 5G noch drastisch verstärkt wird und fatale Folgen auch auf die Tier- und Pflanzenwelt haben wird, usw. usf.

Bezüglich aller Angriffsziele muß zusammenfassend festgestellt werden, daß sie systematisch den Ratschlag von Sun Tsu umsetzen.

Sun Tsu war ein chinesischer Kriegsstratege der Antike, der schon etwa 500 Jahre vor Christus schrieb: "Die größte Kunst besteht darin, den Widerstand des Feindes ohne Kampf zu brechen: Zersetzt alles, was im Lande des Gegners gut ist. Verwickelt die Vertreter der herrschenden Schichten in verbrecherische Unternehmungen. ... Verbreitet Uneinigkeit und Streit unter den Bürgern des feindlichen Landes. Hetzt die Jungen gegen die Alten. Zerstört mit allen Mitteln die Ausrüstung, die Versorgung, die Ordnung der feindlichen Streitkräfte. Entwertet alte Überlieferungen und Götter …"

Abschließend also noch zur Frage, wie die Völker aus dem Würgegriff ihrer besessenen Angreifer befreit werden können. Das Geheimnis eines erfolgreichen Exorzisten, sprich Teufelsaustreibers, liegt bekanntlich in seinem gestählten, sprich unerschütterlichen Willen.

Richtet er diesen gezielt gegen eingenistete Dämonen aus und befiehlt jenen, aus dem Besessenen herauszukommen, erzeugt er damit eine geistliche Feuersbrunst und die Dämonen fliehen in Panik. Genau dasselbe wird daher geschehen, sobald die unter dem hybriden Krieg gepeinigten Völker das diabolische Spiel durchschauen und Kraft ihres vereinigten Willens allen teuflischen Werken und dadurch Mächten den Riegel vorschieben.

Die synergische Entschlossenheit der Völker wird gleichsam jene stählerne Kette um den Teufel winden, wie es schon vor 2.000 Jahren prophetisch skizziert wurde.

Offenbarung 20 bringt die Entmachtung der Wurzel allen Übels mit folgendem Bild zum Ausdruck: "Und ich sah einen Engel aus dem Himmel herabkommen, der den Schlüssel des Abgrundes und eine große Kette in seiner Hand hatte. Und er ergriff den Drachen, die alte Schlange, die der Teufel und der Satan ist; und er band ihn für tausend Jahre und warf ihn in den Abgrund und schloß zu und versiegelte über ihm, damit er nicht mehr die Nationen verführe …" (V. 1-3).

Die geschundene Menschheit sollte allerdings nicht passiv darauf warten, bis irgendein Engel vom Himmel herabschwebt und diesen Job für sie ausführt - die erwachten Völker selber sind

letztlich mit dieser Kette gemeint. Der Engel, wörtlich Gesandte, symbolisiert nur unser Zeitalter der Überwindung des Unbezwingbaren. Die aufrichtigen Völker selber aber sollen zu jener unüberwindbaren Kette, sprich allseitigen Einheit gegen hybride Bösewichte werden.
Zu dieser Kette werden sie, wann immer sie gründlich über die hybride Tragik aufgeklärt werden. Zunehmend machen sie sich bereits in vereint stählernem Willen gegen diese üblen Werke und Mächte auf. Und auf diese Weise entziehen sie den Kriegstreibern unweigerlich jede teuflisch gesponserte Energie, jeden fremd verliehenen Mut, jede satanische Phantasie und Visualisierungsmacht.
So geraten die zuvor Unbezwingbaren unaufhaltsam in geistige Schockstarren, versinken über Nacht in Furcht und Schrecken, in Verzagtheit und Ohnmacht. Die vereinigte Willenskraft der Völker und ihr synergischer Ruf des Guten soll, kann und wird all dem benannten Spuk ein Ende machen. …<<
Auf der Webseite "https://kenfm.de …" des deutschen Journalisten Ken Jebsen erschien am 14. April 2020 folgender Bericht über die Rechtsanwältin Beate Bahner (x1.014/…):
>>**STANDPUNKTE - Rechtsanwältin Beate Bahner in Psychiatrie**
Beate Bahner landet in Heidelberger Psychiatrie!
Mit dem Corona-Shutdown wurden durch die Regierung Merkel wesentliche Teile des Grundgesetzes vorübergehend, aber unbegrenzt, auf Eis gelegt. Betroffen ist auch der Artikel 8 des Grundgesetzes, der die Versammlungsfreiheit des Bürgers garantiert. Wenn dieses Recht aufgehoben wird, hat die Bevölkerung praktisch keine Möglichkeit mehr im öffentlichen Raum gegen die Politik der Regierung zu protestieren. Homeoffice bedeutet in Wahrheit jede Form von Widerspruch zu ersticken. Und das alles wegen eines Virus, dessen "Vernichtungspotential" noch nicht einmal in die Nähe einer gewöhnlichen Influenza kommt!
Was geht vor in der BRD?
Das RKI zählt bewußt jeden Toten als einen durch Corona Verstorbenen, sobald das Virus bei ihm nachgewiesen wurde. Es spielt für das RKI keine Rolle, ob eine Mensch mit oder an Corona gestorben ist. Was nicht paßt, wird passend gemacht. Man sollte diese Form, ein zuvor angekündigtes Szenario zumindest zahlenmäßig zu erhalten, als das benennen, was es ist: Eine Fälschung.
Wenn aktuell ein Mensch bei einem Motorradunfall ums Leben kommt und bei ihm wird der Corona-Virus nachgewiesen, fließt er höchst offiziell in die Corona-Toten-Statistik mit ein. Was hat das noch mit Wissenschaft zu tun? Soll hier, wie schon 2009 bei der Schweinegrippe, nur der Weg bereitet werden einen neuen Impfstoff für Milliarden an X Staaten zu verkaufen? Dieser Verdacht liegt nahe.
Alle Spuren führen zur Bill und Melinda Gates Foundation. Die sogenannte Stiftung ist der größte Geldgeber der WHO und bestimmt faktisch, was gesund ist und was nicht. Auf welchem Gebiet geforscht wird und zu welcher Pandemie in der Zukunft ein entsprechender Impfstoff her muß.
Gates ist an CureVac beteiligt. Die Firma arbeitet mit Hochdruck an einem Corona-Impfstoff. Gates unterstütze mit 20 Millionen Dollar die private Johns Hopkins Universität, deren Mortalitätsraten, wenn es im Corona geht, erheblich von denen abweichen, die Professor Hendrik Streeck bei seiner Studie in Heinsberg ermittelte. Es geht hier um den Faktor 5. Die Mortalitätsrate in Heinsberg lag bei 0,37 %. Die der Hopkins Universität nahe 2 %!
Der Mann, der seit Monaten als Gesicht der Charite die Gefährlichkeit des Corona-Virus festlegt, Professor Drosten, wird ebenfalls direkt von Bill Gates unterstützt.
Man kann es platt zusammenfassen, wann immer wir etwas aus offiziellen Quellen über Corona erfahren, können wir davon ausgehen, daß das die 100 %-Meinung des Bill Gates ist.
Der Mann hat nicht nur Asche bis der Arzt kommt, er hat auch weltweite mediale Kontakte und weiß diese zu nutzen. Am 12. April bekam er zur Prime-Time in der Tagesschau die

Chance Werbung für sich, seine Foundation und das neueste Produkt zu machen, an dem er arbeitet.
Ein Mittel gegen Corona. Was dann aber gesagt wurde, ist ein Schlag ins Gesicht all jener, die immer noch davon ausgehen wir würden in einer Demokratie leben. Gates sagte im Flaggschiff der ARD, der Tagesschau, die Welt könne erst dann wieder zur Normalität übergehen, wenn es einen Impfstoff gegen Corona gäbe, den er aber, sehr viel schneller als üblich, bereits dabei wäre zu entwickeln.
Natürlich müsse man da ein paar Zugeständnisse machen, was die Sicherheit angeht, denn langjährige Tests, über Jahre, wie normalerweise üblich, müsse man eindampfen.
Der Hammer aber war die Äußerung des Bill Gates, er würde sieben Milliarden Menschen impfen, erst dann wäre Entwarnung angesagt.
Ist das noch Größenwahn oder schon globale Diktatur durch die Hintertür?
Wurde Gates in der Tagesschau kritisch befragt? Fehlanzeige.
Für alle, die es nicht wissen, Bill Gates wurde nie demokratisch in seine selbst ernannte Funktion gewählt. Er hält sich für den Impfpapst der Welt, aber er ist nur ein Mensch, der mit Software Milliarden scheffelte. Daß die meisten von uns diese Selbstherrlichkeit, diese Selbstkrönung nicht stört, hat damit zu tun, daß wir uns sehr schnell an alles gewöhnen, sobald es nur regelmäßig passiert. Gates spielt den Impfpapst schon seit Jahren. Wir kaufen ihm diese Rolle damit ab. Aber er spielt sie nur.
Wie würden wir reagieren, wenn Jeff Bezos von Amazon morgen beschließt, statt Gates die WHO zu übernehmen. Was, wenn man dann über Alexa direkt mit einem Amazon-Arzt sprechen könnte? Medikamente gäbe es selbstverständlich nur und exklusiv bei Amazon. Amazon hätte auch die entsprechende Krankenversicherung im Angebot. Eine absurde Vorstellung? Wieso? Jeff Bezos ist noch reicher als Bill Gates. Und kaufen kann man als Privatperson längst alles.
Eben auch die Weltgesundheitsorganisation. Warum stört uns das nicht?
Warum benennen wir die WHO nicht ehrlicher um in "Gates-Impf-Imperium".
Das Land hat sich in eine Corona-Diktatur verwandelt. Wer, wie TAZ Journalist Anselm Lenz, auf dem Rosa-Luxemburg-Platz eine Kundgebung gegen die Aufhebung des Artikel 8 organisiert, wurde vom eigenen Arbeitgeber als Verschwörungstheoretiker verhöhnt und dauerhaft beurlaubt.
Ich selber war Zeuge wie der Kollege und Betreiber des Blogs Rationalgalerie, Uli Gellermann, von der Polizei massiv bedrängt wurde, als er dem Portal MMnews von Michael Mross ein Interview geben wollte. Die Beamten wurden aggressiv, weil Gellermann und der Reporter dichter als 1,5 Meter zusammenstanden.
Welcher Reporter kann von sich behaupten einen Arm zu haben, der länger als einen Meter 50 ist? Darf man noch direkt neben seinem Kameramann stehen? Ist eine Reportertätigkeit in der BRD jetzt aus hygienischen Gründen nicht mehr möglich? Vorübergehend? Aber unbegrenzt?
Es ist kein gesundes Zeichen für eine Demokratie, wenn jeder, der von der Mainstream-Meinung abweicht, von den Massenmedien geschlossen als Irrer, als Verwirrter oder Scharlatan bezeichnet und in eine Ecke gedrängt wird.
Erst traf es Amtsarzt Dr. Wolfgang Wodarg. Dann Professor Sucharit Bhakdi, Facharzt für Mikrobiologie und Infektionsepidemiologie in Mainz. Später Professor Hendrik Streeck, Direktor des Instituts für Virologie an der Uniklinik in Bonn. Sie alle beurteilen die Gefährlichkeit von Covid 19 anders als Charite und RKI, aber vor allem anders als die Bill Gates Foundation.
Wer Covid 19 nicht als saugefährlich einstuft - saugefährlich wie Schweinegrippe, die ein Reinfall war - gefährdet das Geschäftsmodell des Bill Gates und seiner Foundation und da gibt es diverse Unterableger und viele Förderer. So ist auch die gesamte Rüstungsbranche

über Umwege Teil der Bill und Melinda Gates Stiftung. Man finanziert Personen direkt in der WHO. Hat quasi eigenes Personal plaziert, um Einfluß auszuüben.
Das ist Lobbyismus in Reinkultur.
Kommen wir zu einer Frau, die bis eben noch versuchte gegen das, was sie in der BRD mit ansehen mußte, juristisch vorzugehen.
Beate Bahner. Bahner ist Fachanwältin für Medizinrecht und veröffentlicht seit Jahren Fachbücher zu diesem Thema. Zum Beispiel "Recht im Bereitschaftsdienst: Handbuch für Ärzte und Kliniken".
Beate Bahner ist eine wache Demokratin. Ihr ging die Entrechtung des Bürgers mit dem Corona-Shutdown entschieden zu weit. Also entschloß sie sich mit einem Eilantrag gegen diesen Staatlichen Eingriff juristisch vorzugehen. Unmittelbar nachdem sie dies öffentlich formuliert hatte, wurde ihr vorgeworfen die Bürger zu einer Straftat aufgerufen zu haben. Spontan wurde ihre Homepage in den Shutdown geschickt. Der Staat hatte Druck auf ihren Netzbetreiber ausgeübt. Ähnlich offline schickte man zuvor auch Dr. Wodarg. Von Dr. Bodo Schiffmann, ebenfalls ein Kritiker des Shutdowns, löschte Youtube gleich vier Videos.
Der Eilantrag von Bahner wurde am Ende des Tages vom Bundesverfassungsgericht abgelehnt. Daraufhin erklärte die Anwältin sie sehe keinen Sinn mehr darin als Fachanwältin zu arbeiten und verkündete ihren Beruf ab sofort an den Nagel zu hängen.
Dazu beigetragen haben könnte der mediale Hohn und Spott, der sich über die Frau aus Heidelberg ergossen hatte, seit sie es gewagt hatte, sich für demokratische Grundrechte einzusetzen. Unsere Grundrechte. Die TAZ schrieb über das Scheitern der Anwältin: "Gegen die Corona-Tyrannei. Sie war die juristische Hoffnung der Corona-Skeptiker. Doch nun ermittelt die Polizei und Juristin Beate Bahner plant den persönlichen 'Shutdown'."
Bevor wir darauf eingehen nur noch ein Wort zu der Sprach-Kombination "vorübergehend" und "dauerhaft".
Man muß schon sehr jung und sehr naiv sein, um nicht zu erkennen, welche Gefahren für die Demokratie mit dem Corona-Shutdown vor uns liegen.
Stichwort "Corona-App". Spontan kündigte die in Gesundheitsfragen von Bill Gates beratene Bundesregierung an, eine entsprechende App in Vorbereitung zu haben. Die App weiß, wer ein Corona-Virus-Träger ist und erstellt dessen Bewegungsprofil.
Jeder, der in die Nähe dieses Menschen kommt, wird via Bluetooth informiert und registriert. Das alles geschieht natürlich streng anonymisiert und auch nur, wenn man diese Corona-App freiwillig installiert habe.
Doch jetzt will man bei der CDU noch mehr. Junge Union Chef Tilman Kuban fordert jetzt eine automatische Installation der Corona-App auf allen Handys. Das soll dezent im Hintergrund passieren. Automatisch mit dem nächsten Update und auch nur, wenn die App keine Bewegungsprofile erstellt. Wie wir aus der Vergangenheit wissen, hält sich Google nicht an diese Vorgaben.
Die Corona-App ist der feuchte Albtraum des Überwachungs-Staates. Und wie denkt der Richter und Datenschutzexperte Ulf Buermeyer darüber?
Er sagt der Zeitung Welt folgendes: "Man solle den Bürgern ein oder zwei Monate Zeit geben, sich die App freiwillig zu installieren. Erst wenn man merkt, daß man Menschen irrationale Ängste vor Überwachung nicht nehmen kann, muß man möglicherweise über Zwangs-Apps nachdenken. Das wäre rechtlich gesehen machbar".
Noch Fragen. Ach ja. Shutdown für Beate Bahner. Am Ostersonntag wurde die Frau spontan von der Heidelberger Polizei aufgegriffen. "Sie wirkte verwirrt", wie es später hieß.
Man verpaßte ihr, nach eigenen Aussagen, Handschellen und fuhr die Verwirrte direkt in die Psychiatrie der Heidelberger Uniklinik.
Hier wird sie bis zur Stunde vorübergehend, aber vielleicht dauerhaft, beobachtet. Rechtsbei-

stand? Ist erst mal nicht vorgesehen. Fakt ist: Die Anhörung vor einem Richter, bezüglich ihrer Aufforderung den Artikel 8 des GG weiter zu leben, wird wohl ohne sie stattfinden.
Ob die Frau jetzt wirklich durchgedreht ist, oder für durchgedreht erklärt wurde, ist aktuell nicht zu beantworten.
Wir alle müssen uns aber fragen, was los ist in diesem Land, daß jeder, der sich nicht dem Gleichschritt anschließt, egal um welches Thema es geht, einen dermaßen medialen Druck erfährt, daß er daran zu zerbrechen droht. Ist das Demokratie?
Wie geht es weiter in unserem Land? Was ist noch übrig von der Demokratie, wenn wir so weitermachen? Weiter zusehen? 83 Millionen Bürger in der Hand einiger weniger Experten?
Wohin das führen kann, müssen wir nicht ahnen. Wir wissen es aus der Vergangenheit und wir spüren es aktuell.
So Gates nicht weiter!<<
Auf der Webseite "https://kenfm.de …" des deutschen Journalisten Ken Jebsen erschien am 16. April 2020 folgender Bericht über die Ziele der Corona-Pandemie (x1.014/…):
>>**STANDPUNKTE - Der Wahnsinn und die Realität**
Anläßlich der Aussetzung von immer mehr unveräußerlichen Grundrechten im Land trennt Rubikon-Herausgeber Jens Wernicke die Tatsachen von den Mythen zur Corona-Pandemie.
Ein Standpunkt *von Jens Wernicke*
Wo nur sind sie hin - die Medien als "vierte Gewalt" im Staate, jene Instanz also, die die Politik überwacht, kritisiert, hinterfragt? Die den Mächtigen auf die Finger klopft - die Demokratie verteidigt und schützt?
Vom Redakteur beim Nachrichtenmagazin über den Tagesthemen- und Heute-Moderator bis hin zum Mitarbeiter der Presseagentur, zum Rundfunkplauderer, zum Social-Media-Texter, zum Talkshow-Gastgeber: Ungefiltert bringen sie die offiziellen Horrorzahlen unters Volk, ohne zu hinterfragen, wie diese überhaupt zustande kommen; wie sie ausgewertet werden; was sie eigentlich besagen; wie es um andere Zahlen steht.
Sie machen im Eilverfahren zugelassene, mangelhafte und überprüfte Tests wichtig und notwendig, ohne zu beleuchten, was diese überhaupt messen; was aus ihnen folgt und was nicht; wie hoch die Fehlerquote ist; wer von ihrem Masseneinsatz profitiert - und vor allem: ohne zu skandalisieren, daß unser aller Freiheiten ohne eine auch nur irgendwie belegte Gefahr inzwischen de facto abgeschafft sind. Rubikon-Herausgeber Jens Wernicke nennt weithin verleugnete Fakten zum Corona-Notstand und leistet einen unverzichtbaren Realitätsabgleich.
Liebe Leserinnen und Leser,
seit Beginn dieses Notstandes kann ich oft nur noch den Kopf schütteln. Die Rechtsanwältin Beate Bahner, die wegen ihres Aufrufes zu Demonstrationen gegen die massiven Verfassungsbrüche im Land nun vom Staatsschutz "verfolgt" wird, bringt es stellvertretend für mich auf den Punkt:

Sehr geehrte Damen und Herren Bundesverfassungsrichter,

in Ergänzung zu meinem Eilantrag auf sofortige Aussetzung aller Corona-Verordnungen vom 8. April 2020 übersende ich Ihnen zwei Schreiben des Polizeipräsidiums Mannheim, Kriminalpolizeidirektion Heidelberg vom 9.4.2020.

Gegen mich wird wegen öffentlicher Aufforderung zu Straftaten gem. § 111 StGB ermittelt, weil ich zu der bundesweiten Demonstration „Coronoia 2020" am Ostersamstag, 11. April 2020 um 15 Uhr eingeladen habe. Der Straftatbestand lautet: „*Wer öffentlich oder durch Verbreitung von Schriften **zu einer rechtswidrigen Tat auffordert**, wird bestraft.*"

Seit wann ist Demonstrieren eine Straftat? Sind wirklich innerhalb von nur zwei Wochen die **fundamentalen Grundrechte** der **freien Meinungsäußerung** nach Art. 5 GG und der **Versammlungsfreiheit** nach Art. 8 GG **zu Straftaten mutiert**? Ist das **Grundgesetzt** wirklich **schon abgeschafft?** Meine Homepage wurde auf Anordnung der Polizei abgeschaltet.

Haben wir schon die **Diktatur und** die **Tyrannei** hier in unserem Land? Ich fürchte das Allerschlimmste, wenn Sie als **Hüter der Verfassung** diesem bösen Spuk nicht sofort abhelfen! Ich bin zutiefst erschüttert in meinem Glauben an den Rechtsstaat!

Mit freundlichen Grüßen

B. Balucs

fachanwältin für medizinrecht

Die allermeisten nun zu Covid-19 einsetzenden Diskussionen sind leider weniger als Rückzugsgefechte denn als Ablenkungsdebatten zu verstehen. Denn sie lenken - und das ist das Wesen der Propaganda - vom Wesentlichen ab:
Alle reden über "Messungen" und "Tests" - die nachweisbar durchschnittliche Gefahr und das gleichgebliebene allgemeine Lebensrisiko werden jedoch nicht thematisiert.
Das ist in etwa so, als würden wir nur noch darüber diskutieren, *welche* Massenvernichtungswaffen ein unseren Eliten unliebsamer Führer, an dessen Öl und Bodenschätze man gelangen will, wohl besitzt - anstatt darüber zu sprechen, ob diese Behauptung überhaupt stimmt.
Konkret: All die Diskussionen zu Tests und Virusnachweisen führen weg vom Effekt, den der neue Erreger zoonotischen Ursprungs haben soll - und zwingend zurück zu den Panikzahlen der Infizierten. Sie drehen sich also im Kreis.
Die längst vorliegenden Daten belegen jedoch in aller Deutlichkeit, daß der Effekt des Virus auf die Sterblichkeitsrate sehr, sehr klein ist. Das Durchschnittsalter der Verstorbenen liegt in Deutschland und im europäischen Ausland bei 80 Jahren und mehr - bei hoher Komorbidität. In Italien haben 50 Prozent der Verstorbenen 3 oder mehr Vorerkrankungen.
Die sehr geringe Pathogenität des Erregers sowie fehlende Abweichung von der normalen, altersbedingten Sterblichkeit wurde zuletzt von Ioannidis et al. sowie Posch et al. bestätigt:
Ioannidis et al.: "Population-level COVID-19 mortality risk for non-elderly individuals overall and for non-elderly individuals without underlying diseases in pandemic epicenters", medrxiv, 8. April 2020
Posch et al.: "Erste Analysen österreichischer COVID-19 Sterbezahlen nach Alter und Geschlecht", IMS, Medizinische Universität Wien, 7. April 2020
Das Institut für Medizinische Statistik (IMS) aus Österreich vermeldet denn auch:

"Die beobachtete Altersabhängigkeit ist konsistent mit der des allgemeinen jährlichen Sterberisikos in Österreich."
Die vorgeblich "wegen Corona" ergriffenen Maßnahmen sind durch nichts, aber auch gar nichts zu rechtfertigen. Sie setzen nicht nur unser aller Bürgerrechte außer Kraft, sondern verursachen auch Not und Leid überall in unserem Land.
Und mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit inzwischen sogar unnötige Todesfälle - nicht "nur" unter den isolierten, hilflosen Alten in Pflegeheimen und Hospizen, sondern auch unter der Allgemeinbevölkerung, wie Dr. Matthias Thöns, Facharzt für Anästhesiologie, Notfall-, Schmerz- und Palliativmedizin zu berichten weiß:
"Wenn man ehrlich ist, dann ist Covid-19 keine intensivmedizinische Erkrankung. Es sind im Schnitt über 80jährige Patienten schwer betroffen, die in den allermeisten Fällen multimorbid, also mehrfach erkrankt sind. Die bekommen durch dieses Virus eine Lungenentzündung und die ist dann tödlich. Den Großteil der Betroffenen hat schon immer die Palliativversorgung behandelt.
Früher nannte man die Lungenentzündung am Ende des Lebens den Freund des alten Menschen. Und jetzt geht man her, diagnostiziert die Corona-Infektion und macht daraus einen Intensivfall und kann die Patienten natürlich trotzdem nicht retten. Die sind einfach zu schwer krank. ... Es gibt aber mehrere Faktoren der Gerechtigkeit: Da ist einmal die Gerechtigkeit, wenn ein unrettbarer 80jähriger Patient beatmet in einem Bett liegt, daß die 30jährige junge Mutter nach einem Verkehrsunfall keinen Beatmungsplatz hat und stirbt."
Liebe Leserinnen und Leser, meine herzliche Bitte anläßlich der Oster-Feiertage an Sie lautet: Helfen Sie mit, unsere Grundrechte zu schützen, und unterstützen Sie diesbezügliches Engagement nach Kräften.
Denn, wie schrieb bereits Albert Camus?
"Die einzige Art, gegen die Pest zu kämpfen, ist die Ehrlichkeit."
Es geht dabei auch nicht nur "um Corona" und eine vermeintlich "gefährliche Pandemie", sondern ebenso um das, was sich "jenseits von Corona" bereits abzuzeichnen beginnt …
Die *Frankfurter Rundschau* berichtet etwa:
"Die Gesundheitsbehörden (in Dänemark) können ab sofort Zwangstests, Zwangsimpfungen sowie Zwangsbehandlungen anordnen und für die Durchsetzung ihrer Anordnungen neben der Polizei auch Militär sowie private Wachdienste einsetzen."
Damit auch Sie, liebe Leserinnen und Leser, in Ihrem Freundes- und Bekanntenkreis mit guten Argumenten zur Sache aufwarten können, gebe ich im Folgenden einmal die aktuell *belegbaren* Fakten wieder:
Laut den Daten der am besten untersuchten Länder wie Südkorea, Island, Deutschland und Dänemark liegt die Letalität von Covid-19 insgesamt im unteren Promillebereich und damit bis zu zwanzigmal tiefer als von der WHO ursprünglich angenommen.
Eine Studie in *Nature Medicine* kommt selbst für die chinesische Stadt Wuhan zu einem ähnlichen Ergebnis. Die zunächst deutlich höheren Werte für Wuhan ergaben sich, weil sehr viele Personen mit milden oder keinen Symptomen nicht erfaßt wurden.
50 Prozent bis 80 Prozent der testpositiven Personen bleiben symptomlos. Selbst unter den 70 bis 79 Jahre alten Personen bleiben rund 60 Prozent symptomlos, viele weitere zeigen nur milde Symptome.
Das Medianalter der Verstorbenen liegt in den meisten Ländern (inklusive Italien) bei über 80 Jahren und nur circa 1 Prozent der Verstorbenen hatten keine ernsthaften Vorerkrankungen. Das Sterbeprofil entspricht damit im Wesentlichen der normalen Sterblichkeit.
Viele Medienberichte, wonach auch junge und gesunde Personen an Covid-19 sterben, haben sich als falsch herausgestellt. Viele dieser jungen Menschen starben entweder nicht an Covid-19, oder sie waren bereits schwer vorerkrankt (zum Beispiel an einer unerkannten Leukämie).

Die normale *tägliche* Gesamtsterblichkeit liegt in den USA bei circa 8.000, in Deutschland bei circa 2.600, in Italien bei circa 1.800 und in der Schweiz bei circa 200 Personen pro Tag. Die Grippemortalität liegt in den USA bei bis zu 80.000, in Deutschland und Italien bei bis zu 25.000 und in der Schweiz bei bis zu 1.500 Personen pro Winter.
Stark erhöhte Sterblichkeiten wie in Norditalien können durch zusätzliche Risikofaktoren wie sehr hohe Luftverschmutzung, Legionellen- und Asbestbelastung sowie einen Kollaps der Alten- und Krankenpflege durch Massenpanik und Lockdown beeinflußt sein.
In Ländern wie Italien und Spanien sowie teilweise Großbritannien und den USA haben Grippewellen bereits früher zu einer Überlastung des Gesundheitssystems geführt. Derzeit sind zudem bis zu 15 Prozent der Ärzte und Pfleger in Quarantäne, auch ohne Symptome.
Eine wichtige Unterscheidung betrifft die Frage, ob die Personen nur *mit* oder auch *durch* Coronaviren sterben. Autopsien zeigen, daß in vielen Fällen die Vorerkrankungen entscheidend sind, aber die offiziellen Zahlen reflektieren diesen Umstand zumeist nicht.
Zur Beurteilung der Gefährlichkeit der Krankheit ist daher *nicht* die oft genannte Anzahl der testpositiven Personen und Verstorbenen entscheidend, sondern die Anzahl der tatsächlich und unerwartet *an einer Lungenentzündung* Erkrankten oder Verstorbenen.
Die oft gezeigten Exponentialkurven mit "Coronafällen" sind irreführend, da auch die Anzahl der Tests exponentiell zunimmt. In den meisten Ländern bleibt das Verhältnis von positiven Tests zu Tests insgesamt (sogenannte Positivenrate) konstant bei 5 Prozent bis 15 Prozent oder steigt nur langsam.
Länder *ohne* Ausgangsbeschränkungen und Kontaktverbote, wie zum Beispiel Japan, Südkorea und Schweden, haben bisher keinen negativeren Verlauf als andere Länder erlebt. Dies könnte die Wirksamkeit solcher sehr weitgehender Maßnahmen in Frage stellen.
Laut Lungenfachärzten ist die invasive Beatmung (Intubation) von Covid-19-Patienten häufig kontraproduktiv und schädigt die Lungen zusätzlich. Die invasive Beatmung bei Covid-19 geschieht insbesondere aus Angst vor einer Verbreitung des Virus durch Aerosole.
Entgegen ursprünglicher Vermutungen stellte die WHO Ende März fest, daß es bisher keine Evidenz für eine weiträumige Verbreitung des Virus durch Aerosole gibt. Auch ein deutscher Virologe fand in einer Pilotstudie keine Aerosol- und keine Schmierinfektionen.
Viele Kliniken in Deutschland und der Schweiz sind bisher stark unterbelegt und mußten teilweise bereits Kurzarbeit anmelden. Zahlreiche Operationen und Therapien wurden abgesagt, selbst Notfallpatienten bleiben aus Angst teilweise zuhause, was zu Todesfällen führen kann.
Mehrere Medien wurden bereits dabei ertappt, wie sie die Situation in Kliniken zu dramatisieren versuchten, teilweise sogar mit manipulativen Bildern und Videos. Generell hinterfragen viele Medien selbst zweifelhafte offizielle Angaben und Daten nicht.
Die international verwendeten Virentestkits sind fehleranfällig: Frühere Studien haben gezeigt, daß auch normale Coronaviren ein falsches positives Resultat ergeben können. Der aktuell verwendete Virentest wurde aus Zeitdruck zudem nicht klinisch validiert.
Zahlreiche international renommierte Experten aus den Bereichen Virologie, Immunologie und Epidemiologie halten die getroffenen Maßnahmen für kontraproduktiv und empfehlen eine rasche natürliche Immunisierung der Allgemeinbevölkerung und den Schutz von Risikogruppen.
Die Anzahl an Menschen, die aufgrund der Maßnahmen an Arbeitslosigkeit, psychischen Problemen und häuslicher Gewalt leiden, ist in den USA und weltweit explodiert. Mehrere Experten gehen davon aus, daß die Maßnahmen mehr Leben fordern werden als das Virus.
NSA-Whistleblower Edward Snowden warnte, daß die Corona-Krise für den massiven und permanenten Ausbau weltweiter Überwachungsinstrumente genutzt werde. Der renommierte Virologe Pablo Goldschmidt sprach von einem "globalen Medienterror" und "totalitären Maß-

nahmen". Der britische Infektiologe John Oxford sprach von einer "Medien-Epidemie". …<<
Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtete am 29. April 2020: >>**Trotz Corona: Weniger Tote in NRW als im Vorjahr**
Schlechte Nachrichten für alle Corona-Hysteriker: Die Gesamtsterblichkeitsrate in Deutschland scheint sich seit Ausbruch der Pandemie nicht erhöht zu haben. Nach vorläufigen Daten aus dem bevölkerungsreichsten Bundesland Nordrhein-Westfalen starben im März 2020 an Rhein und Ruhr insgesamt sogar weniger (!) Menschen als im März des Vorjahres. "Hinweise auf eine durch die Covid-19-Pandemie erhöhte Sterblichkeit sind aus diesen Daten für März 2020 nicht abzulesen", heißt es in einer Mitteilung der statistischen Landesbehörde in Düsseldorf. Für den März 2020 registrierte NRW demnach rund 18.800 Todesfälle. Das waren 300 weniger als im März 2019 (19.100 Tote).<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" 05/2020 berichtete im April 2020 über die Corona-Krise: >>**Die Welt danach**
Die Abstandsgesellschaft führt nicht nur zu einer Vereisung der zwischenmenschlichen Kontakte - der Staat greift auch massiv in unsere Freiheitsrechte ein. Eine Übersicht.
_ *von Pföhringer/Klemm/Grassmann*
App: digitale Fußfessel
Freizügigkeit und Reisefreiheit - das war einmal. In Vorbereitung ist eine App, die Bewegungsprofile von jedem Nutzer erstellt. Sie spürt uns beim Betreten von Stränden, Kirchen oder anderen verbotenen Orten auf und zwingt uns in die Quarantäne, wenn wir den gesetzlich verordneten Mindestabstand nicht einhalten. Schon jetzt wertet das Robert-Koch-Institut (RKI) massenhaft die Handys der Bürger aus. Bedenklich ist dabei, wie freigebig die Mobilfunkriesen mit den Daten ihrer Kunden umgehen.
Über den Apple-Kartendienst und anhand der Bewegungsaufzeichnung der Telekom können die führenden Virologen problemlos überwachen, in welchem Maß sich die Bevölkerung an die staatlich auferlegten Corona-Maßnahmen hält. Eine sogenannte Tracing-App könnte jetzt noch tiefere Einblicke in das Privatleben der Bürger ermöglichen.
Die Initiative PEPP-PT hat eine solche App programmiert und im April den Regierungen aller EU-Staaten anempfohlen. PEPP-PT ist die Abkürzung für Pan-European Privacy-Preserving Proximity Tracing. Hinter dem sperrigen Namen steckt ein Team von über 130 Wissenschaftlern und Technologen, die sowohl für staatliche Behörden als auch für internationale Institutionen und Großkonzerne arbeiten.
Im Gegensatz zum oft synonym verwendeten Tracking wird beim Tracing der Standort des Überwachten nicht in Echtzeit übermittelt. Für Freiheitsliebende ist das jedoch nur ein schwacher Trost. Denn aufgezeichnet wird die vom App-Nutzer zurückgelegte Route trotzdem. Auf diese Weise will der Staat herausfinden, mit welchen Personen Infizierte Kontakt gehabt haben und wer sich deshalb umgehend in Quarantäne begeben oder sich einem Test unterziehen muß. "Es muß unser Ziel sein, jede Infektionskette verfolgen zu können. Dafür arbeiten wir ja auch an einer App", erklärte Kanzlerin Merkel bei einer Pressekonferenz am 15. April.
Was, wenn wir die heruntergeladene App nicht mehr los werden?
Bis dato heißt es, das Herunterladen solle freiwillig sein - nur Österreichs Kanzler Sebastian Kurz hat bereits eine App-Pflicht ins Spiel gebracht. Experten gehen davon aus, daß zwei Drittel der Telefonkunden mitziehen müßten, damit das Tracing Erfolg hat - also genauso viele wie bei WhatsApp. Aber was passiert, wenn ein Teil der Bevölkerung sich weigert? Mit welchen Strafen werden die Download-Verweigerer dann belegt? Völlig unklar ist auch, wie lange die Überwachungstechnik auf den Smartphones der Bürger verbleiben soll. Schließlich kann es immer wieder zu Grippewellen kommen, auch zur neuerlichen Ausbreitung von Coronaviren. Was, wenn wir die einmal heruntergeladene App nicht mehr loswerden?
Zwangsimpfung: Körperverletzung

"Darf der Staat das? Darf er einem Säugling gegen den Willen der Eltern abgeschwächte Viren injizieren, die eine Hirnhautentzündung auslösen können? Das Risiko, daß die Masernimpfung eine derartige Schädigung nach sich zieht, ist zwar verschwindend gering. ... Doch so gering das Risiko auch sein mag, und sei es nur für leichtere Reaktionen wie Fieber und Ausschlag, es bleibt die Grundsatzfrage: Hat der Staat das Recht, die Gesundheit Einzelner aufs Spiel zu setzen, um die Gesundheit vieler zu schützen?"
So kommentierte *Die Zeit* im Oktober 2019 die Masernimpfpflicht für Schüler und Kita-Kinder, die schließlich beschlossen wurde. "Dieser bußgeldbewehrte Zwang kollidiert mit drei Verfassungsgarantien: dem Recht auf körperliche Unversehrtheit, dem Erziehungsrecht der Eltern und der Menschenwürde", resümierte das Blatt.
Bei Corona drohte die Kanzlerin, Ausgangs- und Kontaktbeschränkungen müßten so lange gelten, "bis es einen Impfstoff gibt". Doch die bloße Existenz eines Impfstoffes bringt diesen noch nicht in den Körper eines Menschen. Im Klartext müßte die Botschaft der Kanzlerin also so übersetzt werden: Solange nicht ein Großteil der Bevölkerung die erforderliche Injektion erhalten hat, werden die drastischen Maßnahmen bestehen bleiben.
Die Kontrolle, ob sich jeder fleißig seinen Cocktail spritzen ließ, könnten dann möglicherweise die von Bill Gates höchstpersönlich in Auftrag gegebenen Hautchips übernehmen. Schon 2019 wollte er damit Länder in der Dritten Welt überwachen lassen. "Ein unsichtbares Quantenpunkt-Tattoo könnte verwendet werden, um geimpfte Kinder zu identifizieren", hieß es damals in der Zeitschrift Science Alert.
Der Forscher Kevin McHugh lobte das Vorhaben: "In Bereichen, in denen Papierimpfkarten häufig verloren gehen oder gar nicht existieren und elektronische Datenbanken unbekannt sind, könnte diese Technologie die schnelle und anonyme Erkennung der Impfgeschichte von Patienten ermöglichen, um sicherzustellen, daß jedes Kind geimpft wird."

Hautchip: Ende der menschlichen Würde

"Die Würde des Menschen ist unantastbar", heißt es im Artikel 1 des Grundgesetzes. Aber einige Menschen pfeifen drauf. *Der Westen* meldete schon im März 2015: "Es hört sich nach Science-Fiction an: Ein Mikrochip unter der Haut - und schon öffnet sich die Tür zum Büro. Nur ein Reiskorn groß ist das Teil, das sich schwedische Mitarbeiter unter die Haut pflanzen lassen können. ... Die Chips können bereits im Internet bestellt werden, mit steriler Spritze. Das schwedische Recht erlaubt es den Bürgern, das Einspritzen des Chips unter die Haut daheim im Badezimmer vorzunehmen."

Die Sparda-Bank verschenkt Hautchips als Prämie.

In Deutschland hat sich die Sparda-Bank um die Verbreitung der gruseligen Technologie verdient gemacht. Seit September gibt es ein Werbeangebot für Baufinanzierung - mit Mikrochip-Bonus. "Wer einen Kredit über mindestens 50.000 Euro aufnimmt, bekommt gratis einen eingesetzt", berichtete der Stern im März 2020. In Deutschland sollen bereits bis zu 3.500, im bevölkerungsarmen Schweden 3.000 Menschen das Teilchen implantiert haben - freiwillig. Die Vorteile für den Staat und die Pharmaindustrie in Zeiten der stimulierten Seuchenpanik liegen auf der Hand. Die Biotech-Firma Profusa plant einen Chip, der frühzeitig erkennen soll, ob jemand mit dem Coronavirus infiziert ist oder nicht. Die Forschung wird durch die Pentagonbehörde für militärische Forschung DARPA unterstützt.

Bargeldverbot: Angriff auf das Privatvermögen

"Bargeld ist schmutzig! Die Weisheit, die schon Kinder eingebleut bekommen, setzt sich in Corona-Zeiten auch bei den Erwachsenen in die Köpfe", unkte die Bild am Sonntag am 19. April. Laut einer aktuellen Studie der Unternehmensberatung Oliver Wyman könnte der Anteil der Barzahlungen am gesamten Zahlungsverkehr im deutschen Einzelhandel bis 2025 auf 32 Prozent sinken. Schon jetzt werde etwa die Hälfte aller Transaktionen per Giro- und Kreditkarten sowie Apps getätigt. Corona forciere den Trend hin zu bargeldlosem Zahlungsver-

kehr noch einmal, vermutet die international tätige Beratungsagentur mit Hauptsitz in New York.
Den Internationalen Währungsfonds (IWF) unter seiner Präsidentin Christine Lagarde dürften solche Nachrichten freuen. Seit Ausbruch der Pandemie trommelt die Schwesterorganisation der Weltbank verstärkt für die Abschaffung von Geldscheinen und -münzen. Neuerdings wird dabei der Gesundheitsschutz als Argument ins Feld geführt. Doch geht es den Globalisten wirklich um das Wohl der Menschen?
Das erscheint mehr als fraglich. Forderungen nach einer Abschaffung oder gar einem Verbot des Bargelds gibt es schon seit Langem. "Die Zentralbanken könnten auf diese Weise leichter Negativzinsen durchsetzen, um so die Wirtschaft anzukurbeln", erklärte der frühere IWF-Chefökonom Kenneth Rogoff schon im November 2014 auf einer Veranstaltung des Ifo-Instituts in München.
Auffällig ist, daß der Währungsfonds erst im Januar dieses Jahres - also zu einer Zeit, als Corona ein im Wesentlichen auf die chinesische Stadt Wuhan beschränktes Problem war - die Empfehlung an die Notenbanken ausgegeben hatte, im Falle einer Rezession die Zinsen tief in den negativen Bereich zu drücken. Ohne Bargeldverbot hat die Maßnahme aber keinen Sinn: Wer auf dem Konto anspart, würde zwar bei Negativzinsen Verluste erleiden - doch könnte er das leicht umgehen, indem er Bares abhebt.
Statt eines direkten Verbots wird vom IWF auch ins Spiel gebracht, alle Barzahlungen mit einem Aufschlag zu belegen. Allerdings sollten solche Maßnahmen schrittweise erfolgen, um eine öffentliche Diskussion zu vermeiden, rät der Währungsfonds in seinem Papier vom Januar 2020 ausdrücklich.
Einschränkungen des Bargeldverkehrs wären "nicht gerechtfertigte Eingriffe in Freiheitsrechte, nämlich in die Vertragsfreiheit und Privatautonomie", meint der Staatsrechtler und frühere Verfassungsrichter Hans-Jürgen Papier. Das in Wien ansässige Hayek Institut schreibt: "Diese Idee ist im Grunde nichts anderes als ein weiterer Angriff auf das Vermögen der Bürger", die ohnehin schon seit Jahren "unter stiller Enteignung durch die Entwertung ihres Sparguthabens durch niedrige Zinssätze und Inflation" litten.
Bereits 2016 notierte der damalige FAZ-Mitherausgeber Holger Steltzner: "Beim Feldzug gegen das Bargeld geht es um mehr als das Bezahlen. ... Es geht um das Ende von Privatheit und selbstbestimmter Entscheidung, um Lenkung von Verhalten und um den Zugriff auf das Vermögen."
"Das auf dem Geldstück klebende Virus würde ich ... vergessen."
Christian Drosten
Einen medizinischen Grund für die Abschaffung des Bargeldverkehrs gibt es übrigens nicht. "Das auf dem Geldstück klebende Virus würde ich mal weitgehend vergessen", erklärte dazu Christian Drosten, Chefvirologe der Berliner Charité, in seinem NDR-Podcast.
_ Daniell Pföhringer ist COMPACT-Redakteur, Paul Klemm und Roy Grassmann sind regelmäßige Mitarbeiter unserer Zeitschrift.<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" 05/2020 berichtete im April 2020 über die Corona-Krise: >>**Schutzmasken und Souveränität**
Zurück im Spiel: In der Corona-Krise erleben wir die Nationalstaaten wieder als handlungsfähige Subjekte - wenngleich stark geschwächt durch die Globalisierung. Endlich besinnen sich einige Entscheider wieder auf "Made in Germany" - auch als sicherheitspolitische Vorsorgestrategie.
_ von *Joachim Paul*
Finanzkrise, Euro-Krise, Migrationskrise - und nun Corona-Krise. Krisen decken Bruchlinien auf, unterteilen in Mächtige und Ohnmächtige. In Italien wird politisch ausgeflaggt: Das Sternenbanner der EU an den Rathäusern verschwindet. Mit eigenen Händen rollen es die "bor-

gomastri" (Bürgermeister) ein und hissen mancherorts die russische Trikolore.
Während EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen filmisch das richtige Händewaschen erklärte, landete das größte Transportflugzeug der Welt, die legendäre Antonow, in Italien. From Russia with Love: Neben einem Stab von Militärärzten wurden medienwirksam Desinfektionsmittel und Beatmungsgeräte ausgeladen. Mag sein, daß nicht jede einzelne Einheit tauglich und das Krisenmanagement daheim in Putins Reich eher holprig ist, der Fuchs im Kreml weiß jedoch um die Wirkung solcher Bilder.
Offenkundig ist es nicht nur Ungarn möglich, über Nacht Staatsgrenzen zu schließen, und Griechenland wehrt mit vereinten nationalen Kräften die Migrationswaffe des Erdogan-Regimes ab. Der Breitbart-Journalist Chris Tomlinson betitelte am 10. März ein Handy-Video, das eine Formation griechischer Polizisten beim Zurückdrängen eines aggressiven Mobs junger Orientaler am Grenzzaun zeigt, lakonisch unter Verweis auf die Antike: "Kampf an Thermopylen, 480 vor Christi - nachträglich koloriert."

Wildwestmethoden in Fernost

Doch wie buchstabiert man Souveränität im Zeitalter globaler Krisen? Vielleicht mit dem Atemschutz in der Hand - ein Stück Stoff mit Gummiband, Materialwert: wenige Cent. Auf dem Scheitelpunkt der Pandemie beklagten französische Politiker, daß Transportflugzeuge mit ganzen Paletten an Masken von US-Einkäufern, die mit Bündeln von Cash wedelten, noch auf Rollfeldern in Fernost in die USA umgeleitet worden sind. Tatort Bangkok: Hier wurden 200.000 Einheiten Atemschutz vor dem Beladen vermutlich noch schnell an besser bietende Glücksritter verhökert.
Das Nachsehen hatte auch die Berliner Polizei. Innensenator Andreas Geisel (SPD) sprach von "Wildwest-Methoden" und "Piraterie". Wenig später dementierte US-Hersteller M3, daß es überhaupt eine Bestellung aus Berlin gegeben habe. Hintergrund: M3 produziert exklusiv in China ... Das Weiße Haus verdonnerte wenige Tage später den US-Konzern General Motors, die Produktion auf Atemschutz umzustellen. Das Gezerre um Masken, Medikamente, Beatmungs- und Desinfektionsgeräte - Güter von überschaubarem Wert - weist auf die Achillesfersen westlicher Industrienationen hin.

Als Gegengewicht zu Huawei muß Nokia im Markt gehalten werden.

Sie sind von ganzen Produktions- und Lieferketten in Fernost abhängig geworden - und haben sich dabei nur wenig um das machtpolitische Erpressungspotential geschert. Die österreichische Wirtschaftsministerin Margarete Schramböck (ÖVP) dirigierte angesichts des Bedarfs von zwölf Millionen Einheiten an Masken für vier Wochen eine Produktionsoffensive der heimischen Wirtschaft. Der Mangel in der Krise sei ein "Weckruf für Gesamteuropa".

Die verträumte Nation

Ein Blick auf unser Land, das 185 Professuren für Gender-Studies hat, aber nur an 22 Hochschulen Pharmazie lehrt. Die meisten Hersteller von Wirkstoffen, die medizinisch als "versorgungsrelevant" gelten, sind in China oder Indien ansässig. In Deutschland werden zum Beispiel kaum noch Antibiotika produziert. Das Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte sieht derzeit bei über 300 Medikamenten mögliche Lieferengpässe. Die gesundheitspolitische Sprecherin der AfD-Fraktion im Landtag Rheinland-Pfalz, Dr. Sylvia Groß, fordert angesichts der Krise die Wiederherstellung der Souveränität über die Arzneimittelproduktion. Es räche sich bitter, daß Deutschland, einst "Apotheke der Welt", nach dem Motto "Hauptsache billig" in Asien produzieren lasse.
Eine realistischere Sicht auf die Globalisierung und damit ein Paradigmenwechsel kündigte sich aber bereits vor Corona an - und zwar im beschaulichen Kaiserslautern, Standort des Deutschen Forschungszentrums für Künstliche Intelligenz. Auf einer Informationsveranstaltung im Februar kippten zwei ausgewiesene Experten im Zuge einer lebhaften Diskussion das Weltbild der anwesenden Moderatorin - Ministerpräsidentin Malu Dreyer (SPD). Digitalisie-

rungs- und Mobilfunkexperte Prof. Hans Schotten räumte mit einem lieb gewonnenen Narrativ auf:
"Früher dachten wir, die Globalisierung bringe uns eine amorphe Welt, geprägt von gegenseitigem Ausgleich und Zusammenarbeit. Nun müssen wir feststellen, daß Forschung und Technik Teil der geopolitischen Auseinandersetzung sind, Deutschland und Europa müssen investieren, um ihre digitale Souveränität zu verteidigen." Seine Kollegin Prof. Dr. Katharina Zweig (TU Kaiserslautern) sprang ihm bei: Auch die heimische Produktion von Hardware bedeute Souveränität.

An 185 Hochschulen gibt es Gender Studies - nur an 22 wird Pharmazie gelehrt.

Es gebe keine durchgängige Chip-Produktion mehr in Europa, sie müsse zurückgeholt werden. Schotten wies auf die zu erwartende Monopolstellung der chinesischen Tech-Riesen Huawei und ZTE hin. Ihr Vollsortiment an Bauteilen für bestehende und kommende Mobilfunkstandards dürfe nicht alternativlos sein, man müsse deshalb die skandinavischen Mobilfunk-Unternehmen Nokia und Ericsson (summierter Marktanteil: 30 Prozent) unbedingt "im Markt halten".
Offenkundig dämmert einigen, daß die naiv-bunten One-World-one-Market-Träume geradewegs zu einem Spielplatz freier Kräfte führen, auf dem die chinesische Staatswirtschaft das politische Streben nach Hegemonie mittels überlegener Technik durchsetzt.
Chip- und Prozessortechnik können kaum überschätzt werden. Strom- und Wasserversorgung, Bankautomaten, schon einfache Verwaltung setzen funktionierende und krisenfeste IT-Infrastrukturen voraus. Die Chip-Produktion - und damit auch die Forschung - findet aber seit Jahrzehnten schwerpunktmäßig in Korea, Japan und Taiwan statt.
Die Unternehmen aller europäischen Staaten bringen es lediglich auf verschwindend geringe sieben Prozent Marktanteil. Die technologische Abhängigkeit gebiert dramatische Sicherheitsrisiken: Die Nano-Teilchen aus Fernost könnten in undurchsichtigen Fertigungsprozessen so manipuliert werden, daß sie Daten fehlerhaft berechnen. Strukturen, die ausländische Kraftwerke wie durch Geisterhand abschalten können, üben technologische und militärische Macht aus.
Peking diktiert beim Markteintritt eines europäischen Konzerns ins Reich der Mitte übrigens weitreichende Auflagen: die Beteiligung chinesischer Firmen und die Aushändigung der Schlüssel zu den Forschungs- und Entwicklungsabteilungen. Damit gehen Beamte des chinesischen Staates ein und aus. Daß sie auch im Sinne ihrer Sicherheitspolitik in Deals reingrätschen können, beweist die verhinderte Übernahme des niederländischen Prozessorherstellers NXP durch den US-Halbleiterkonzern Qualcomm. Ihr Faustpfand: Zwei Drittel der Produktionsanlagen von NXP befinden sich in China.

Schlachtfeld Künstliche Intelligenz

Es liegt auf der Hand, daß das englische, 1887 als Diskriminierung eingeführte Etikett "Made in Germany" nun neu gedacht werden muß - sicherheitspolitisch. Stichwort historisches Gedächtnis: Die Chinesen treibt eine Erfahrung an - jahrhundertelang waren sie Spielball europäischer Mächte. Für sie gilt: nie wieder. Vor diesem Hintergrund ist der jüngste Aufbau der Halbleiterfertigung durch den Bosch-Konzern in Dresden so wichtig. Der in der Gründerzeit des Kaiserreichs entstandene Konzern investierte 2017 mehr als eine Milliarde Euro. Die Fertigung soll 2021 beginnen.
Auf dem Schlachtfeld der Künstlichen Intelligenz (KI) ist hingegen noch alles offen. Denn weder fernöstliche Staaten noch die USA haben einen uneinholbaren Vorsprung auf einem Markt, der 2022 bereits drei bis zehn Milliarden Euro schwer sein könnte. Deutschland hat sich eine aussichtsreiche Position erkämpft - durch solide Grundlagenforschung. Bei den wissenschaftlichen Publikationen lag Deutschland im letzten Jahr auf Rang sechs.
Unsere KI-Forscher wurden entsprechend oft zitiert und belegten sogar Rang drei - hinter den

Kollegen aus den USA und Großbritannien. Doch die erdrückende Dominanz der Tech- und Online-Giganten wie Google, Facebook und Amazon zeigt die Gefahren eines technologischen Zurückfallens auf. Der US-Riese Amazon, der bequem Steuervorteile kombiniert, dürfte Gewinner der Corona-Krise sein, während Einzelhändler hier vor Ort reihenweise Insolvenz anmelden.

Der Staatstheoretiker Carl Schmitt (1888-1985) schrieb einst, souverän sei, wer den Ausnahmezustand bestimme. Mit der Formel "wegen Corona" wurden Versammlungsverbote, die Schließung von Geschäften und öffentlichen Institutionen und Ausgangssperren verhängt. Das war durchaus ein Souveränitätsnachweis, wenn auch mit zweifelhaftem Inhalt und lediglich nach innen. Souveränität sollte aber vor allem nach außen demonstriert werden - in der Durchsetzung eigener Interessen in der internationalen Politik.

_ Joachim Paul (*1970) ist Gymnasiallehrer, stellvertretender Vorsitzender der AfD-Fraktion im Landtag von Rheinland-Pfalz, Stadtrat in Koblenz und Mitglied des Bundesvorstandes seiner Partei. Als Mandatsträger beschäftigt er sich unter anderem mit Wissenschaft, Bildungspolitik und Kultur. Für COMPACT schrieb er zuletzt anläßlich des 100. Todestages des Koblenzer Flieger-Asses Hans Kirschstein (Ausgabe 10/2018).<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtete am 4. Mai 2020: >>**Shutdown-Irrsinn so teuer wie die Wiedervereinigung: Zahlen, bis Ihr schwarz werdet!**

Ein Corona-Schutzschirm nach dem anderen wird aufgespannt. Es dürfte für die Steuerzahler ein böses Erwachen geben: Wer soll das bezahlen, wer hat das bestellt, wer hat so viel Pinke-Pinke, wer hat so viel Geld?

Irgendwoher, wenn nicht aus der Notenpresse, muß das Helikopter-Geld ja mal kommen, das der Staat jetzt in der Corona-Krise abwirft, um die Wirtschaft nicht gänzlich vor die Hunde gehen zu lassen. Noch stets hat sich bestätigt: Die Schulden von heute sind die Steuern von morgen!

So viel steht schon jetzt fest: Unter den Folgen des Shutdown-Irrsinns werden noch ganze Generationen von Steuerzahlern zu ächzen haben.

Die jetzt Verantwortlichen sind dann längst aus dem Staub oder zu Staub geworden - allen voran die dann Nicht-mehr-Kanzlerin Angela Merkel (CDU), die mit ihrer Politik des Abwürgens am liebsten noch ein paar Monate weitermachen würde, bis ihr sozialistischer Auftrag, die deutsche Wirtschaft zu "BRD-igen" erfüllt ist.

Wie lange kann sich Deutschland das alles noch leisten?

Die ernüchternde vorläufige Bilanz des Shutdown-Irrsinns: 2,64 Millionen Arbeitslose, 308.000 mehr binnen vier Wochen! Dazu rund 10 Millionen Deutsche in Kurzarbeit - Allzeitrekord! Mit den aktuellen Zahlen vom Arbeitsmarkt wurden selbst die pessimistischsten Prognosen der Volkswirte weit übertroffen. "Die Corona-Krise dürfte in Deutschland zur schwersten Rezession der Nachkriegszeit führen", sagt der Vorstandsvorsitzende der Nürnberger Bundesagentur für Arbeit, Detlef Scheele.

Weil die deutsche Industrie die Kontaktsperren in der Corona-Krise mit Milliarden-Verlusten bezahlt, fordert Industriepräsident Dieter Kempf einen politischen Plan für rasche weitere Lockerungen bis spätestens bis 6. Mai. "Jede Woche eines Shutdowns kostet die deutsche Volkswirtschaft einen mittleren zweistelligen Milliardenbetrag an Wertschöpfung", sagte Kempf der "Funke Mediengruppe". Ein derartiger Einschnitt erzeuge "massive Wohlstandsverluste und dauerhaften Schaden in Wirtschaft und Gesellschaft".

Scholz läßt schon fleißig rechnen

Rund 1,8 Billionen Euro, fast so viel, wie die Wiedervereinigung gekostet hat, macht der Staat aktuell an direkten und indirekten Corona-Hilfen (z. B. Kreditbürgschaften) locker. Am Ende dürfte eine noch weitaus höhere Summe stehen.

Heimlich still und leise läßt Bundesfinanzminister Olaf Scholz (SPD) seine Fachbeamten be-

reits massive Steuererhöhungen zur Finanzierung der staatlichen Milliardenprogramme durchrechnen. Im Gespräch sind nach Informationen des Deutschland-Kuriers u. a.:
- die Wiedereinführung des Soli in voller Höhe zuzüglich eines Corona-Sondersoli für sogenannte Besserverdiener;
- eine drastische Erhöhung der Mehrwertsteuer;
- eine "Reichensteuer" in Form einer Vermögensabgabe;
- Sonderzuschläge auf andere Konsumsteuern wie Benzin, Tabak und Alkohol (Branntweinsteuer).
Wie sagte die frühere britische Premierministerin Margaret Thatcher (1925-2013) einmal so treffend: "There is no such thing as public money - there is only taxpayers' money!" So etwas wie öffentliches Geld gibt es nicht - es gibt nur das Geld des Steuerzahlers: Nie war dieser Satz so wahr wie heute zu Corona-Zeiten! (oys)<<
Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtete am 5. Mai 2020: >>**Immunitätsausweis: Datenschützer warnt vor Diskriminierung**
Nach der AfD hat auch der Hamburger Landesbeauftragte für den Datenschutz, Johannes Caspar, vor den Plänen der Bundesregierung gewarnt, einen Corona-Immunitätsausweis einzuführen. Ein solcher Ausweis weise den "gefährlichen Weg in eine Diskriminierungs- und Entsolidarisierungsfalle", sagte Caspar dem 'Handelsblatt' (Dienstagsausgabe). Gesundheitsdaten "könnten über den Zugang zu Leistungen entscheiden und in der Konsequenz die Gruppe der Personen, die eine Immunität nicht nachweisen, vom öffentlichen Leben ausschließen".
Ein Ausweis für alle "als Eintrittskarte in das soziale, kulturelle und wirtschaftliche Leben würde am Ende gerade die Personen, die aus Altersgründen oder Vorerkrankungen zur Risikogruppe gehören, am stärksten diskriminieren", so Hamburgs oberster Datenschützer weiter. Denn diese könnten aus Caspars Sicht nicht den Weg einer schnellen Immunität gehen. Das grundrechtlich verankerte Diskriminierungsverbot müsse unbedingt beachtet werden.
Nach Kritik: Spahn macht Rückzieher
Angesichts zunehmender Kritik will Bundesgesundheitsminister Jens Spahn (CDU) vorerst doch keine gesetzliche Einführung eines Corona-Immunitätsausweises. Auch sprach er sich gegen eine allgemeine Impfpflicht aus, falls ein Impfstoff gegen das Covid-19-Virus gefunden werden sollte. "Die Frage, ob im Falle von Corona zusätzlich ein Immunitätsausweis sinnvoll ist, sollten wir als Gesellschaft in Ruhe abwägen und debattieren", erklärte der Corona-Totalversager jetzt. In einem Gesetzentwurf, der am Donnerstag im Bundestag debattiert werden soll, hatte Spahn einen Immunitätsausweis noch ausdrücklich vorgesehen.<<
Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtete am 7. Mai 2020: >>**Danke, Merkel: Deutsche Wirtschaft stürzt ab wie nie!**
Der Shutdown-Irrsinn reißt die deutsche Volkswirtschaft immer tiefer in den Abgrund: Deutsche Unternehmen haben ihre Produktion im März in schwindelerregender Rekordgeschwindigkeit gedrosselt.
Die Produktionsleistung von Industrie, Bau und Energieversorgern ging im März um dramatische 9,2 Prozent gegenüber dem Vormonat zurück. "Dies ist der stärkste Rückgang seit Beginn der Zeitreihe im Januar 1991", teilte das Statische Bundesamt am Donnerstag mit. Der Einbruch der Volkswirtschaft übertrifft sogar die schlimmsten Befürchtungen der Ökonomen. Diese hatten mit einem Rückgang von "nur" 7,5 Prozent gerechnet.
Weil vom Shutdown-Irrsinn erst die zweite März-Hälfte betroffen war, ist nach Angaben des Bundeswirtschaftsministeriums für April von einem nochmals deutlich stärkeren Produktionseinbruch auszugehen.
"Das Tal wird immer tiefer"
Die exportabhängige Industrie allein stellte im März 11,6 Prozent weniger her. Ihr brachen die Aufträge zuletzt in Rekordgeschwindigkeit weg: Sie fielen im März um 15,6 Prozent zum

Vormonat. Die Industriebetriebe erwarten daher einen noch nie da gewesenen Einbruch ihrer Produktion.
Auch das Konjunkturbarometer des Münchner Ifo-Instituts für die kommenden drei Monate stürzte im April um noch nie da gewesene 30 Zähler auf minus 51,4 Punkte ab. Das ist zugleich der tiefste Punkt seit der Wiedervereinigung! "Das Tal der Produktion wird immer tiefer", resümiert Ifo-Experte Klaus Wohlrabe.
Danke, Frau Merkel!<<
Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 11. Mai 2020 über das Corona-Krisenmanagement der deutschen Regierung: >>**Kritische Corona-Analyse: Innenministerium distanziert sich von Mitarbeiter**
BERLIN. Das Bundesinnenministerium (BMI) hat die Ausarbeitung eines Mitarbeiters zum Corona-Krisenmanagement der Regierung als dessen Privatmeinung zurückgewiesen. Er habe für seine Zusammenstellung "weder einen Auftrag, noch eine Autorisierung" erhalten, teilte das Ministerium am Sonntag mit.
Daß er für seine Untersuchung den offiziellen Briefkopf des Bundesinnenministeriums verwendet und das Gutachten über dienstliche Kommunikationskanäle verbreitet habe, sei nicht akzeptabel. "Auf diese Weise wird der Anschein erweckt, die Privatmeinung gebe die offizielle Auffassung einer Behörde wieder. Durch innerdienstliche Maßnahmen wurde zwischenzeitlich sichergestellt, daß der Verfasser des Schreibens nicht weiter den unzutreffenden Eindruck erwecken kann, er handele insoweit für oder im Namen des BMI."
Der Oberregierungsrat hatte in einem gut 80seitigen Auswertungsbericht der Bundesregierung schwere Verfehlungen im Umgang mit der Corona-Pandemie vorgeworfen. Ergänzt wird der Bericht durch einen rund hundertseitigen Anlagenband. Beide Dokumente liegen der JUNGEN FREIHEIT vor. Zuerst berichtet hatte über die Ausarbeitung des Ministeriumsmitarbeiters das Online-Portal *Tichys Einblick*.
"Corona-Krise ist Fehlalarm"
In dem Anschreiben zu seinem Bericht erweckt der Verfasser den Eindruck, es handle sich um eine Ausarbeitung seines Referats, das für den Schutz kritischer Infrastrukturen im Innenministerium zuständig ist. Eine Analyse der Corona-Maßnahmen der Bundesregierung habe ergeben, daß es zu "gravierenden Fehlleistungen des Krisenmanagements" gekommen sei und sich die Corona-Krise "wohl als Fehlalarm" erweise.
Die Formulierung "Fehlalarm" kommt in der Analyse gleich mehrfach vor.
An anderer Stelle heißt es: "Die beobachtbaren Wirkungen und Auswirkungen von COVID-19 lassen keine ausreichende Evidenz dafür erkennen, daß es sich - bezogen auf die gesundheitlichen Auswirkungen von Covid-19 auf die Gesamtgesellschaft - um mehr als um einen Fehlalarm handelt."
Durch den neuen Virus habe vermutlich zu keinem Zeitpunkt eine über das Normalmaß hinausgehende Gefahr für die Bevölkerung bestanden. Das zeige das "übliche Sterbegeschehen" in Deutschland. "Es sterben an Corona im Wesentlichen die Menschen, die statistisch dieses Jahr sterben, weil sie am Ende ihres Lebens angekommen sind und ihr geschwächter Körper sich beliebiger zufälliger Alltagsbelastungen nicht mehr erwehren kann (darunter der etwa 150 derzeit im Umlauf befindlichen Viren).
Die Gefährlichkeit von Covid-19 wurde überschätzt. (innerhalb eines Vierteljahres weltweit nicht mehr als 250.000 Todesfälle mit Covid-19, gegenüber 1,5 Mio. Toten während der Influenzawelle 2017/18). Die Gefahr ist offenkundig nicht größer als die vieler anderer Viren. Wir haben es aller Voraussicht nach mit einem über längere Zeit unerkannt gebliebenen globalen Fehlalarm zu tun."
"Alarmismus muß eingestellt werden"
Der durch die Corona-Maßnahmen verursachte Kollateralschaden sei inzwischen "gigantisch"

und höher als der Nutzen. Ein großer Teil dieses Schadens werde sich zudem erst noch in der Zukunft zeigen. Dies könne nicht mehr verhindert sondern nur noch begrenzt werden.
Der Autor rät deshalb dringend dazu, den Lockdown zu beenden: "Die staatlich angeordneten Schutzmaßnahmen, sowie die vielfältigen gesellschaftlichen Aktivitäten und Initiativen, die als ursprüngliche Schutzmaßnahmen den Kollateralschaden bewirken, aber inzwischen jeden Sinn verloren haben, sind größtenteils immer noch in Kraft. Es wird dringend empfohlen, sie kurzfristig vollständig aufzuheben, um Schaden von der Bevölkerung abzuwenden."
Beendet werden müßten jedoch nicht nur die Maßnahmen, sondern auch die Stimmung, die von öffentlichen Stellen und den Medien bis heute verbreitet und als Alarmismus wahrgenommen werde. "Dieser Alarmismus muß unverzüglich eingestellt werden. Denn mit einer durch die Maßnahmen der letzten Wochen nicht nur etwas belasteten, sondern schwer traumatisierten Bevölkerung werden wir den zweiten, sehr viel länger andauernden Teil der Krise viel schwerer bewältigen, als den ersten."

"Staat als Fake-News-Produzent"

Der Bundesregierung stellt der Referent in der Corona-Krise ein denkbar schlechtes Zeugnis aus: "Die Defizite und Fehlleistungen im Krisenmanagement haben in der Konsequenz zu einer Vermittlung von nicht stichhaltigen Informationen geführt und damit eine Desinformation der Bevölkerung ausgelöst. (Ein Vorwurf könnte lauten: Der Staat hat sich in der Corona-Krise als einer der größten Fake-News-Produzenten erwiesen.)"
Daher werde die schwierigste Aufgabe auch sein, verlorenes Vertrauen zurück zu gewinnen. "Vertrauen in einen zuverlässig den Bürger schützenden Staat, der für diese wichtige Leistung legitime Eingriffe und Einschränkungen vornehmen darf. Dieser Staat hat in der Corona-Krise in geradezu grotesker Weise versagt. Er muß, wenn er Vertrauen wiedergewinnen will, nicht nur umkehren, sondern offen mit seinen Fehlleistungen umgehen, sie einräumen und aufarbeiten", fordert der Autor. Sonst würde dem Staat und dem politischen System möglicherweise die eingetretenen systemischen Fehler nicht nachgesehen.<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtete am 11. Mai 2020: >>**Experte befürchtet bis zu 5 Millionen Arbeitslose**

Der renommierte Insolvenzspezialist Biner Bähr aus Mönchengladbach erwartet infolge des Shutdown-Irrsinns eine riesige Pleitewelle. "Seit 2010 ist die Zahl der Unternehmensinsolvenzen in Deutschland kontinuierlich gesunken, bis auf knapp 19.000 im vergangenen Jahr.
Das wird sich jetzt rapide ändern", sagte Bähr der 'Rheinischen Post' (Düsseldorf). Er rechne für das kommende Jahr mit mehr als 30.000 Unternehmensinsolvenzen und einer Arbeitslosenzahl zwischen vier und fünf Millionen. Die Aussetzung der Insolvenzantragspflicht durch die Bundesregierung sei zwar in der gegenwärtigen Lage sinnvoll, aber die Gefahr einer Insolvenzwelle werde dadurch nicht gebannt, sondern nur in die Zukunft verschoben.
Bähr befürchtet: "Viele Unternehmen werden die Umsätze, die ihnen durch die Schließungen entgehen, nicht oder nicht ganz nachholen können." Gleichzeitig würden die Verbindlichkeiten bestehen bleiben, mahnte der erfahrene Insolvenzverwalter und Rechtsanwalt.<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtete am 12. Mai 2020: >>**Ein Corona-Dossier aus dem BMI, das es nicht geben durfte:**

"Es war ein Fehlalarm!"

Was folgt als Nächstes? Seine Zwangseinweisung als "Corona-Leugner" in eine Geschlossene? Ein inzwischen beurlaubter Fachreferent im Bundesinnenministerium (BMI) von Horst Seehofer (CSU) soll mit allen Mitteln mundtot gemacht werden. Weil er die Notwendigkeit für den Shutdown-Irrsinn massiv in Zweifel gezogen hat.
Das "Corpus Delicti" ist eine fundierte Analyse. Sie ist gut 80 Seiten lang, geschrieben auf dem offiziellen Briefpapier des Bundesinnenministeriums. Der Mainstream schweigt das brisante Dossier weitgehend tot. Und wenn es doch Erwähnung findet, dann so, daß der Verfas-

ser als skurriler Eigenbrötler, als "Corona-Leugner" gar erscheint. Mit anderen Worten: Eigentlich gehört der Mann in die Klapse.
Die Gründe liegen auf der Hand: Die Corona-Maßnahmen waren aus Sicht des sachkundigen und untadeligen Fachbeamten K., immerhin Referent im Referat "KM 4: Schutz Kritischer Infrastrukturen Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat", völlig unangemessen!
In den regierungstreuen Medien des Landes liest sich das Ganze allerdings so:
n-tv: "Ein Mitarbeiter des Bundesinnenministeriums (BMI) hat auf eigene Faust eine Analyse zum Umgang der Bundesregierung mit dem neuartigen Coronavirus erstellt und versendet - an einen großen Verteiler mit Empfängern sowohl innerhalb als auch außerhalb der Seehofer-Behörde. Pikant: Die Thesen des Papiers, das am Wochenende auf dem rechtskonservativen Blog 'Tichys Einblick' veröffentlicht wurde, widersprechen der Haltung des Ministeriums diametral."
spiegel.de: "Das Bundesinnenministerium von Horst Seehofer (CSU) muß sich mit einem pikanten Vorgang im eigenen Haus beschäftigen. Ein Referent des Ministeriums hat, ohne dafür einen Auftrag bekommen zu haben, ein Papier zur Coronakrise verfaßt - das im völligen Widerspruch zur Haltung des Ministeriums steht. Das gut 80 Seiten umfassende Papier soll er nach 'Spiegel-Informationen' sowohl intern wie extern an einen großen Verteiler verschickt haben. Am Wochenende landete es dann auf der rechtskonservativen Seite 'Tichys Einblick' - wo der Referent als eine Art Whistleblower dargestellt wird."
focus-online: "Deutschlandweit gehen Menschen auf die Straße, um gegen die Maßnahmen im Zuge der Coronavirus-Pandemie zu demonstrieren. Viele von ihnen angetrieben von Menschen, die eine große Verschwörung hinter all dem vermuten. Nun kommt ausgerechnet aus dem Innenministerium ein brisantes Papier - verfaßt von einem offensichtlich Corona leugnenden Mitarbeiter."
Die Mainstream-Medien mögen es drehen und wenden, wie sie wollen - Fakt ist:
Der Ministerialbeamte hat seine Analyse unter den Augen zahlreicher Stellen des Bundesinnenministeriums erarbeitet. Sein Verteiler reicht im BMI bis zum Leiter der Abteilung Öffentliche Sicherheit und umfaßt gut 30 Personen, darunter allein 9 im Krisenstab des BMI.
Das Deckblatt weist aus, daß die verschickte Fassung 2.0.1 vom 7. Mai auf einer Fassung vom 25. April 2020 beruht. Der Referent hat also über lange Zeit gearbeitet. Die Zahl der Personen und Stellen, die daran aktiv oder passiv beteiligt waren, ist dementsprechend groß. Die Bitte des Fachbeamten, den Alarmruf dem Minister vorzulegen, wurde ohne Prüfung des Inhalts abgelehnt. Weil nicht sein kann, was nicht sein darf?
Die zentralen Aussagen der Analyse lauten:
- "Die beobachtbaren Wirkungen und Auswirkungen von Covid-19 lassen keine ausreichende Evidenz dafür erkennen, daß es sich - bezogen auf die gesundheitlichen Auswirkungen auf die Gesamtgesellschaft - um mehr als um einen Fehlalarm handelt."
- "Durch den neuen Virus bestand vermutlich zu keinem Zeitpunkt eine über das Normalmaß hinausgehende Gefahr für die Bevölkerung", heißt es weiter. "Es sterben an Corona im Wesentlichen die Menschen, die statistisch dieses Jahr sterben, weil sie am Ende ihres Lebens angekommen sind und ihr geschwächter Körper sich beliebiger zufälliger Alltagsbelastungen nicht mehr erwehren kann (darunter der etwa 150 derzeit im Umlauf befindlichen Viren)." Zu den ergriffenen Maßnahmen schrieb der Ministeriumsmitarbeiter demnach: "Der Kollateralschaden ist inzwischen höher als der erkennbare Nutzen."
Mehrere höherrangige Beamte und auch die unmittelbaren Vorgesetzten von K. hatten ganz offensichtlich weder Zeit noch Lust, den langen Bericht des hauseigenen Corona-Rebellen zu lesen - geschweige denn das Rückgrat, das gut 80 Seiten umfassende Dossier der politischen Leitung vorzulegen. Sie ließen das Papier im Bermudadreieck der Ministerialbürokratie verschwinden. Bis sich K., der nicht länger schweigen konnte und wollte, ein Herz faßte und den

Weg in die kritische Öffentlichkeit der alternativen Medien ging.
Früher (lang ist's her), da gab es einmal ein politisches Magazin aus Hamburg, das aus diesem hochbrisanten Stoff eine Titelstory gemacht hätte. Da war der 'Spiegel' noch ein Nachrichtenmagazin, das "Sturmgeschütz der Demokratie" (Gründer Rudolf Augstein) - und kein von Bill Gates gesponsertes, regierungstreues Gerüchtemagazin!<<
Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtete am 19. Mai 2020: >>**Mit Vollgas in die Schuldenunion: Merkel und Macron beschließen weiteres Milliarden-Programm**
Deutschland und Frankreich wollen über die Köpfe der anderen EU-Partner hinweg ein gemeinsames europäisches Corona-Programm im Umfang von 500 Milliarden Euro zur Stützung vor allem südeuropäischer Länder durchsetzen - zusätzlich zu den bereits angekündigten Milliarden-Programmen von EZB und EU. Das gaben Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) und Frankreichs Präsident Emmanuel Macron gestern auf einer gemeinsamen Videokonferenz bekannt.
Neu ist: Zur Finanzierung sollen die Mitgliedstaaten erstmals gemeinsame Schulden über die EU-Kommission aufnehmen und füreinander haften - der letzte Schritt auf dem Weg in die Schuldenunion! Die deutschen Steuerzahler müßten entsprechend dem deutschen Anteil am EU-Haushalt mit rund 135 Milliarden Euro bürgen.
Die 500 Milliarden Euro sollen unmittelbar und nicht rückzahlbar (!) an die wirtschaftlich am stärksten von der Corona-Krise betroffenen Länder fließen, also vor allem an Italien und Griechenland. Das Geld soll sich die EU-Kommission an den Finanzmärkten leihen und in den kommenden Jahren über den EU-Haushalt tilgen.
Die Sache hat allerdings einen Haken: Alle Mitgliedstaaten, also auch Österreich, Polen und Ungarn, müssen zustimmen.<<
Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtete am 19. Mai 2020: >>**Corona schmilzt wie Butter in der Frühlingssonne**
Corona ist weiter auf dem Rückzug: Insgesamt gibt es in Deutschland nach Daten des Robert Koch-Instituts (RKI) aktuell noch rund 11.500 aktive Fälle (Stand 19.5., 0.00 Uhr). Die Gesamtzahl der im Verlaufe der Epidemie bestätigten Infektionen stieg zwar geringfügig auf 175.210, gleichzeitig stieg aber die Zahl der Genesenen doppelt so schnell auf aktuell 155.700 Personen. Die Zahl der angeblich in Zusammenhang mit dem Virus stehenden Todesfälle erhöhte sich moderat um 72 auf 8.007.
Guck an: Inzwischen wachsen auch in den Mainstream-Medien die Zweifel am Shutdown-Irrsinn. "War der Lockdown wirklich nötig? Wäre es nicht auch ohne gegangen?", fragt die 'Bild-Zeitung' und stellt folgende Betrachtung an: "Was passiert, wenn KEINE zweite Welle kommt? In diesem Fall müßte sich die Politik für all das rechtfertigen, was ihre Maßnahmen zur Folge hatten: Zehntausende Unternehmen vor der Pleite, die Massen in Kurzarbeit, ein monatelanger Ausnahmezustand. Die Existenzen von Millionen Bürgern wären umsonst geopfert, ihre Grundrechte umsonst eingeschränkt worden. Ein politischer Super-GAU ... Bislang trat keines der Angst-Szenarien ein.<<
Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 21. Mai 2020 (x887/...): >>**Guter Virologe, böser Virologe**
Bei der Auseinandersetzung um Lockdown und Corona werden die Urteile der Experten ganz unterschiedlich gewichtet. Viel hängt ganz davon ab, welchen politischen Lagern sie nützlich sind
Wolfgang Kaufmann
Der eine gilt als "Sonnyboy unter den Virologen", welcher jede Menge Zuversicht verströme, der andere als "oberster Mahner", in dessen Blick stets "etwas Düsteres" liege. Dennoch mutierte der Letztere zum erklärten Liebling der Medien. So titelte der "Focus" unlängst, er sei ein "Glücksfall" für uns alle. "Die Zeit" setzte über sein Konterfei die Frage: "Ist das unser

neuer Kanzler?" Und Julia Werner von der "Süddeutschen Zeitung" schwärmte gar von den "sinnlichen Lippen" des dunkelhaarigen "Sex-Symbols".
Die Rede ist von Christian Drosten, Leiter des Instituts für Virologie an der Berliner Universitätsklinik Charité. Die Rolle des blonden Optimisten, vor dessen Namen sich indes immer öfter das Wort "umstritten" findet, spielt dahingegen der Direktor des Instituts für Virologie am Universitätsklinikum Bonn, Hendrik Streeck.
Die eindeutig positivere Darstellung Drostens resultiert offensichtlich daraus, daß der Bundesverdienstkreuz-Träger den politischen Entscheidern nach dem Munde redet, die von den Medien als die besten Corona-Krisenmanager hingestellt werden - allen voran Kanzlerin Angela Merkel und der bayerische Ministerpräsident Markus Söder. Beispielsweise lobte Drosten die "Nachdenklichkeit" und Führungsstärke der "extrem gut informierten" Regierungschefin. Ebenso verteidigt er die ergriffenen Maßnahmen und spricht sich gegen starke Lockerungen sowie für die Einführung einer Telefon-App zur Kontaktverfolgung von Infizierten aus - ein Lieblingsprojekt von Merkels Gesundheitsminister Jens Spahn.

Drosten lag schon einmal falsch

Dabei ist Drosten nicht so kompetent, wie es der "Focus" suggerierte, als er titelte, mit dem "Corona-Professor" besitze "Deutschland den besten Mann für die Virus-Krise". Denn der hat nach eigenen Worten ein recht gespaltenes Verhältnis zu Zahlen und lag schon einmal gewaltig daneben, als die Weltgesundheitsorganisation (WHO) im Juni 2009 eine Schweinegrippe-Pandemie verkündete.
Damals rief Drosten höchst dramatisch dazu auf, sich impfen zu lassen, und prophezeite eine folgenschwere Krankheitswelle, zu der es jedoch nie kam. Größter Gewinner der durch solche Alarmrufe ausgelösten Panik war der Pharma-Riese GlaxoSmithKline, welcher Milliardensummen für Impfstoffe kassierte, die am Ende nicht benötigt wurden. Interessanterweise hatte Drosten fünf Jahre zuvor den GlaxoSmithKline-Förderpreis für Klinische Infektiologie erhalten.
Bemerkenswert sind auch Drostens ebenso häufige wie abrupte Kurswechsel in der Bewertung der Corona-Gefahr. So meinte er noch am 4. Februar, Normalbürger müßten sich keine großen Sorgen vor einer Ansteckung machen. Das brachte ihm zunächst den Spitznamen "Bundesberuhigungspille" ein. Fünf Wochen später hielt er dann plötzlich eine Infektion von 60 bis 70 Prozent der Bevölkerung und mehrere hunderttausend Tote für möglich, woraufhin Drosten nun "Wendehals" gescholten wurde.
Da war inzwischen aber auch die Bundesregierung aus dem Tiefschlaf erwacht und lechzte danach, Kompetenz auf dem Gebiet des Corona-Managements zu demonstrieren und die politische Opposition blaß aussehen zu lassen. Hierbei kam ihr der frischgebackene Alarmist Drosten, dessen Arbeit seit 2016 vom Bundesministerium für Bildung und Forschung mit zwei Millionen Euro bezuschußt worden war, gerade recht.
Der Virologe bot seither all jenen Politikern in Bund und Ländern Rückendeckung, die auf möglichst strenge Regeln setzten. Gleichzeitig begann nun auch Geld aus anderen Töpfen an Drostens Arbeitgeber zu fließen: Seit Anfang 2020 erhielt die Charité von der Bill-und-Melinda-Gates-Stiftung 249.550 US-Dollar. Für öffentliches Unbehagen sorgt dabei die Information, daß die Stiftung des Milliardärs-Ehepaares ihre Einnahmen unter anderem aus der Beteiligung an Pharmariesen und Impfstoffherstellern wie GlaxoSmithKline und Novartis generiert.

Streeck paßt in Laschets Linie

Von Fördermitteln zur Unterstützung der Corona-Forschung profitierte indes auch Drostens sehr viel optimistischerer Gegenspieler Streeck. Allerdings kamen die 65.000 Euro für dessen Projekt nicht aus den USA, sondern vom Land Nordrhein-Westfalen. Und das hat ebenfalls ein Geschmäckle, denn der NRW-Ministerpräsident Armin Laschet zählt zu jenen, welche

sich nicht als harte "Corona-Sheriffs" à la Söder profilieren wollen, sondern als gütig-verständnisvolle Landesväter, die den Bürgern bald wieder maximale Freiheit "gewähren" möchten.
Deshalb kommt ihm das Ergebnis der Forschungsarbeit von Streeck sehr zupaß. Die jetzt der Öffentlichkeit vorgestellte Studie über das Infektionsgeschehen in der besonders stark betroffenen Gemeinde Gangelt im Kreis Heinsberg besagt, daß es eine ganz erhebliche Dunkelziffer bei der Zahl der Covid-19-Erkrankungen gebe, weswegen die Sterblichkeitsrate auch lange nicht so hoch sein könne, wie bisher angenommen: Selbst in Gangelt liege sie bei gerade einmal 0,37 Prozent.
Das ist natürlich Wasser auf die Mühlen der Befürworter von Lockerungen wie Laschet, weswegen sofort der Vorwurf der "Auftragswissenschaft" laut wurde. Darüber hinaus ereiferten sich Beckmesser in Politik und Medien darüber, daß Streeck bei der Präsentation seiner Ergebnisse auf die Dienste der PR-Agentur *Storymachine* zurückgriff. Was man jedoch angesichts der medialen Omnipräsenz des Kassandra-Rufers Drosten, der sofort Kritik an der Heinsberg-Studie übte, durchaus nachvollziehen kann.
Andererseits ist es vielleicht doch richtig, daß Drosten eher hofiert wird als der Virologe, welcher bisher die meisten Corona-Infizierten in Deutschland untersucht hat. Möglicherweise weiß er ja mehr als Streeck und will uns mit seiner Düsternis schon einmal mental auf noch schlimmere Zeiten einstimmen. Schließlich erforscht der Berliner nicht nur das SARS-CoV-2-Virus, sondern auch das sehr viel gefährlichere MERS-CoV-Virus, das derzeit im Nahen Osten umgeht und ein Drittel aller Infizierten tötet. Nicht auszudenken, wenn es hier gleichfalls zu einer Pandemie käme.<<
Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/20144" berichtete am 28. Mai 2020 (x1.138/…): >>**Stellvertretende Generaldirektorin der WHO läßt BOMBE platzen: Impfungen töten & Ursachen werden vertuscht!!!**
WHO vertuscht gefährliche bis tödliche Impfnebenwirkungen!
In einer enthüllenden Videoaufnahme gestand Dr. Soumya Swaminathan, die stv. Generaldirektorin für Impfprogramme der WHO, daß einige Impfstoffe gefährlich seien und Menschen töten. Wenige Tage zuvor hatte sie aber der Öffentlichkeit ein anderslautendes Zeugnis über die Sicherheit von Impfstoffen gegeben. Während die Massenmedien zu ihrem Geständnis schweigen, werden Epidemien heraufbeschworen und die Notwendigkeit drakonischer Impfgesetze beworben. Dienen Impfungen nun tatsächlich unserer Gesundheit oder (etwa doch) einer anderen Agenda?
Der Global Vaccine Safety Summit, zu Deutsch: Globaler Gipfel zur Impfstoffsicherheit, ist eine zweitägige Veranstaltung, die vom 2. bis 3. Dezember 2019 von der Weltgesundheitsorganisation organisiert wurde und am Hauptsitz der WHO in Genf in der Schweiz stattfand.
In einer enthüllenden Videoaufnahme der Veranstaltung kamen erschütternde Tatsachen ans Licht: Eine führende Wissenschaftlerin der Vereinten Nationen, Dr. Soumya Swaminathan, stellvertretende Generaldirektorin für Programme der Weltgesundheitsorganisation, gestand, daß einige Impfstoffe gefährlich sind und Menschen töten können.
Sie machte diese Aussage während des globalen Sicherheitsgipfels der WHO, nur wenige Tage, nachdem sie der Öffentlichkeit versichert hatte, daß Impfstoffe eines der sichersten Werkzeuge der Menschheit seien.
Wenn Impfstoffe Menschen töten können, warum werden sie von der Regierung als sicher bezeichnet? Und warum werden Menschen diffamiert, die die Sicherheit in Frage stellen?
Weitere skandalöse Aussagen im Rahmen der WHO-Konferenz ...
Im Rahmen des Global Vaccine Safety Summits sind noch weitere besorgniserregende Geständnisse gefallen, die selbstverständlich nicht für die Öffentlichkeit gedacht waren und auch in den Berichterstattungen der Medien vollständig ausgeblendet wurden.

Zum Beispiel war davon die Rede, daß Impfstoffadjuvantien, das sind Zusatzstoffe in Impfungen, den Zelltod und die Schädigung von Geimpften erhöhen.
Fachleute wie Dr. Stephen Evans, Professor für Pharmakoepidemiologie, erklärte, daß Zusatzstoffe in Impfungen die Reaktogenität multiplizieren würden. Reaktogenität bedeutet nichts anderes als die Nebenwirkungen von Impfstoffen, die bekanntermaßen extrem schädlich sind und langfristige Schäden oder gar Tod verursachen. Und diese Gefahr werde - laut seiner Aussage - durch die Zusatzstoffe in Impfungen multipliziert.
Diese Aussage der Warnung vor Langzeiteffekten durch Zusatzstoffe in Impfungen wurde durch den anwesenden Dr. Martin Howell Friede bestätigt.
Prof. Heidi Larson … meinte wortwörtlich: "Wir haben eine sehr wackelige Front, die anfängt, Impfstoffe und die Sicherheit von Impfstoffen in Frage zu stellen. Wenn die Experten an vorderster Front anfangen zu hinterfragen oder nicht das Gefühl haben, daß sie genug Vertrauen in die Sicherheit haben, um der Person, die ihnen die Fragen stellt, standzuhalten ...".
Der Satz von ihr war nicht vollständig, doch selbst an diesem unvollständigen Satz kann jeder erkennen, daß es hier wahrscheinlich gar nicht mehr um die Gesundheit und das Wohlbefinden der Bevölkerung geht. Jedenfalls sollte man bei solchen Aussagen aufhorchen, auch wenn diese Zitate eigentlich nicht für alle bestimmt waren.
An dieser Konferenz sind einige Eingeständnisse gefallen, die zeigen, daß die WHO Angst davor hat, daß viele Ärzte und Krankenschwestern anfangen, die Sicherheit und die Impfstoffe in Frage zu stellen und sich der koordinierten Vertuschung von Impfverletzungen bewußt werden. Sie finden weitere Aussagen dieser Konversation beim Impfkongreß im Quellen-Link nach der Sendung.
Fazit: Die WHO hat an diesem globalen Impfgipfel klar gestanden, daß sie keine Ahnung hat, wie gefährlich Impfstoffe wirklich sind und die Massenmedien haben bewußt nicht über das skandalöse Geständnis berichtet. Statt dessen werden angebliche Epidemien heraufbeschworen, um eine Notwendigkeit für drakonische Impfgesetze zu suggerieren. An dieser Stelle müßte sich jeder wache Verstand fragen, ob Impfungen tatsächlich unserer Gesundheit oder nicht eher einer anderen Agenda dienen.<<
Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv" berichtete am 30. Mai 2020 (x1.000/…):
>>**Sieben Standpauken**
Von *Ivo Sasek*
Als erstes nimmt Ivo Sasek alle Leute seines Schlages ins Gebet - die geistlichen Führer; hernach liest er den ideologischen Führern die Leviten. Seine Zurechtweisungen wandeln sich gegenüber Justiz und Politik zu Gerichtsreden. Den Abschluß seiner Verweise bilden Standpauken an skrupellose Pharma-Diktatoren, heimtückische Medienmogule und existenzbedrohende Wissenschaftler. Ein längst fälliger Rundumschlag.
An die geistlichen Führer aller Religionen, religiösen Sekten und Verbände
Wir eifern für das Gute, wollen die Menschen zu Gott führen, sie mit Gott versöhnen und für Ihn leben lassen. Und dazu lockten wir die Menschen mit heiligen Versprechungen, banden sie an dogmatische Glaubenssätze, verpflichteten sie unter heilige Riten, Gesetze und Mythen. Wir versperrten ihnen aber mit all den untragbaren Bürden der Ethik, der Moral und der heiligen Sitten gleichzeitig auch den Weg zu Gott.
Und weil die Menschen diese Bürden noch nie tragen konnten, führten wir sie auf die todbringenden Pfade fleischlicher Freiheit, ja, wir ließen sie in die Abgründe der Unverbindlichkeit und des allseitigen Zerfalls abgleiten.
Was wir allesamt seit Jahrtausenden nicht verstehen, ist die wahre Absicht aller göttlichen Gesetze, die wahre Absicht aller heiligen Sitten, Gebote und Gebräuche. Noch immer denken wir, daß wir zum Weltfrieden gelangen, wenn die Menschen nur endlich etwas ethischer, etwas moralischer, ja heiliger und gerechter leben würden. Zu keinem Zeitpunkt haben wir reli-

giösen Führer verstanden, daß Gott noch gar nie darauf aus war, daß wir die heiligen Gesetze beherrschen können - zumindest nicht aus unserer eigenen menschlichen Kraft!
Das genaue Gegenteil war von Anfang an Aufgabe und Ziel aller heiligen Gesetze: Sie sollten uns Menschen in sämtlichen Disziplinen einzig und durchdringlich klarmachen, daß wir das Heilige und Gute gar nicht gottgemäß tun können - ganz egal, wie sehr wir es auch begehrten oder uns anstrengten! Die Erkenntnis unserer absoluten Verderbtheit und Ohnmacht sollte uns aber zu keinem Zeitpunkt etwa in all die Zweifel und Resignation hineintreiben, in der wir sind. Wohin aber dann? Und genau hier sollten wir geistlichen Führer endlich aufwachen und begreifen, worauf Gott schon immer mit seinen Gesetzen hinauswollte.
Unsere Ohnmacht, ausreichend gerecht, heilig und gut sein zu können, sollte uns schon immer einzig in die Arme Gottes hineintreiben! Niemals aber nur deshalb, damit wir trotz bleibender Ohnmacht immer nur von Gott den Arsch gewischt bekommen. Diese ständige fruchtlose Sündenvergeberei hängt Gott doch schon seit Jahrtausenden aus dem Hals heraus.
Verstehen wir das? Was will Er aber dann? Und hier ist die Antwort: ER will, daß nicht nur wir geistlichen Führer aus allen Religionen, Sekten und Verbänden, sondern auch sämtliche Menschen endlich frei ausleben lernen, was uns Jesus Christus als Menschensohn vorgelebt hat.
Er demonstrierte uns doch auf allen Ebenen, daß das gesamte Potential der Fähigkeiten Gottes in uns selber wohnt, und wie wir dieses aus unseren menschlichen Körpern hervorbringen können! Ständig bezeichnete Jesus sich darum als Menschensohn und er bezeugte damit, daß Er eben kein Sonderfall ist, sondern, daß jeder von uns, jeder an Gott … (Glaubende) ein und dieselben Werke wie auch Jesus tun könnte, sobald er, statt an seiner Ohnmacht zu verzweifeln, Zuflucht zu seiner Urbestimmung nimmt. Und was ist die Urbestimmung? Die Einswerdung mit Gott, unsere Einswerdung mit Gott!
Also, und so geht das mit Gott: Jesus mußte sich keinen Moment anstrengen, um irgendein "Gesetz zu befolgen oder zu beachten", denn Er kam, um uns zu zeigen, wie man das Gesetz erfüllt - das meint, wie man das Gesetz wesensmäßig vervollständigt - und zwar durch die in jedem Menschen innewohnende göttliche Natur! Das ist der Punkt. Damit ist aber in keinem Ansatz etwa an eine gesetzliche Umsetzung der Bergpredigt zu denken, so quasi als "neutestamentliche Steigerung des alttestamentlichen Gesetzes", wie viele von uns irrtümlich verbreiten.
Die Bergpredigt ist keine neue Gesetzgebung, merken wir uns das, sondern die Bergpredigt ist eine Offenbarung einer neuen Gesetzmäßigkeit, und zwar der Offenbarung eines göttlichen Geschehens im Menschen drin. Die Bergpredigt richtet sich deshalb ausschließlich und unzweideutig nur an Menschen, die AN SICH SELBST TOTAL ZERBROCHEN sind. Jesus beglückwünscht dort jeden, der an seiner Eigenkraft zerbrochen ist, und zwar als Glückseligen. Warum das? Weil in den Zerbrochenen sämtliche göttlichen Tugenden, alle Tüchtigkeiten Gottes und Kräfte ganz von selbst ausfließen, aufbrechen, naturgemäß aus ihnen hervorkommen und dies ohne geringste eigene Anstrengung.
Wie aber das? Weil eben sämtliche "vermeintlichen Forderungen" der Bergpredigt noch gar nie wirklich Forderungen waren - sondern ureigenste Ausflüsse Gottes. Ausflüsse, wie sie sich zeigen, sobald ein Mensch seinen eigenen Bankrott eingesehen hat und mit diesem Bankrott glaubend zu Gott geflohen ist. Das ist das, was wir den Menschen lehren müssen.
Sämtliche scheinbaren Forderungen wie etwa "liebet eure Feinde" oder "wer eine Frau nur schon ansieht, sie zu begehren, hat schon Ehebruch mit ihr begangen" usw., das sind nichts anderes als angezeigte göttliche Befähigungen, die völlig frei aus all jenen hervor fließen, die an sich selber zerbrochen sind, die aber auf Gottes Vollkommenheit in sich harren.
Das ist der Unterschied. Jesus lehrte die Menschen: "Ihr nun sollt vollkommen sein, wie euer himmlischer Vater vollkommen ist". So, wie jedes göttliche Werk und jede göttliche Tugend

völlig mühelos aus Jesus ausgeflossen sind, so fließt mit anderen Worten alles eben genauso frei auch aus uns hervor, wenn wir nur Gott in uns nicht verleugnen. Das ist der Punkt. Und dies alles geschieht von unserem Inneren heraus, von Gott Selber gewirkt, von Gott Selber bewegt, gelebt in uns. Ein machtvolles Ereignis, das weit über das bloße "Befolgen von Gesetzen" hinausgeht.
Ich rufe euch auf, geistliche Führer jeder Art, laßt es euch sagen: Sämtliche göttlichen Gesetze, und zwar die aller Religion sind, bis zu ihrer höchsten Stufe im Geist, einzig vorprogrammierte göttliche Lebenseigenschaften, göttliche Qualitäten, die ganz von selbst in all denen aufbrechen, die "trotz Zerbruch der Eigenkraft" in und an Gott bleiben und Seine Kraft in und durch sich hindurch erwarten, versteht ihr das? Wer immer über der eigenen Ohnmacht nicht verzweifelt oder darob noch "um so gesetzlicher" wird, sondern damit zu Gott selber flieht, in dem wird Gott Selber als Quelle sämtlicher Befähigungen und Kräfte von innen her aufbrechen.
Und genau so muß es sein - das war seit je das Ziel aller "göttlichen Gesetze" aller Religionen. Anstelle des althergebrachten Gesetzesgebrauchs, der immer nur Treiberstachel des Teufels und des Todes sein konnte, will Gott Selber Seine Vollkommenheit in und durch uns Menschen ausleben. Und diese Wirklichkeit in vollendeter Gestalt als "Gottes Körper" auszuleben, und zwar völlig von selbst ausfließend, das ist Ziel unseres irdischen Daseins, Ziel unseres Werdens. Alles gottgemäß Vollendete fließt frei aus - ganz von selbst, völlig ungezwungen, ohne es auf dem Weg moralischer, ethischer, religiöser usw. Forderungen, erzwingen oder gar beschleunigen zu müssen.

An die ideologischen Führer aller Gattung und Verbände

Ihr ideologischen Führer, ihr kommt mit eurem Philosophieren alldem, was ich gerade uns geistlichen Leitern vorgehalten habe, zwar oft näher als die meisten Religiösen. Aber ihr bringt es aus unterschiedlichsten Gründen einfach nicht fertig, hinter allem einen lebendigen Gott zu sehen. Ihr geht aber trotzdem viel konsequenter auf das Wirken Gottes ein, weil ihr euch wenigstens an den Ordnungen und Kräften der Natur orientiert, was vielen Gläubigen deutlich abgeht.
Auch gebt ihr sorgfältiger auf die Wirkungen der Schöpfungsgesetze Acht als viele Religiöse. Aber weil ihr eben Gott nicht als lebendige Person wahrnehmt, die denkt, eine Person, die fühlt, die sieht, die spricht usw., seid ihr leider als egoindividualistische Halbgötter unterwegs, was saugefährlich ist. Warum saugefährlich? Weil euch die Gesamtschau der Dinge doch völlig abgeht. Für all euer Handeln legt ihr letztlich doch nur vor euch selber Rechenschaft ab und wollt euch nicht durch einen Gott einengen lassen.
Ihr erklärt IHN überdies als tot, weil ihr weder Seine Stimme hört noch Sein wahres Wesen kennt. Doch sollte tatsächlich DER euch nicht sehen, der euch die Augen geschaffen hat? Sollte der etwa nicht hören, der euch die Ohren gegeben hat? Sollte der vom Leben nichts verstehen, der euch euer Herz gebildet hat? Wie ist so was möglich? Sollte der, der Himmel und Erde geschaffen hat, nicht jedes Detail kennen, und der, der euch einen Willen gegeben hat, sollte Er selber keinen Willen haben? Wie sollte so was möglich sein?
Warum bloß seid ihr so stolz und schämt euch für einen Gott, der all diese Herrlichkeiten geschaffen hat, die uns doch allseitig umgeben? Weil uns Menschen ganz grundsätzlich die Gesamtschau aller Dinge abgeht und auch euch Ideologen all jede Allweisheit und Allmacht doch fehlt, führt ihr die Menschen - trotz vieler Wahrheiten - doch in die Irre.
Wenn aber zuletzt alles in Scherben liegt, weil ihr euch Gottes immer geschämt habt, bitte wundert euch einfach nicht, sollte Sich Gott eines Tages eurer schämen, wenn ihr dann verzweifelt um Hilfe schreit. Anerkennt Ihn darum nicht allein in seinen Schöpfungsordnungen und Naturgesetzen, sondern auch als denkendes und lenkendes Haupt über all eurem Denken, über eurem Fühlen, Wollen und Tun. Fürchtet euch so wenig vor einer Einengung durch Gott,

wie sich etwa euer Körper vor euch fürchtet, denn ein Kopf tut immer nur das, was seinem Leib am besten bekommt. Sollte der, der alle Häupter gebildet hat, etwa unwürdig sein, Haupt über all seine Schöpfung zu sein?

An die Justiz auf allen Ebenen und deren Exekutiven

Ihr Richter, Staatsanwälte und Sicherheitskräfte: Ihr habt bis dato trotz glasklarer Gesetzgebung einfach nur tatenlos zugeschaut, wie zum Beispiel schon kleinsten Kindern in aller Welt die Pornographie frei zugänglich gemacht wurde, bis hinein in ihre Laptops und Handys. Ihr seid nicht eingeschritten, als Früh-Sexualisierer damit begannen, unsere Kinder schon im Kindergartenalter mit Masturbation, Analverkehr, Spermien schlucken und dergleichen zu versauen.

Ihr habt euch bis zum heutigen Tag gegenüber zahllosen Kinderschändern nur bedeckt gehalten. Ihr unternehmt nichts wirklich Durchschlagendes gegen bezeugte Kinderhändler-Ringe, gegen Satanisten-Kreise mit ihren Ritualopfern, Blutorgien und dergleichen.

Ihr regt euch gegenüber Zehntausenden best belegten Aufdeckungssendungen von unabhängigen Medien nicht, obgleich zweifellos stichhaltig bewiesene Schwerstverbrechen, wie Massenmorde, Völkermorde gemeldet wurden. Wenn aber nur schon Andeutungen aufrichtiger, aber vielleicht politisch unkorrekter Wahrheitssucher auftauchen, seid ihr doch tatsächlich imstande, ganze Überfallkommandos auf harmlose Mütter, auf Väter, Prediger, Studenten und dergleichen loszulassen.

Ihr bewegt kommenden Impfzwängen gegenüber, bis dato, keinen Finger, obgleich diese durch längst offengelegte Syndikate von Schwerstverbrechern vorangetrieben werden. Ihr wißt darum, daß diese Schwerstkriminellen mit ihren Impf-Giftcocktails bereits Millionen von Menschen in aller Welt schwerst geschädigt, verkrüppelt und getötet haben.

Was bloß ist mit euch los? Was ist in euch gefahren, daß ihr Mütter und Väter einsperrt, deren Kinder vor Ekel aus dem Frühsexualisierungsunterricht laufen, während ihr tatenlos zuschaut, wie andererseits nachweislich betrügerische Finanz-Eliten Millionen von Kindern politisch nicht nur für ihre Zwecke instrumentalisieren, sondern sie dazu auch noch aufrufen, tagelang aus dem Schulunterricht wegzulaufen?

Was ist in euch gefahren, daß ihr jeden Kleinbürger gerichtlich ahndet, der auch nur schon ein unbewilligtes Dachfenster eingebaut hat, während ihr über sämtlichen Dachfenstern der Welt tausende von Satelliten kreisen laßt, die von keiner Demokratie weder gewollt, geschweige denn gebilligt wurden? Ihr bewilligt gerade gestaffelt tausende von Satelliten, die bereits jetzt schon als Lichterketten über unseren Köpfen kreisen, die aber als 5G-Träger Mensch, Tier und Natur wie eine Waffe zu Tode verstrahlen werden.

Gleichzeitig aber deklariert ihr jeden Golf- oder Baseballschläger als Waffe, wenn ihr einen solchen in einer gestürmten Wohnung von harmlosen Konservativen oder Nationalisten ausmachen konntet. Während euch schon seit Jahren zehntausende unabhängige Studien hochrangiger Wissenschaftler bekannt sind, die die tödlichen Strahlungen von 1G bis 5G nachgewiesen haben. Ihr schaut doch tatenlos zu, wie allerorts Zehntausende 5G-Strahlgeräte einfach ohne Bewilligung montiert und in Betrieb genommen werden. Was ist mit euch los? Was nur habt ihr Aufseher und Beschützer der Völker zu tun?

Ihr büßt jeden Temposünder, jeden kleinen Ladendieb oder Betrüger, die die Menschen um ein paar Euros betrogen haben, aber ihr schweigt gegenüber jenen Menschen, die mit Finanzwetten, wie jetzt bei der Corona Krise, auf den Absturz zahlloser Geschäfte setzen und dadurch Milliarden einstreichen. Ihr ahndet kleinste Brandstifter und bewegt keinen Finger, obgleich durch hochrangigste Bauphysiker, Statiker, Professoren aller Gattung, auf der anderen Seite tausendfach nachgewiesen wurde, daß zum Beispiel das World Trade Center inklusive das Gebäude Nr. 7 betrügerisch gesprengt wurden.

Ihr schaut tatenlos zu, wie tausende investigative freie Journalisten in den Systemmedien tag-

täglich verunglimpft werden. Als Verschwörungstheoretiker verdammt werden, wie sie verfolgt und sanktioniert werden, obwohl sie täglich unwiderlegbare Beweise über endlose Schwerverbrechen präsentieren. Ihr vertreibt und ahndet jeden Obdachlosen, auch wenn er nur bei Zehn Grad unter Null einen kleinen Schlafplatz in einer Nische mit etwas über Null Grad begehrt, aber ihr seht auf der anderen Seite tatenlos zu, wie betrügerische Finanz-Eliten Zehntausende von Häusern und Betrieben in den Ruin treiben, in deren Nischen die Obdachlosen nur schlafen wollten.
Ihr laßt über Nacht alle Grenzen wegen einer sogenannten Pandemie schließen, die aber von Anfang an durch zahllose hochrangige Virologen der Welt als ungeheuerlicher Betrug gemeldet wurde. Aber zuvor habt ihr sämtliche Grenzen für Millionen fragwürdigster Asylanten geöffnet, die unsere Länder nachweislich in den Ruin treiben.
Ihr wißt ganz genau auch um die hybride Kriegsführung, die heimtückisch gegen unsere Länder in vollem Gange ist. Aber ihr schaut tatenlos zu. Ihr schaut zu, wie alle freien Aufklärer nicht nur zunehmend durch alle Massenmedien diskriminiert, inkriminiert und verleumdet werden. Ihr unternehmt auch nichts gegen die Internetzensur, wo Zehntausende von gemeldeten Schwerstverbrechen straflos zensiert werden.
Ihr schreitet in jedem Fall sofort ein und sperrt alle weg, die auch nur leiseste Zweifel an der seriösen Aufarbeitung vergangener Völkermorde geäußert haben. Ihr schweigt aber konsequent zu Völkermorden, die gerade im Hier und Jetzt geschehen, die hieb- und stichfest nachgewiesen worden sind. Während ihr beweist, daß man im Internet namhafteste Zeugen zu tausenden einfach zensieren kann, laßt ihr die gesamte Pornographie, die zig Millionen Kinder, zig Millionen Ehen und Beziehungen zerstört hat, einfach unzensiert bestehen.
Trotz Gesetz, trotz gültigen Gesetzen tut ihr das. So als wäre dort eine Zensur plötzlich ein Verbrechen oder etwas völlig Unmögliches! Und so könnte man noch stundenlang fortfahren und nur immer aufzählen, wie unglaublich aktiv ihr gegen die bedeutungslosen Kleinen vorgeht und wie ungeheuerlich passiv ihr euch gegen die wirklich großen Verbrecher verhaltet. Ihr ignoriert zahllos hoch kriminellste Seilschaften, deckt Interessenskonflikte bis hinein in die Syndikate von Kriegstreibern und vielerlei mehr.
Jeden angefixten Sproß dagegen verklagt ihr der Mittäterschaft, wenn er zusammen mit seinen Dealern erwischt wird. Wie aber steht es um eure Eingriffspflichten? Werdet ihr denn nicht genauso zu Mittätern all jener Schwerstverbrecher, wenn ihr einfach still schweigt zu all jenen Beweisquellen, die euch durch die investigativen Alternativmedien gemeldet werden? Sagt mir das. Ist denn gar keiner mehr unter euch, der die Eier dazu hat, diesen ganzen Saustall einmal auszumisten? Seid ihr dazu zu feige, oder einfach nur zu bequem, zu faul, zu gleichgültig?
Oder hängt ihr gar in all diesen Dingen mit drin, daß ihr euch einfach nicht, oder nur für das Falsche, bewegt? Hört mir zu, all ihr Richter, Staatsanwälte und Sicherheitskräfte - Richtet euch selber aus. Tut euren Job, damit nicht die Schreie all derer, die ihr im Stich gelassen habt, den Himmel zerreißen, damit auch nicht die Gebete aller Heiligen und aller Gerechten den Himmel über euch verschließen und schlußendlich Gott selber zum Gericht gegen euch sich erheben muß.

4. An die Politiker aller Parteien und Verbände

Ihr Politiker aller Parteien und Verbände. Das Gros von euch läßt sich Volksvertreter nennen, aber ihr dient vornehmlich euch selbst. Dem Volk gaukelt ihr Demokratie vor, obwohl ihr doch genau wißt, nach welcher Pfeife ihr zu tanzen habt. Längst toleriert ihr das Volk nicht mehr als euren Souverän, denn ihr versklavt, ihr sklavt einer elitären Hochfinanz mit ihren gekauften Massenmedien. Ihr seid Betrogene der Pharma, ihr seid Hörige von Schattenmächten und ihr wißt das! Schattenmächte, die bis hinein in Drogen- und Kriegsgeschäfte und vielerlei mehr verwickelt sind.

Für Geld macht ihr alles! Für etwas mehr Mitherrschaft, mehr Macht würdet ihr eure eigenen Mütter verkaufen. Ihr seid zutiefst verwickelt in finsterste Machenschaften von Geheimbünden, ihr wißt das, ja, ihr strotzt nur so vor Interessenskonflikten, von Lügen, von Kinderschändereien und dergleichen. Eure kranken Pläne reichen vom notorischen Nihilismus bis zum gnadenlosen Seelenhandel. Vor nichts macht euer selbstsüchtiger Wahn halt.
Ihr verratet und verkauft euer Volk, eure Nation, und zwar an die Gier machtgeiler Globalisten. Und obgleich viele von euch um tausende solcher Greuel wissen - und, ich weiß es, selber das gar nicht wirklich wollen - seid ihr eben trotzdem zu feige und zu selbstsüchtig, um dieses böse Spiel ans Licht zu bringen …
Eure eigene Karriere, euer eigener Bauch geht euch immer wieder vor. Nennt euch daher nicht mehr Volksvertreter, sondern Volks-Zertreter! Denn wer Kriegstreiber und Massenmörder schützt, aus welchen Gründen auch immer, der macht sich zu deren Komplizen, merkt euch das! Kehrt um, waltet eures Amtes, weil die Stunde der Offenlegung, der Abrechnung ist jetzt am Kommen.

An die Pharma-Diktatoren aller Gattung und Kartelle

Ihr Pharma-Diktatoren, ihr tut genau das, was schon vor 2.000 Jahren für diese unsere Tage prophezeit wurde. In Offenbarung 18, 23 steht wörtlich geschrieben: "Deine emporgekommenen Großhändler griffen auf die Eliten der Erde über und durch deine pharmazeutische Gift-Mischerei sind alle Nationen in die Irre geführt worden." Oder in Kurzform: "Durch deine Pharma sind alle Nationen getäuscht worden."
Man kann aber auch übersetzen: "Durch deine Arznei-Gifte sind alle Nationen betrogen worden." Oder: "Durch deine Heilmittel-Zauberei sind alle Nationen zu Herumirrenden geworden." Ebenso könnte man übersetzen: "Durch deine Pharma sind alle Nationen vom rechten Weg abgekommen." Während ihr Pharma- und Finanzdiktatoren an dieser weltweiten, durch euch gezielt erzwungenen Finanzkatastrophe gerade unermeßliche Reichtümer anhäuft, stürzt ihr zeitgleich alle Völker in Schuld und Armut. Ihr habt schon durch die ersten zwei Monate der Corona-Krise über eine Viertel Billion Dollar Profite eingestrichen.
Dies freilich wie immer im Namen des Gesundheitsschutzes. Aber genau hierin liegt der Betrug, die Völker-Täuschung, der Groß-Betrug, die irre Lüge, die Lüge, die alle Nationen zu Herumirrenden macht. Ihr seid euch völlig bewußt, daß ihr allein in den letzten paar Jahren wieder Millionen von Menschen zu Behinderten, zu Schwerstbehinderten, zu bleibenden Krüppeln gemacht habt. Ihr seid euch ebenso völlig bewußt, daß ihr mit euren Impf-Programmen Millionen vorzeitig zu Tode gebracht habt, zahllose habt ihr über dies insgeheim schon im Mutterleib getötet oder deren Zeugung verhindert.
Und der Beweis dafür, daß ihr euch eurer Greueltaten sehr wohl vollauf bewußt seid, ist der, daß ihr insgeheim bereits dafür gesorgt habt, daß euch neue Gesetze vor jeder Haftung schützen. Und wie immer streicht ihr eure Pharma-Profite in eure eigenen Taschen. Die Schäden aber, die ihr weltweit verursacht, wälzt ihr wieder skrupellos auf die geschädigten Völker ab. Während ihr euch bereits wieder Billionen durch die neue sogenannte Epidemie unter den Nagel gerissen habt, scheut ihr auch nicht vor gleichzeitigen Bettelaktionen, daß euch allein Deutschland eine 8 Milliarden Spende zusätzlich noch für eure Impfforschung machen sollte. Was seid ihr für Menschen!
Überdies zockt ihr die Völker jetzt schon mit … (ca. 80) € pro Corona-Test ab. Die Nationen irren euretwegen umher, genauso wie es vor 2.000 Jahren prophezeit wurde - und alle Nationen sind machtlos wie kleine Kinder, weil sich eure emporgekommenen Großhändler selbst der Eliten der Erde bemächtigt haben.
Ihr habt nicht nur alle Völker, sondern auch alle Sicherheitskräfte, alle Politiker und Justiz-Systeme vom rechten Weg abgebracht. Doch vergeßt dabei eines nie: Denn noch etwas steht im gleichen Text unauslöschlich über dir, Pharma, geschrieben, und das ist: "Dein Licht wird

erlöschen und jede Freude in dir wird vergehen!
Denn in einer einzigen Stunde ist sie entblößt worden!" Oder anders übersetzt: "Denn in einer einzigen Stunde ist sie aufgedeckt worden!" Oder: "Denn in einer einzigen Stunde ist sie beraubt und entleert worden!" "Denn in einer einzigen Stunde wurde sie aus der Öffentlichkeit entfernt, beraubt, verödet, verlassen!"
Das steht über euch geschrieben seit 2.000 Jahren. Darum jetzt mein Rat an dich, du stolze Pharma, du heillose Plünderin: Gib deine ergaunerten Billionen-Gewinne freiwillig an jene ab, die du geschändet hast, an die geschädigten Völker, bevor sie es auf ihrem eigenen Weg dir abnehmen. "Verlieren wirst du so oder so alles!", spricht Gott der Allmächtige!

An die Medienmogule aller Couleur und deren Ableger

Euch Massenmedien muß dieselbe Gerechtigkeit widerfahren, wie ihr sie seit Jahrzehnten gegen alle auslebt, die euch nicht in den Kram passen, weil sie euch widersprechen. Ihr werft immer gleich alle in einen einzigen Topf, ob ihr nun von Rechtsextremen, von Antisemiten oder Verschwörungstheoretikern redet, oder von Sektierern und dergleichen herumgeifert.
Dabei habt ihr vergessen, daß ihr alle in einer einzigen Pyramidenstruktur zusammengefaßt seid, und zwar eine Pyramide, deren Spitze nicht allein die Pharma, sondern darüber hinaus auch noch kriegstreiberische Finanz-Eliten und Weltherrschafts-Lüstlinge bilden. Und es vergeht kein einziger Tag, wo eure Berichterstattungen und Nachrichten nicht den unterhöhlenden Gestank der Pharma und ihren schwerstkriminellen Genossen tragen.
Ihr seid zu einer einzigen Höllensekte verkommen, die tagaus tagein lügt, daß sich die Balken biegen. In der Ukraine haben wir euch dabei erwischt, wie ihr Kriegsberichterstattungen mit gekauften Komparsen gefälscht habt. In Afghanistan, im Irak, in Libyen und allen anderen Ländern des arabischen Frühlings insgesamt haben wir eure Lügen aufgedeckt, die all diese Kriege überhaupt erst möglich gemacht haben. Auf euren mutwilligen Täuschungen der Völker allein konnte sich doch diese Kriegsbereitschaft gegen all diese Verleumdeten überhaupt erst aufbauen.
In dieser Corona-Krise haben wir euch erwischt, wie ihr unser schweizer Militär dazu überreden versuchtet, sich in die leeren Krankenbetten der leeren Nothilfe-Aufnahmestellen zu legen - weil kein einziger Corona-Patient dort eingeliefert wurde. Und alles Personal stand fast arbeitslos herum, wie übrigens in den allermeisten Spitälern überhaupt während dieser Krise, ja. Ihr notorischen und skrupellosen Lügner, ihr schamlosen Verleumder und Volksverhetzer - wie lange noch denkt ihr, werdet ihr ungestraft in Gottes Angesicht schlagen können, ja?

An die Wissenschaftler aller Größen und Gebiete

Ihr Wissenschaftler hattet doch tatsächlich die Skrupellosigkeit, haargenau all jene gräulichen Dinge zu entwickeln, vor denen uns Gott schon vor 2.000 Jahren inbrünstig gewarnt hat. Widerborstig wollt ihr, genau wie es geschrieben steht, eure Errungenschaften nun der ganzen Menschheit aufzwingen, obwohl ihr alle doch haargenau wißt, daß Gott eine Annahme eurer Entwicklungen und eurer Technologien unter Höchststrafe gestellt hat. Warum unter Höchststrafe? Weil es sich um die gefährlichsten und zerstörerischsten Entwicklungen aller Zeiten handelt.
Es gibt daher in der ganzen Bibel mit ihren 1.500 Seiten kein strengeres, kein gefürchteteres Verbot, keine größere Qual-Androhung, als wenn die Menschheit diese eure Technologie an sich heranläßt, die ihr Wissenschaftler und Politiker uns genau in diesen Tagen aufzwingen wollt. Begonnen hat eure Entwicklung mit der Einführung des berühmten sprechenden Bildes, vor dem uns die Bibel schon vor 2.000 Jahren gewarnt hat. Es ist sicher keine Fehlinterpretation, in diesem sprechenden Bild zuerst einmal das Fernsehen mit ihrem verderblichen Mainstream zu sehen, dann aber auch die ganze Computer- und Handy-Technologie.
Das Ganze läuft zusammen im intelligenten und sprechenden Bild des Internet-Systems, dessen Zugang ja nur über www, sprich 666, möglich wurde. Daß ihr Wissenschaftler so etwas -

und zwar wider jedes bessere Wissen - überhaupt entwickelt habt, zeigt doch schon mal wie menschenfreundlich ihr seid.
Nun aber geht ihr zielstrebig ins Finale über und ihr erfüllt damit die Prophetie aus Offenbarung 13, 16-18. Ich nenne die Bedeutung dieser Bilder, die dort genannt werden, gleich einmal beim Namen und übersetze die wesentlichen Stellen wortwörtlich aus dem Griechischen. Da heißt es:
"Dieses plötzlich aus dem Völkermeer aufgetauchte Viel-Staatengebilde versucht von den Geringen bis zu den Mächtigen, sowohl die Reichen als auch die Armen, ebenso die Freien wie die Sklaven dahin zu zwingen, daß man ihnen ein Charagma an ihre rechte Hand oder an ihre Stirn gibt; so daß keiner mehr auf dem Markt verweilen oder in der Öffentlichkeit verhandeln darf" - Hört mal gut zu ihr Völker da draußen! Was steht hier geschrieben seit 2.000 Jahren? - "…so daß keiner mehr auf dem Markt verweilen oder in der Öffentlichkeit verhandeln darf!"
Kommt euch das irgendwie bekannt vor? Oder "daß keiner mehr feilbietend verkaufen kann, als nur der, welcher das Charagma hat, das Identifikationszeichen des Viel-Staatengebildes, oder über das menschliche Zahlensystem 666 …" Erleben wir nicht genau das in diesen Tagen? Über's Internet kannst du noch dienen, alles andere ist nicht mehr erlaubt. Was aber bedeutet nun der griechische Ausdruck Charagma zu Deutsch? Im Griechischen gibt es drei Bedeutungen. Und seht es, ihr könnt es in jedem griechischen Lexikon nachlesen, es steht seit Jahrtausenden so in der Bibel.
Die 1. Bedeutung von Charagma, das ihr einführen wollt, heißt: einen Stich durch einen metallischen Gegenstand.
Die 2. Bedeutung meint eine Art Stempel, mit dem etwas in die Haut eingeätzt wird.
Die 3. Bedeutung redet von einem charakteristischen Merkmal, das in Form von einem Gebilde unter die Haut gestochen wird. Die griechische Sprache hat also mit anderen Worten schon vor 2.000 Jahren bis ins Detail geschildert, worauf ihr skrupellosen Wissenschaftler und Politiker mit der ganzen Menschheit jetzt hinauswollt, und welche Mittel ihr dazu verwenden möchtet.
Aber so wahr diese Prophetien nicht in der Verwirklichungs-Form, sondern in der bloßen Wunsch-Form formuliert sind, so wahr möge sich jetzt die ganze Menschheit an der 2.000-jährigen Warnung Gottes orientieren und sich eurem diabolischen Wunschdenken nicht beugen! Stünden diese Texte nämlich im Indikativ, käme die Menschheit jetzt nicht darum herum, eure Zwangsimpfungen und eure geplanten Zwangsverchippungen über sich ergehen zu lassen.
Weil euer teuflisches Vorhaben aber im Konjunktiv, also in der bloßen Wunschform vermerkt ist, können die bedrohten Völker jetzt ihre Macht gebrauchen und sich eurem Wunsch widersetzen, und ihr Völker tut das! Und dadurch können die Völker eure gnadenlose Möchtegern-Weltherrschaft eliminieren. Und genau das sollten wir tun - tut das, ihr Völker - so und nicht anders hat der Gott der Bibel es uns nun volle 2.000 Jahre lang mit aller Eindringlichkeit eingeschärft.
Dieselbe Bibel garantiert jedem außerordentliche, höchste Qualen, jedem, der sich dem Vorhaben dieses plötzlich aus dem Völkermeer aufgekommenen Weltherrschafts-Gebildes nicht widersetzt, wer sich diesen Wissenschaftlern nicht widersetzt, die diese Dinge gebaut haben! Die schlimmsten in der Bibel genannten Qualen, die schlimmsten aller denkbaren Qualen kommen durch dieses Charagma, steht geschrieben. Durch das Charagma selber, wohlverstanden, nicht etwa durch Gott! Nicht Gott verursacht das, sondern das Charagma selber.
Das verwendete Bild von der Strafe Gottes in der Bibel diente schon immer bloß als Metapher für das sowohl unvorstellbar Qualvolle als auch unausweichlich Schreckliche. Es steht in diesem Zusammenhang ja auch geschrieben, daß nicht den Völkern, sondern ihren Verderbern

eine von Gott verordnete Gefangenschaft für all solche Greuel vorherbestimmt ist! Ich sage: "Völker, wacht auf aus eurem Schlaf und erkennt die Gefahr der Stunde! Wendet euch ab von eurer Gleichgültigkeit und handelt!"
Und all ihr Führer aus Religion, Ideologie, Justiz, Politik, und all ihr Despoten der Pharma, all ihr Despoten der Medien und Wissenschaft, ich sage: "Wendet euch ab von euren Werken, beendet sie! Und erkennt, daß die Stunde eurer Machtlosigkeit im Anbruch ist. Kapituliert freiwillig, denn dieses euer Vorhaben wird nicht gelingen! Denn so steht es geschrieben und so wird es geschehen!"
Ich bin Ivo Sasek, der seit 43 Jahren vor Gott steht.<<
Die schweizerische "EXPRESSZEITUNG", Ausgabe 32, berichtete im Mai 2020 über die angebliche Corona-Pandemie (x356/2): >>**Liebe Leser**
Noch immer reiben sich viele Menschen die Augen und versuchen zu verstehen, wie ihnen in unserer Gesellschaft gerade geschieht. Aufgrund einer nicht besonders schweren grippeähnlichen Krankheit (laut offiziellem Narrativ), die man neuerdings, seit der Umdeklarierung durch die WHO vor einigen Jahren, auch ohne Vielzahl von Toten als "Pandemie" bezeichnen kann, werden weltweit die Menschen über Wochen und Monate zuhause "eingesperrt", die Geschäfte geschlossen und die Wirtschaft nahezu komplett heruntergefahren.
Wir werden überschwemmt mit Informationen, oft alarmierend und schockierend, oft widersprüchlich und unlogisch. Da spricht man von einer verheerenden, weltweiten Pandemie durch ein gefährliches, gar tödliches Virus und dann sterben zwar Menschen, jedoch nicht flächendeckend und durch alle Altersgruppen hinweg, wie man dies bei einer Pandemie eigentlich erwartet, sondern konzentriert auf einige Gebiete und stets nur diejenigen, die vorher schon schwer krank und darüber hinaus bereits in einem sterbenahen Alter waren. Wie paßt das zusammen?
Von höchsten Stellen wird immer wieder darauf hingewiesen, daß nicht unterschieden werde, ob die Opfer AN oder nur MIT diesem Virus verstorben seien. Also ein sich im Endstadium befindlicher Krebspatient im Alter von 92 Jahren, der kurz vor seinem Tod noch positiv auf Corona getestet wurde, fällt somit ebenfalls in die Sterbestatistik, die wiederum als Grundlage herangezogen wird, diese zerstörerischen Shutdown-Maßnahmen zu legitimieren. Wie kann das sein? In New York, dem weltweiten Epizentrum der "Corona-Krise", werden die Toten laut New York Times vom 14.04.2020 nicht einmal mehr auf Corona getestet, sondern nur noch durch "Einschätzung" hinzugezählt.
Wenn getestet wird, dann meist mit einem Verfahren, das weder ein amtliches Zulassungsverfahren durchlaufen hat, noch klinisch validiert ist. Laut einem Hersteller ist es auch nicht für diagnostische Anwendungen, sondern einzig für Forschungszwecke einzusetzen. Wie bitte? Dazu kommen Studien, die die Zuverlässigkeit dieses PCR-Tests in hohem Masse bemängeln und selbst Christian Drosten, der Leiter der Virologie in der Berliner Charité, teilt in einem Tweet mit:
"Klar: Gegen Ende des Verlaufs ist die PCR mal positiv und mal negativ. Da spielt der Zufall mit. ..." Auch die vermeintlich dramatische Zunahme der Anzahl Infizierter erscheint in einem etwas anderen Licht, wenn man gleichzeitig die Zunahme an Tests miteinbezieht. Werden nämlich heute aus 1.000 getesteten Personen 100 und in einer Woche aus 100.000 Personen 10.000 positiv und somit als Corona-Infizierte diagnostiziert, hat sich in diesem Zeitraum rein gar nichts verändert - außer der Anzahl getesteter Personen!
Die weltweiten Zahlen stammen übrigens von der Johns Hopkins Universität, die im Rahmen der "Coronakrise" in aller Munde ist, von der jedoch zuvor nur die Wenigsten gehört haben. Interessant wird es in diesem Zusammenhang, wenn man bedenkt, daß diese Universität aus finanzieller Sichtweise einen privaten Charakter hat: Die Bill & Melinda Gates Stiftung spendete der Universität mehr als sage und schreibe 880 Millionen Dollar.

Bill Gates, einst offiziell reichster Mensch der Erde, spricht sich gleichzeitig dafür aus, alle 7 Milliarden Menschen zu impfen. Grundlage dafür sind wiederum die Zahlen der besagten Johns Hopkins Universität. Wer da an einen Zufall glaubt. Wir alle erinnern uns, wie uns diese und weitere Zahlen in täglichen Schlagzeilen und abendlichen Nachrichten in alarmistischer Weise als Schocknachrichten verkauft wurden und wie damit in der Bevölkerung ein kollektiver Angstzustand geschaffen wurde, ohne den solch zerstörerische und drangsalierende Maßnahmen wohl kaum möglich wären.
Man denke dabei nur an die komplette Lahmlegung der Weltwirtschaft (allein in Deutschland sollen laut Deutsche Unternehmerbörse erschreckende 39 % aller deutschen Unternehmen und sogar 50 % der Unternehmen aus besonders betroffenen Branchen, insolvenzbedroht sein!), die Schließung der meisten Geschäfte und Läden, die Ausgangs- und Kontaktsperren, das Wegsperren der Alten, die Maskenpflicht und viele weitere Maßnahmen, deren wirtschaftliche, gesundheitliche und psychologische Folgen nicht annähernd absehbar sind.
Mit der Ausrufung des Pandemie-Notstands durch die WHO haben die Regierungen zahlloser Länder die verfassungsmäßigen Grundrechte der Bürger kurzum aufgehoben und damit, jeglichen demokratischen Grundsätzen spottend, die eigene Macht ins schier Absolute ausgeweitet!
Mit dieser Ausgabe, liebe Leser, möchten wir Ihnen, in gewohnt kompakter Weise und auf nachprüfbaren und öffentlich zugänglichen Quellen basierend, wichtige Informationen und Sachverhalte zur WHO, zu ihren Verflechtungen mit der Pharmaindustrie und ihrer Abhängigkeit von Bill Gates, zu vergangenen "Pandemien", die keine waren, und zur heutigen "Corona-Krise" u.v.m. liefern, jedoch ohne dabei auf mögliche dahinterliegende Absichten und Agenden einzugehen.
Diese, aufgrund der aktuellen und zeitgeschichtlich so bedeutsamen Umstände wohl wichtigste aller bislang erschienenen Ausgaben, soll Sie dabei unterstützen, sowohl Menschen aus Ihrem eigenen Umfeld, wie auch Politiker, Beamte und andere Staatsangestellte auf die obgenannten und unzähligen weiteren behandelten Fragen aufmerksam zu machen. Dafür stellen wir die Digitalausgabe kostenlos zur freien Verfügung und Weiterverbreitung als PDF ins Netz. Sie finden diese auf unserem Telegram-Kanal und auf www.expresszeitung.com.
Falls Sie zusätzliche Exemplare dieser Ausgabe zur persönlichen Weitergabe wünschen, bieten wir Ihnen auch größere Mengen ab 10 Stück zum Selbstkostenpreis in unserem Online-Shop an.
Liebe Leser, wir erleben derweil historische Momente und befinden uns am Anfang einer Zeitenwende, deren Dimension kaum überblickbar, deren Tragweite kaum faßbar und deren Konsequenzen für unser aller Leben kaum vorstellbar sind. Wegen der angeblich menschgemachten Klimakrise sprachen Greta Thunberg, ihre Vordenkerin Salamon (Siehe Ausgabe Nr. 27) und Co vom "brennenden Haus". Mit derselben Metapher ausgedrückt: Nun steht das Haus wirklich in Flammen und es ist Zeit, dies zu erkennen!
Denn wer in der Demokratie schläft, wacht in der Diktatur auf! Wir haben die Preishürde für diese Ausgabe auf Null gesetzt, damit das Wissen größtmögliche Verbreitung findet. Um so mehr hoffen wir auf Ihren Beitrag dazu!
Das Coronathema wird uns jedenfalls auch in Zukunft beschäftigen. Entsprechend werden wir uns in den kommenden Ausgaben den damit verbundenen Auswirkungen widmen. (André Barmettler)<<
Die schweizerische "EXPRESSZEITUNG", Ausgabe 32, berichtete im Mai 2020 über die Weltgesundheitsorganisation "WHO" (x356/5): >>**Wie vertrauenswürdig ist die WHO?**
Wenn irgendwo auf der Welt Krankheiten ausbrechen, ist sie gefragt: Die Weltgesundheitsorganisation (WHO), die auch bei Corona die Zügel als globaler Befehlskörper in der Hand hält. In Genf, in der Schweiz, hat die WHO ihren Hauptsitz. 194 Staaten sind Mitglied der UN-

Sonderorganisation. Über 7.000 Menschen arbeiten weltweit für sie. Am 11. März 2020 erklärte sie Corona offiziell zu einer Pandemie. Kritiker werfen der WHO jedoch vor, oft zu Gunsten der Pharmaindustrie und weniger zum Wohl der Menschheit zu handeln. Die Organisation hänge zu sehr von privaten Spendern ab. Was ist dran an diesen Vorwürfen?

Die ZEIT: "Der heimliche WHO-Chef heißt Bill Gates"

Wußten Sie, daß die Agenda der WHO längst von einem Superreichen vorgegeben wird? Das behaupteten die deutsche Zeitung ZEIT und der Sender ARTE in seiner Dokumentation "Die WHO: Im Griff der Lobbyisten". … Die 194 Mitgliedsländer zahlen Pflichtbeiträge. Die WHO kann frei entscheiden, was sie damit macht. Doch das ist nicht mal ein Viertel des Gesamtbudgets.

Der Großteil besteht aus Spenden von finanzstarken Ländern wie den USA, Großbritannien oder Japan, aber kommt auch von Stiftungen und anderen Organisationen. Ganz vorne mit dabei: Die Bill-und-Melinda-Gates-Stiftung als zweitgrößter Geldgeber der WHO hinter den USA. Die von Gates aufgebaute Impfallianz GAVI (siehe S. 7 f.) ist bei den Geldgebern an vierter Stelle.

Deshalb kommt die deutsche Wochenzeitung ZEIT zu dem Schluß: "Der heimliche WHO-Chef heißt Bill Gates", so der Titel eines Artikels. "Die wichtigste Organisation der Weltgesundheit, die WHO, hat ein Problem: Sie ist pleite und deshalb auf Spenden angewiesen. Verliert sie darüber ihre Unabhängigkeit?" David McCoy, einer der führenden Experten im Bereich Weltgesundheit, wird von der ZEIT als Experte herangezogen.

Er sagt, die Agenda der WHO werde immer mehr von privaten Spendern bestimmt, vor allem von Bill Gates. Würde die Bill-und-Melinda-Gates-Stiftung aufhören, jährlich Millionen US-Dollar nach Genf zu schicken, würde die WHO womöglich in sich zusammenfallen. Entsprechend großen Einfluß habe der Milliardär auf das inhaltliche Programm.

Was sagt das über die Glaubwürdigkeit der WHO, wenn einer der reichsten Menschen der Welt sie anscheinend als sein persönliches Werkzeug einsetzen kann? Aus Gates´ Steuererklärung von 2014 gehen übrigens Investitionen in Pharmaunternehmen wie Novartis und Glaxosmithkline klar hervor. Wenn die WHO den UN-Staaten empfiehlt, Medikamente und Impfstoffe einzukaufen (siehe S. 14 ff.), wird demnach auch der schon prall gefüllte Geldbeutel von Bill Gates noch etwas dicker. Sollte man die empfohlenen Maßnahmen dieser laut ZEIT fremdgesteuerten Behörde nicht mit höchster Vorsicht genießen?

"Das Überleben der Menschheit hängt von dieser Organisation ab. Wir sind darauf angewiesen, daß sie optimal funktioniert, aber das ist ganz und gar nicht der Fall."

Corinne Lepage, ehemalige französische Umweltministerin über die WHO.

(Tilman Knechtel)<<

Die schweizerische "EXPRESSZEITUNG", Ausgabe 32, berichtete im Mai 2020 über den deutschen CDU-Gesundheitsminister Jens Spahn (x356/11): >>**Gesundheitsminister Jens Spahn; Ein Pharmalobbyist?**

Wer ist eigentlich Gesundheitsminister Jens Spahn (CDU)?

Spahn sei nur "im Nebenjob Abgeordneter", schrieb das Magazin Focus schon am 4. Dezember 2012, als Spahn noch nicht Gesundheitsminister war. Und: "Der 32-jährige Politologe, der vielen in der CDU schon als kommender Gesundheitsminister gilt, verdiente über ein diskretes Firmenkonstrukt heimlich an intensiver Lobbyarbeit für die Gesundheitsindustrie." Siehe da!"

Mit seinen Freunden Markus Jasper und Max Müller gründete Spahn bereits im April 2006 eine Gesellschaft bürgerlichen Rechts (GbR). Der gehörte die Agentur Politas, die schwerpunktmäßig Klienten aus dem Medizin- und Pharmasektor berät. Jasper, 38, ist ein Vertrauter Spahns aus Jugendtagen bei der Jungen Union. Müller ist ein gut verdrahteter Lobbyist, der für den Pharmagroßhändler Celesio und für die Rhön-Kliniken tätig war." Später wurde Mül-

ler Vorstand der Online-Apotheke DocMorris.
Als Politiker entwickelte Spahn also "die neuesten Gesetze und Reformen im Gesundheitsbereich, während sein Kompagnon Müller die Kunden aus der Gesundheitsbranche in Echtzeit hätte informieren und beraten können. ... Daß Volksvertreter Spahn sein Mandat als Gesundheitspolitiker profitabel für Beratungshonorare aus der Gesundheitsindustrie einsetzte, war ihm offenkundig bewußt, denn er verschleierte seine Beteiligung an der Lobbyfirma", schrieb Focus. Nicht doch: "Einen Interessenkonflikt hat es zu keinem Zeitpunkt gegeben", wird Spahn von dem Magazin zitiert.
Focus widersprach: "Das ist schwer zu glauben. Seit 2005 kümmerte sich Spahn an wichtigen Stellen im Parlament um Gesundheitspolitik." Im Mai 2010 will Spahn seine Politas-Anteile zwar verkauft haben: "Er habe den Eindruck eines möglichen Interessenkonflikts vermeiden wollen, lautet die Begründung."
Wer nachhakte, schaute jedoch in die Röhre: "Spahn schickte uns damals eine Stellungnahme zu dem Focus-Artikel zu", schrieb der Verein Lobby Control, "aber die Stellungnahme ließ wichtige Fragen offen. Wir haben Spahn eine Reihe von Nachfragen geschickt - aber bis heute keine Antwort erhalten".
Jens Spahn stellte als Bundestagsabgeordneter schon in sehr jungen Jahren seine Dienste einer Lobbyfirma zur Verfügung, an der er zudem beteiligt war. Er war ein Pharmalobbyist! Wie kommt es, daß ausgerechnet er zum Gesundheitsminister Deutschlands wurde? Sollten nicht eigentlich die besten der besten, die ehrlichsten der ehrlichsten und die am wenigsten in Lobbyismus verstrickten Personen diese Ämter übernehmen?
(Gerhard Wisnewski/Tilman Knechtel)<<
Die schweizerische "EXPRESSZEITUNG", Ausgabe 32, berichtete im Mai 2020 über die Gefährlichkeit des "Corona-Virus" (x356/24-26): >>**Wie tödlich ist das "Corona-Virus"?**
Wenn ein gefährliches Virus durch Europa wütet, dann sagt einem schon der gesunde Menschenverstand, daß sich dadurch die Gesamttodeszahlen in Europa extrem erhöhen müssen. Das ist für jeden zu begreifen. Warum sollte man radikale Maßnahmen wie Ausgangssperren durchsetzen, wenn keine klar höhere Sterblichkeit festzustellen ist? Das wäre Irrsinn.
Am 7. Januar 2020 wurde laut offiziellen Verlautbarungen das neue Corona-Virus (SARS-CoV-2) in China entdeckt. Studien bestätigen mittlerweile allerdings, daß das Virus schon Monate vorher zirkulierte. Das österreichische Nachrichten-Portal "die Presse" erklärt:
Forscher der ETH Zürich und ein Forschungsteam der Universität Mailand gehen inzwischen davon aus, daß das Virus bereits im Oktober-November 2019 angefangen hatte, zu zirkulieren, und nicht wie zunächst angenommen erst im Dezember.
Diese Studien gehen davon aus, daß COVID-19 erst im Laufe der Zeit sein hohes Ansteckungspotential entwickelt hatte, doch nichtsdestotrotz hatte das Virus damit eigentlich mehr als genug Zeit, sich ungehindert verbreiten zu können. Man muß bedenken, daß sich eine infizierte Person, die Symptome entwickelt wie etwa Hustenreiz, bereits in einem fortgeschrittenen Krankheitsstadium befindet. Bereits Tage - ja sogar Wochen - bevor sich die Krankheit überhaupt bemerkbar macht, gilt der infizierte Mensch als potentieller Überträger. Der Lockdown kam also in jedem Fall zu spät.
Hätte das Virus bei einer Inkubationszeit (Zeit zwischen Infektion mit einem Krankheitserreger und dem Auftreten der ersten Symptome) von gerade einmal zwei bis zehn Tagen nicht schon früh im Winter 2019/2020 für hohe Todeszahlen auf der ganzen Welt sorgen müssen?
Die Gesamtmortalität in Europa lag allerdings monatelang im Normalbereich oder sogar darunter, obwohl COVID-19 Europa gemäß neuester Erkenntnisse längst erreicht hatte. Eine erhöhte Mortalität hätte frühzeitig im europäischen Monitoring (EuroMOMO) sichtbar werden müssen, doch diese war lange nicht festzustellen.
Erst Ende Februar 2020 wurde ein kurzzeitiger, mittlerweile wohl wieder zurückgehender An-

stieg der Gesamttodeszahlen in Europa erkennbar. Inwieweit man diesen Anstieg einem gefährlichen Virus zurechnen kann, steht zur Debatte. Zahlreiche andere Faktoren (siehe S. 32 ff.), vor allem die eingeleiteten Maßnahmen, müßten ebenso berücksichtigt werden. Fakt ist: Auch die erhöhten allgemeinen Todeszahlen Ende Februar 2020 überschritten die vom Winter 2016/2017 nicht. Diese Zeit erhöhter Mortalität ging damals von der Öffentlichkeit weitgehend unbemerkt vonstatten.

Es ist schwer nachzuvollziehen, wie ähnliche Ziffern heute einen europaweiten Shutdown rechtfertigen. Ob dieses Hoch, auf das ganze Jahr gerechnet, eine Rolle spielen wird, ist noch unklar. Der deutsche Virologe Hendrik Streeck vermutete in einem Interview Mitte März, daß COVID-19 die Gesamtsterblichkeit in Deutschland nicht erhöhen werde, die normalerweise bei rund 2.500 Personen pro Tag liege. Streeck erwähnte den Fall eines 78 Jahre alten Mannes mit Vorerkrankungen, der an einem Herzversagen starb, nachträglich positiv auf COVID-19 getestet und deshalb in die Statistik der COVID-19-Todesfälle aufgenommen wurde.

"Der europäische 'Mortalitäts-Monitor', an den wöchentlich alle Sterbefälle gemeldet werden, zeigt sogar momentan eine Untersterblichkeit an. Auch der befürchtete Ansturm auf die Krankenhäuser ist ausgeblieben. Es fehlen somit belastbare Daten, die die Schwere der Eingriffe rechtfertigen."

Professor Dr. Stefan Homburg, Direktor des Instituts für öffentliche Finanzen an der Leibniz-Universität in Hannover, am 02.04.2020, als die Daten noch keine Übersterblichkeit anzeigten, Maßnahmen jedoch bereits durchgesetzt wurden.

Harmloser als eine Grippe?

Eine epidemiologische Studie aus Japan kam zu dem Ergebnis, daß die Mortalität bei COVID-19-Patienten selbst in der chinesischen Stadt Wuhan bei nur 0,04 % bis 0,12 % gelegen habe und somit eher geringer sei als bei der saisonalen Grippe, deren Todesrate bei ca. 0,1 % liegt. Als Grund für die offenbar stark überschätzte Tödlichkeit von COVID-19 vermuten die Forscher, daß in Wuhan ursprünglich nur die schwereren Fälle erfaßt worden seien, die Krankheit bei vielen Personen jedoch symptomlos oder mild verlief.

Eine neue französische Studie mit dem Titel "SARS-CoV-2: Angst versus Daten" schlußfolgerte, daß "das Problem durch SARS-CoV-2 vermutlich überschätzt wird", da sich "die Mortalität von SARS-CoV-2 nicht wesentlich unterscheidet von gewöhnlichen Coronaviren (Erkältungsviren), die in einem Krankenhaus in Frankreich untersucht wurden". Diese "Corona-Viren" kommen jedes Jahr vor und werden bei Erkältungen regelmäßig entdeckt, sind also nichts Besonderes und vor allem nichts besonders Gefährliches.

Laut Stanford-Professor John P. A. Ioannidis gibt es für die derzeit beschlossenen Maßnahmen keine ausreichende medizinische Datengrundlage. Das neue Coronavirus sei womöglich selbst bei älteren Personen nicht gefährlicher als einige der üblichen Corona-Viren. Er zeigte anhand der Daten des Kreuzfahrtschiffes Diamond Princess, daß die alterskorrigierte Letalität (Anteil der Verstorbenen unter den Erkrankten) von COVID-19 bei 0,025 % bis 0,625 % liegt, das heißt im Bereich einer starken Erkältung oder einer Grippe.

Eine erhöhte Sterblichkeit Ende Februar 2020 ist auch in Schweden feststellbar, das auf die extremen "Schutz-Maßnahmen" wie im Rest Europas verzichtete. Würde man davon ausgehen, daß COVID-19 den Hauptfaktor für die Übersterblichkeit darstellt, dann müßte man auch feststellen, daß die europaweite Lockdown-Politik relativ nutzlos war, da die Todeszahlen in den meisten Ländern mit Lockdown genauso anstiegen wie in Schweden.

Rechtsmediziner: "Ohne Vorerkrankung ist in Hamburg an Covid-19 noch keiner gestorben"

Schlagzeile der Hamburger Morgenpost vom 06.04.2020. Aussage des Hamburger Rechtsmediziners Püschel, der mittlerweile schon über 100 positiv auf Corona getestete Verstorbene untersucht hat.

"Dieses Virus beeinflußt in einer völlig überzogenen Weise unser Leben. Das steht in keinem Verhältnis zu der Gefahr, die vom Virus ausgeht. Und der astronomische wirtschaftliche Schaden, der jetzt entsteht, ist der Gefahr, die von dem Virus ausgeht, nicht angemessen. Ich bin überzeugt, daß sich die Corona-Sterblichkeit nicht mal als Peak in der Jahressterblichkeit bemerkbar machen wird."

Prof. Dr. Klaus Püschel, Rechtsmediziner und Chef der Hamburger Rechtsmedizin

Der deutsche Immunologe und Toxikologe Professor Stefan Hockertz erklärte in einem Interview, daß COVID-19 nicht gefährlicher sei als die Influenza (Grippe), sondern nur viel genauer beobachtet werde.

Gefährlicher als das Virus seien die Angst und die Panik, die durch die Medien ausgelöst wurden, sowie die "autoritäre Reaktion " vieler Regierungen. Er betonte zudem, daß viele der angeblichen "Corona-Toten" in Wirklichkeit an anderen Erkrankungen gestorben und zusätzlich positiv auf Corona-Viren getestet worden seien. Hockertz vermutete, daß bis zu zehnmal mehr Personen als berichtet COVID-19 bereits gehabt, davon indes kaum etwas bemerkt hätten.

Der argentinische Virologe und Biochemiker Pablo Goldschmidt erklärte ebenfalls, daß COVID-19 nicht gefährlicher sei als eine starke Erkältung oder die Grippe. Es sei sogar möglich, daß der COVID-19-Erreger bereits in früheren Jahren zirkulierte, aber nicht entdeckt worden war, da man nicht nach ihm gesucht hatte. Dr. Goldschmidt sprach von einem "globalen Terror", der durch Medien und Politik erzeugt worden sei. Jedes Jahr würden weltweit drei Millionen Neugeborene und 50.000 Erwachsene allein in den USA an einer Lungenentzündung sterben.

Der renommierte italienische Virologe Giulio Tarro argumentierte, daß die Mortalität von COVID-19 auch in Italien bei unter 1 % liege und damit vergleichbar mit der Grippe sei. Die höheren Werte ergäben sich nur, weil nicht zwischen Todesfällen mit und durch COVID-19 (siehe S. 32 ff.) unterschieden werde, und weil die Anzahl der (symptomfreien) Infizierten stark unterschätzt werde.

Virologie-Professor Dr. Carsten Scheller von der Universität Würzburg erklärte in einem Podcast, daß Corona durchaus mit der Influenza vergleichbar sei und bisher sogar zu weniger Todesfällen geführt habe. Er vermutete, daß die in den Medien oft dargestellten Exponentialkurven eher mit der zunehmenden Anzahl an Tests zu tun haben könnten als mit einer ungewöhnlichen Ausbreitung des Virus selbst.

Auch was die Ansteckungsgefahr angeht, ist der Corona-Virus eher harmlos: In einem neuen Faktenblatt schreibt die WHO, daß sich COVID-19 nach bisherigen Erkenntnissen langsamer als die Influenza verbreite (um circa 50 %), und daß die vorsymptomatische Übertragung von COVID-19 wesentlich niedriger liege als bei der Influenza. Großbritannien hat COVID-19 übrigens inzwischen von der Liste der gefährlichen Infektionskrankheiten entfernt, da die Mortalitätsrate "insgesamt niedrig" liege.

"(Unser Artikel) kommt zu dem Schluß, daß das Problem von SARS-CoV-2 wahrscheinlich überschätzt wird, da jedes Jahr 2,6 Millionen Menschen an Atemwegsinfektionen sterben, verglichen mit weniger als 4.000 Todesfällen bei SARS-CoV-2 zum Zeitpunkt der Abfassung dieses Artikels."

Die französischen Wissenschaftler Yanis Roussel, Audrey Giraud-Gatineau, Marie-Thérèse Jimenoe, Jean-Marc Rolain, Christine Zandotti, Philippe Colson und Didier Raoult in einem Beitrag zur "Corona-Krise"

Forscher der US-Elite-Uni Stanford behaupten: ***Corona ist nicht gefährlicher als eine Grippe!***

Schlagzeile bei Blick-Online am 21.04.2020

"Sie haben eine Infektion, die etwas ernster ist als eine Grippe mit einer tödlichen Pandemie

verwechselt. ... Dieser Wahnsinn wird noch sehr wehtun. Vor allem in wirtschaftlicher Hinsicht."
Prof. Dr. Maria Rita Gismondo, Virologin aus Italien und Direktorin eines biomedizinischen Instituts in Mailand, über "Corona" ...<<
Die schweizerische "EXPRESSZEITUNG", Ausgabe 32, berichtete im Mai 2020 über die Gefährlichkeit des "Corona-Virus" (x356/74): >>**Hochrenommierter Mikrobiologe hält Corona-Maßnahmen für "kollektiven Selbstmord"**
Sucharit Bhakdi ist Facharzt für Mikrobiologie und Infektionsepidemiologie. Er ist emeritierter Professor der Johannes Gutenberg-Universität Mainz und war von 1991 bis 2012 Leiter des dortigen Instituts für Medizinische Mikrobiologie und Hygiene.
In einem Interview vom 19.03.2020 erklärte Bhakdi - einer der meistzitierten Experten auf dem Gebiet der medizinischen Mikrobiologie -, daß es "falsch" und "gefährlich irreführend" sei, das neue Corona-Virus für die ihm zugeschriebenen Todesfälle hauptverantwortlich zu machen, da Vorerkrankungen und die Luftverschmutzung in chinesischen und norditalienischen Städten eine wichtigere Rolle spielten.
Die zu diesem Zeitpunkt diskutierten oder beschlossenen Maßnahmen bezeichnete er als "grotesk", "sinnlos", "selbstzerstörerisch" und "kollektiven Selbstmord", der die Lebenserwartung der Senioren verkürzen werde und von der Gesellschaft nicht akzeptiert werden dürfe.
Es folgte am 26. März 2020 ein offener Brief an die deutsche Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel, in dem Bhakdi ihr bisher unbeantwortete Fragen stellte. Verkürzt lauten diese:
1. Wurde bei den Hochrechnungen, die sagen, daß fünf Prozent aller infizierten Menschen schwer erkranken und beatmungspflichtig werden und damit das Gesundheitssystem bald angeblich im Übermaß belasten werden, zwischen symptomfreien Infizierten und tatsächlichen, erkrankten Patienten unterschieden?
2. Wurde überhaupt nach anderen Corona-Viren gesucht, die seit langem im Umlauf sind und sich laut einer von Bhakdi angeführten Studie in der Gefährlichkeit nicht von SARS-CoV-2 unterscheiden?
3. Hat es bereits eine stichprobenartige Untersuchung der gesunden Allgemeinbevölkerung gegeben, um die Realausbreitung des Virus zu validieren, oder ist dies zeitnah vorgesehen?
4. Gedenkt Deutschland weiterhin, "Corona-Tote" zu melden, sobald festgestellt wird, daß das Virus beim Tod vorhanden war - unabhängig von anderen Faktoren? Wie soll dann zwischen echten Corona-bedingten Todesfällen und zufälliger Viruspräsenz zum Todeszeitpunkt unterschieden werden?
5. Welche Bemühungen werden unternommen, um der Bevölkerung andere Faktoren der erschreckenden Situation in Italien näherzubringen (u.a. Luftverschmutzung, weniger verfügbare Betten in den Intensivstationen)? So könne man den Menschen verständlich machen, daß Szenarien wie in Italien oder Spanien in Deutschland nicht realistisch seien. Bereits zuvor wurde die universitäre E-Mail-Adresse des emeritierten Professors Bhakdi deaktiviert, nach Protesten aber ebenfalls reaktiviert. Ein Akt der Zensur?
"Drakonische Maßnahmen, die die Grundrechte der Menschen auf so umfassende Weise einschränken, dürfen doch nur verhängt werden, wenn es gesicherte Hinweise dafür gibt, daß ein neues Virus überaus gefährlich ist. ... Gab es je einen solchen wissenschaftlich begründeten Hinweis für COVID-19? Aus meiner Sicht lautet die einfache Antwort: Nein."
Professor Dr. Sucharit Bhakdi, Facharzt für Mikrobiologie und Infektionsepidemiologie, ehemaliger Leiter des Instituts für Medizinische Mikrobiologie und Hygiene der Universität Mainz. *(Tilman Knechtel)*<<
Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv" berichtete am 4. Juni 2020 (x1.000/…): >>**Wie sicher ist Deutschlands Stromnetz aktuell?**
Blackout? Wir sind gewöhnt, daß immer Elektroenergie verfügbar ist, im Haushalt der Kühl-

schrank funktioniert, Trinkwasser aus dem Hahn läuft, die Ampelanlagen angeschaltet sind, Fahrstühle betrieben werden können usw. Wenn aber nun der Strom plötzlich total ausfällt? Die Folgen können verheerend sein. Wie sicher ist denn aktuell Deutschlands Stromnetz?
Bis zum Jahr 2022 sollen alle deutschen Kernkraftwerke abgeschaltet sein, bis 2038 soll auch die Kohleverstromung enden. Mit jedem abgeschalteten konventionellen Kraftwerk steigt die Gefahr eines großflächigen und mehrtägigen Stromausfalls (Blackout) exponentiell. Bis zur Energiewende war das Stromnetz in Deutschland eines der sichersten und stabilsten der Welt. Größere Stromausfälle gab es so gut wie nie.
Indem aber nun die BRD voll auf Windkraft und Solarenergie setzt, begibt sie sich nach Meinung von Experten in eine gefährliche Energiekrise.
Denn folgende Punkte wurden entweder nicht überdacht oder wissentlich in Kauf genommen:
Konventionelle Kraftwerke sind grundlastfähig, also Kraftwerkstypen, die Energie dauerhaft und zuverlässig bereitstellen und auf erhöhten Strombedarf reagieren können. Wind- und Solaranlagen können das nicht, da ihre Stromerzeugung von Naturkräften abhängt.
Zudem können sie sich bei einem Totalausfall nicht selbst wieder in Gang bringen.
Der Strom bestehender Windkraftanlagen kann nicht vollständig genutzt werden, weil viele Durchleitungen für den Transport des erzeugten Stroms fehlen.
Da Strom aber fließen muß und nur schwer gespeichert werden kann, wird er teilweise ins Ausland geliefert, das als Abnehmer noch Geld dafür bekommt!
Und große Firmen erhalten Entschädigungskosten, wenn ihnen kurzfristig der Strom abgestellt werden muß, um das Stromnetz der neuen Energie stabil zu halten. Allein im 1. Quartal 2019 bedeutete dies ca. 400 Millionen Euro zu Lasten des Endverbrauchers. Um solch einer Mißwirtschaft und unsicheren Versorgungslage zu entgehen, verlegen ganze Industriezweige ihre Standorte ins Ausland.
Derzeit decken ca. 30.000 Windkraftanlagen gerade mal 18 % des benötigten Stromverbrauchs. Die Regierung, insbesondere die Grünen, planen, auf 100 % aufzustocken. Dafür müßten noch ca. 200.000 Windkraftanlagen gebaut werden.
Wohin?!
Es ist extrem unsicher und aufwendig, so viele Strom-Einspeisequellen zu regulieren. Waren hierfür 2003 nur vier Eingriffe im Jahr nötig, sind es heute acht bis zehn täglich, um das windkraftbetriebene Stromnetz in der notwendigen Balance zu halten.
Im Juni 2019 kam es zu drei Fast-Blackouts, wovon die Öffentlichkeit jedoch nichts erfahren hat. Die Folgen eines Blackout können verheerend sein: Versorgungseinbrüche, Plünderungen, Großbrände. Es wären Tausende von Toten aufgrund von Unterversorgung in allen Lebensbereichen zu befürchten sowie das Verenden von Tieren in Massenhaltungsanlagen usw.
Fazit des Unternehmers Michael von Hauff zur Energiewende: "Das gab es noch nie in der Geschichte, daß sich ein Staat dermaßen selbst kastriert."<<
Deutsche Ingenieure berichteten auf ihrer Webseite "blackout-news" über die Energiewende (x1.017): >>... Wir sind eine kleine Gruppe Ingenieure mit Erfahrung im Energiemanagement. Wir sind unabhängig und parteilos. Unser Interesse ist eine sichere und bezahlbare Stromversorgung für alle.
Wir unterstützen grundsätzlich die Energiewende, sehen aber aufgrund der planlosen und ideologiegetriebenen Umsetzung die Stromversorgung in naher Zukunft als massiv gefährdet an. …
Grundsätzlich sehen wir jahrelange Subventionen für nicht marktfähige Technik kritisch, da dadurch in erster Linie Innovationen verhindert und die Kosten zu Lasten sozial Schwacher erhöht werden.
Außerdem wird durch die Subventionierung marktfähige, nicht subventionierte Technik benachteiligt und sogar aus dem Markt verdrängt. Aus unserer Sicht sollte die Politik nur über-

geordnete Ziele definieren und keine technischen Konzepte vorgeben oder ausschließen. Nur durch die Konkurrenz unterschiedlicher technischer Konzepte kann sich die jeweils beste Lösung für ein Problem entwickeln.
Aus unserer Sicht muß die Energiewende professionell und ideologiefrei unter der Berücksichtigung der physikalischen Umsetzbarkeit geplant werden. Dazu gehören klar definierte, aber auch ambitionierte Ziele mit einer Meilensteinplanung und entsprechenden Rückfallstrategien, wenn diese Ziele nicht erreichbar sind. Dazu bedarf es auch einer entsprechenden gesamtheitlichen realistischen (Kosten-)Planung, eines Controlling und einer transparenten Kommunikation gegenüber den Bürgern, die letztendlich alles über Steuern und Abgaben finanzieren müssen.
All das sehen wir zur Zeit nicht als gegeben an. Aus unserer Sicht ist die Energiewende mit der umgesetzten try-and-Error-Strategie in weiten Teilen bereits gescheitert, während die Politik vollständig konzeptlos und mit immer weiteren kostentreibenden, aber oftmals wenig effektiven Maßnahmen versucht zu retten, was noch zu retten ist. …<<
Das deutsche Onlinemagazin "Rubikon" berichtete am 18. Juni 2020 2021 (x1.062): >>**Der Tod vor unserer Haustür**
Die Airbase Ramstein hilft mit, den Terror in der Welt anzuheizen - die deutsche Bevölkerung ist darüber zu wenig informiert.
von *Angela Mahr*
Von Ramstein aus geschehen Drohnenmorde, also Tötungen aus unbemannten Flugzeugen ohne rechtliche Grundlage. Über Ramstein wird daher Völkerrecht gebrochen. Obwohl es zu diesem brisanten Thema gute Dokumentarfilme gibt, herrscht in der Bevölkerung weitgehend Unwissenheit.
Nicht nur die Mediatheken der öffentlich-rechtlichen Sender beschweigen Ramstein, auch die Bürger sind kaum darüber informiert, daß von deutschem Boden aus wieder skrupellos getötet wird. Warum ist das so, und wie können wir das ändern? Dieser Text entstand auf der Grundlage einer kurzen Rede der Autorin anläßlich der "Kündigt Ramstein Air Base Jetzt" am 30. Mai 2020 vor dem Brandenburger Tor.
Ramstein ist bis heute ein Tabuthema
Rammstein ist eine Metal Band. Ramstein-Miesenbach ist eine rheinland-pfälzische Stadt im Landkreis Kaiserslautern. Aber Ramstein ist auch der größte US-Militärstützpunkt außerhalb der Vereinigten Staaten. - Wer alles weiß das? Bis heute sind das wenige Menschen in Deutschland.
Mehr als 8.000 US-Soldaten sind auf der Air Base tätig. Insgesamt leben etwa 52.000 US-Amerikaner rund um den Stützpunkt (Stand: September 2013). Über die Air Base Ramstein werden über 90 Prozent der Personen- und Frachttransporte der US-Streitkräfte in den Mittleren Osten und nach Afrika abgewickelt. Es handelt sich um ein 1.400 Hektar großes Gelände, betrieben von der United States Air Force, mit eigenen Shoppingmalls, Bars und Bowlingbahnen. Die Ramstein Air Base ist der größte Militärflugplatz der USA außerhalb der Vereinigten Staaten.
Von Ramstein aus geschehen Drohnenmorde, also Tötungen aus unbemannten Flugzeugen ohne rechtliche Grundlage. Über Ramstein wird daher Völkerrecht gebrochen.
Als Filmemacherin war ich viel in Asien unterwegs. Immer war es mir ein tiefes inneres Anliegen, daß verschiedene Kulturen voneinander lernen. Dazu aber brauchen wir Frieden! Und wir brauchen die Möglichkeit, über andere Länder neutral zu berichten. Haben wir diese Möglichkeit überhaupt? Und wie präsent ist der Drohnenkrieg in unseren Medien?
Den Drohnenkrieg gibt es seit den Terroranschlägen vom 11. September 2001. Die Grundlage für diese Kriegsführung - also die Rechtfertigung dafür, daß wir mit Drohnen Menschen töten - ist der sogenannte Krieg gegen den Terror. Drohnenmorde geschehen oft auf Verdacht.

Manchmal genügt das Aussehen der Opfer für ein Todesurteil.
Man muß sich das so vorstellen: Oft sind es sehr junge Operator aus Militär und Geheimdienst, die vor einem Bildschirm sitzen, etwas aus der Vogelperspektive sehen, und dann in etwa so kommunizieren:
"Sind das Kinder oder Jugendliche? Sind sie in wehrfähigem Alter? Sind die 12 oder 15?"
In den USA sind solche Abteilungen der Air Force manchmal unterbesetzt, weil zu wenig Leute diese Jobs machen wollen. Es kann, auch wenn die ausführenden Soldaten nicht vor Ort im Kampfgeschehen sind, für sie zu posttraumatischen Belastungsstörungen und schweren psychischen Problemen führen.
Der Mythos, die Drohnen träfen nur eindeutig identifizierte Terroristen und dies präzise, ist also falsch. Es sterben dabei viele Zivilisten, auch Kinder und ganze Hochzeitsgesellschaften.
Technisch ist der Drohnenkrieg nur möglich durch die Satellitenrelaisstation in Ramstein, welche die Steuerung der Drohnen vor Ort ermöglicht. Die USA sind dafür schlichtweg zu weit weg.
Wie nennt man das Töten von Menschen ohne Prozeß und Urteil, und wie nennt man das Töten von unschuldigen Zivilisten aus politischen Gründen? Man nennt das Terror! Wie soll Terror durch Terror verschwinden?
Der Whistleblower Brandon Bryant ist ein ehemaliger Drohnenpilot. Nach eigenen Angaben hat er mehr als 1.600 Menschen getötet. Ihm wurde schlecht, als er sich diese Zahl bewußt gemacht hat. Er gab mehrere Interviews und machte bekannt, was in Ramstein geschieht.
Eigentlich ist das doch unvorstellbar: Wir sind hier in Deutschland friedliebende Menschen. Wir wollen keinen Krieg. Wenn jemand in unserem Land etwas Kriminelles tut, bekommt er einen Prozeß, und bei uns gibt es keine Todesstrafe. Aber wir sind durch Ramstein an den Drohnenmorden beteiligt! Was geschieht da in unseren Köpfen?

Kopfkino vom Krieg gegen den Terror

In unseren Köpfen läuft das Narrativ vom Krieg gegen den Terror. Aber wer von uns war in Afghanistan, in Pakistan oder im Jemen? Wir kennen die Menschen dort gar nicht! Dennoch glauben wir, daß es dort Terroristen gibt, die den Weltfrieden gefährden. Und wir glauben, wir hätten das Recht, diese Menschen umzubringen. Warum? Weil es immer und immer wieder in den Medien erzählt wird.
Diese Rahmenerzählung ist auch in den Köpfen der Soldaten, die die Drohnen steuern. Brandon Bryant sagt, er dachte damals, "das sind schlechte Menschen, und wir tun gut daran, sie loszuwerden". Allein das Wort Terrorist gibt also einen Menschen zum Abschuß frei? Wollen wir wirklich Teil von diesem System sein?
Jedes unschuldige Drohnenopfer verschärft zudem die Entwicklung von Wut, Haß und die Bereitschaft zur Radikalisierung. Terror erzeugt Terror.
Die Bedeutung der US-Basis Ramstein für den Drohnenkrieg ist seit 2013 bekannt. Was bekommen wir seither zu sehen?

Betrachtung der Filmlandschaft in Schlaglichtern

2014 erklärte Brandon Bryant in einem sehr guten Dokumentarfilm des ARD-Magazins "Panorama" ausführlich, daß der Drohnenkrieg ohne Ramstein gar nicht funktionieren würde. Liebe Kollegen von der ARD: Danke dafür!
Im Jahr darauf brachte das ZDF die Doku "Tod aus der Luft", einen guten, sehr kritischen Film über den Drohnenkrieg. Die schrecklichen Folgen werden im Film dargestellt. Die Rolle von Ramstein - und damit von Deutschland - wird leider nur in einem kurzen Satz erklärt, in insgesamt einer Dreiviertelstunde Filmlänge. Dazu werden in einer Landkarte die Zielorte eingeblendet, Ramstein selbst aber nicht. Wer kaum Vorwissen dazu hat, wird den einen Satz vermutlich nicht verarbeiten können.
Und wie ist es heute? Jedes Jahr protestieren mehrere Tausend Menschen friedlich in Ram-

stein, aber es wird fast nichts darüber im Fernsehen berichtet.
Kabel eins sendete im Jahr 217 den Film "Little USA". Es ist ein fröhlicher Film über den Alltag eines jungen US-Soldaten, der beim Bowlen, beim Shoppen und beim Verladen von Frachten gezeigt wird. Der Drohnenkrieg wird darin gar nicht erwähnt.
Der Kinofilm "National Bird", 2017 vom NDR mitproduziert, ist sehr gut, wirklich empfehlenswert. Die Filmemacher dieser deutsch-amerikanischen Koproduktion begleiten US-Whistleblower, die aus dem Drohnenprogramm ausgeschieden sind. Leider wird im Film nicht erklärt, daß der Drohnenkrieg via Ramstein läuft.
Für Arte sprach Maik Meuser mit Brandon Bryant über Ramstein. Das Video dazu ist leider nicht auffindbar. In der Arte-Mediathek heißt es unter der kurzen Notiz lediglich: "Kein Video verfügbar".
Die amerikanische Doku "Rise of the Drones" von 2013 sendete Arte unter dem deutschen Titel "Drohnen - Von der Waffe zur Überwachung". Im Abspann wird der US Air Force, der US Army, und der US Navy gedankt. Der Film handelt hauptsächlich von Technik. In den 52 Minuten wird die Kritik am Drohnenprogramm in aufgeregten vier Minuten abgehandelt und im Anschluß daran durch ruhige, souverän wirkende Interviewpartner wieder relativiert.
Nach meinem Empfinden handelt es sich überwiegend um einen Werbefilm für militärische Drohnen. Im Kommentar des Films heißt es zum Thema Afghanistan im Oktober 2001:
"Seit diesem ersten Einsatz haben Drohnen sich als so effektiv erwiesen, daß die Air Force jetzt mehr Piloten dafür ausbildet als für bemannte Flugzeuge".
Trägt das zur Völkerverständigung bei? Ramstein wird im Film gar nicht erwähnt.
Zusammengefaßt bedeutet das: Uns fehlen die Zusammenhänge! Wenn es um Ramstein geht, fehlen die Drohnen. Wenn es um Drohnen geht, dann fehlt Ramstein. In beiden Fällen fehlt der Bezug zum 11. September. Und wenn es um 9/11 geht, dann fehlt Ramstein, es fehlen die Drohnen, und es fehlt das dritte Gebäude, das an diesem Tag einstürzte: Es heißt WTC7 - und da ist kein Flugzeug hineingeflogen.
Wie soll man sich da zurechtfinden?
Wer sich überrascht oder erschlagen fühlt von Zusammenhängen, die er oder sie nicht kannte, darf sich da nichts vorwerfen. Wenn wir immer das konsumieren, was aktuell geschrieben und gesendet wird, kommen wir ins Schleudern. Es ist viel zu viel - und man erfährt über Ramstein so gut wie gar nichts.
Deshalb ist meine Empfehlung, sich gezielt zu informieren. Am besten informieren wir uns in verschiedenen Medien - in den etablierten und in den sogenannten alternativen -, allerdings gezielt zu Themen und zu bestimmten Fragestellungen. Darüber hinaus ist es wichtig geworden, sich themenbezogen durch Experten, Whistleblower und Autoren zu informieren, die unabhängig veröffentlichen. Viele von ihnen geben Interviews und schreiben Bücher, manche halten Vorträge oder haben einen eigenen YouTube-Kanal.
Dieses Vorgehen ist zu allen wichtigen Themen möglich, sei es zu den Themen Frieden, Wirtschaft, Umwelt, soziale Gerechtigkeit und auch zum Thema Corona.
Wir sollten auch mehr und mehr selbst entscheiden, wie wichtig uns welches Thema ist und unseren Medienkonsum entsprechend selbst dosieren. Warum sollte jemand anderes als wir selbst darüber bestimmen, was wirklich wichtig ist?
Ebenso führt die einseitige Konzentration auf Aktualität meiner Meinung nach in die Irre. Viel zu oft wurden schon viel zu lange viel zu verlogene Geschichten erzählt und aufgrund der angeblichen Aktualität bis ins Detail vom Leser oder Zuschauer verinnerlicht. Die angeblichen Massenvernichtungswaffen des Irak 2003 sind vielleicht das bekannteste Beispiel dafür.
Viel effektiver ist es doch, gezielt nach Fragestellungen vorzugehen. So findet man auch, das ist meine Erfahrung, in den NATO-nahen Medien noch die interessantesten und kritischsten Artikel, etwa mit Google News. Es gibt ja fast überall ehrliche und mutige Journalisten. Ihre

Geschichten landen dann nur meistens nicht auf den Titelseiten.
Eine aktuelle Entwicklung stimmt mich optimistisch: US-Präsident Donald Trump plant offenbar den Abzug von mehreren Tausend US-Soldaten aus Deutschland. Der SWR bezieht sich hierzu auf das Wall Street Journal und auf Infos aus Regierungskreisen der USA. Demzufolge würden 9.500 der derzeit in Deutschland dauerhaft stationierten 34.500 US-Militärs bis September 2020 abgezogen.
Zum Abschluß noch mein Appell an meine Kolleginnen und Kollegen, an alle Journalisten: Wir leben heute in turbulenten und auch revolutionären Zeiten. Auch heute gibt es mutige Menschen, die das Zeitgeschehen kritisch hinterfragen. Laßt sie bitte zu Wort kommen so wie damals Brandon Bryant.
Gebt eure Bedeutung für unsere freie Meinungsbildung, für unsere Demokratie nicht einfach auf!
Liebe Journalisten, ich weiß nicht, ob euch das klar ist: Die Macht liegt nicht unbedingt immer da, wo die größten Waffen sind. Sehr viel Macht liegt bei euch. Die Macht liegt in jedem einzelnen von uns.
Bitte vereinbart eure Macht mit eurem Gewissen. Wir alle leben nicht ewig. Am Ende vom Tag können wir nichts mitnehmen, außer dem Ausmaß an Wahrheit und Liebe, das wir gelebt haben.<<

Hinweise für den Leser

Einstellungstermin: 01.10.2024
Die PDF-Datei wird **kostenlos** zur Verfügung gestellt.

Rechtschreibregeln: Diese Chronik wurde nach den "alten Rechtschreibregeln" erstellt.

Zitate: Die zitierten Zeitzeugenberichte, Berichte von Historikern, Publikationen und sonstige Quellentexte werden stets mit offenen Klammern >> **...** << gekennzeichnet.
Bei Auslassungen **...** wurde sorgfältig darauf geachtet, daß der ursprüngliche Sinnzusammenhang der Zitate nicht unzulässig gekürzt oder verfälscht wurde.

Anregungen und Kritik: Für Anregungen bin ich stets dankbar. Sollten mir in dieser Chronik Fehler unterlaufen sein, bitte ich um Nachsicht und Benachrichtigung.

Urheberrechte: Alle Rechte vorbehalten. Diese Chronik ist ausschließlich für den privaten Gebrauch bestimmt.

Quellen- und Literaturnachweis

Die Quellenangaben kennzeichnen nur die Fundstellen. **Nach dem x wird der Buchtitel und nach dem Schrägstrich die Seite angegeben.**
Beispiel: (x355/79) = Die hybride Kriegsführung. ExpressZeitung. Ausgabe 31. Februar 2020, Seite 79.

x355	Barmettler, André (Hg.): Die hybride Kriegsführung. ExpressZeitung. Ausgabe 31. Februar 2020. Oberwil/Schweiz.
x359	Elsässer, Jürgen (Hg.): Dresden 1945. Die Toten, die Täter und die Verharmloser. COMPACT-Geschichte Nr. 9. Werder (Havel) 2020.

Internet

x887	http://www.preussische-allgemeine.de/archiv-suche.html - Dezember 2016
x1.000	https://www.kla.tv - März 2021
x1.014	https://kenfm.de – Juni 2021
x1.017	https://blackout-news.de - August 2021
x1.024	https://de.wikipedia.org/wiki/Abklingbecken - September 2021
x1.027	https://www.energie-lexikon.info/reaktorsicherheit.html - September 2021
x1.038	https://dserver.bundestag.de/btd/19/171/1917127.pdf - Januar 2022
x1.062	https://www.rubikon.news/rubrik/2/artikel/der-tod-vor-unserer-haustur - Januar 2022
x1.109	https://www.rubikon.news/artikel/die-selbstzerstorung-deutschlands - April 2022
x1.114	https://fassadenkratzer.wordpress.com/2020/01/09/die-zerstoerung-deutschlands-wie-es-den-fuehrenden-briten-gelang-die-deutschen-fuer-sie-kaempfen-zu-lassen/#more-5918 - April 2022
x1.138	https://www.kla.tv - April 2022